PROTOKOLL

über die 44. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr

am Donnerstag, 12. Dezember 2002, im Rathaus, 1. Stock hinten,

Gemeinderatssitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 9.00 Uhr

Anwesend:

BÜRGERMEISTER: Ing. David Forstenlechner

VIZEBÜRGERMEISTER/IN: Friederike Mach, Dr. Leopold Pfeil, Gerhard Bremm

STADTRÄTE: Roman Eichhübl, Gunter Mayrhofer, Ing. Dietmar Spanring, Walter Oppl

GEMEINDERÄTE: Kurt Apfelthaler, Rudolf Blasi, Claudia Durchschlag, Helga Feller-Höller, Martin Fiala, Mag. Michaela Frech, Monika Freimund, Stefan Fröhlich, Günter Fürweger, Walter Gabath, Roswitha Großalber, Ing. Wolfgang Hack, Wilhelm Hauser, Ing. Klaus Hoflehner, Stephan Keiler, Mag. Gerhard Klausberger, Maria Koppensteiner, Andreas Kupfer, Engelbert Lengauer, Helmut Oberreiter, Hans Payrleithner, Edith Radmoser, Rosa Rahstorfer, Elfriede Reznar, Rudolf Schröder, Beatrix Toman, Ingrid Weixlberger, Dr. Wilfrid Wetzl

VOM AMT: MD. OSR Dr. Kurt Schmidl, MD-Stv. Präs. Dir. Dr. Gerhard Alphasamer, SR Mag. Helmut Lemmerer

ENTSCHULDIGT: -

PROTOKOLLFÜHRER: OAR Anton Obrist, Gabriele Obermair

T A G E S O R D N U N G

1) ERÖFFNUNG DER SITZUNG, FESTSTELLUNG DER ORDNUNGSGEMÄSSEN EINBERUFUNG, DER BESCHLUSSFÄHIGKEIT UND BEKANNTGABE DER PROTOKOLLPRÜFER

2) BEANTWORTUNG VON ALLFÄLLIGEN ANFRAGEN

3) MITTEILUNGEN DES BÜRGERMEISTERS

4) KENNTNISNAHME VON BESCHLÜSSEN DES STADTSENATES GEM. § 54 ABS. 3 STS

5) VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE

6) AKTUELLE STUNDE

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. Pkt. 4 der Tagesordnung:

1) GHJ2-74/02 Sanierung der Dachfläche Stadtsaal, Stelzhamerstr. 2 a.

2) GHJ2-75/02 Sanierung nach Hochwasser am 12.8.2002; Tausch des zweiten Heizkessels inkl.

Brenner Rathaus.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

1) Fin-223/98 OÖ. Tierschutzverein, Tierheim Steyr-Gleink; außerordentliche Subvention 2002.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

2) GHJ2-68/02 Sanierung nach Hochwasser am 12. 8. 2002; Volksschule Wehrgraben.

3) GHJ2-47/97 Werbetafeln an Beleuchtungsmasten entlang von Bundes- und Landesstraßen; finanzielle Beteiligung des Landes an den Erlösen der Stadt.

4) GHJ2-77/02 Erneuerung der Kommunikationsanlage, Stadttheater; Sofortmaßnahme.

5) ÖAG-23/02 Ankauf des Grundstückes 1664/19, Grundbuch Steyr, von den Ehegatten Willibald und Renate Glinsner, den Ehegatten Wilhelm und Edda Dolleschall, Herrn Rudolf Steiner und Frau Brunhilde Rothenbuchner.

6) Fin-179/02 Wirtschaftshilfe der Studenten Oberösterreichs; Erneuerung bzw. Verlängerung des Vertrages über das Einweisungsrecht für 10 Heimplätze in Linz und 5 Bedarfsplätze in Linz oder Wien.

BERICHTERSTATTER STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

7) GemKan-27/97 Kanal-Anschlussgbührenordnung; Änderung zum 1. 1. 2003.

8) BauT-3/02 Kanalisation Stadt Steyr – Ennsleite; NK Damberggasse 3; Auftragserweiterung; Vergabe der Bauarbeiten.

9) BauStr-22/01 Verbindungsstraße Werndlstraße – Pyrachstraße; Grundsatzbeschluss.

10) Fin-285/02 Außerordentliche Subvention an den Tourismusverband Steyr.

11) BauBrü-2/02 Museumssteg – Wiedererrichtung; Vergabe der Bauarbeiten und der Neuplanung des Brückenkopfes auf Museumsseite.

BERICHTERSTATTER STADTRAT WALTER OPPL:

12) Präs-683/02 Richtlinie zur Förderung von nachträglichen Personenlifteinbauten in Wohnhäusern.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

13) K-83/02 Tarifordnung für den Stadtsaal Steyr und das Alte Theater; Änderung.

14) Präs-881/02 ÖVP- und LIF-Gemeinderatsfraktion; Antrag betreffend Grundsatzbeschluss zur finanziellen Förderung des Projektes „Steyrer LiteRaritäten“.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

15) FW-26/02 Ankauf eines Fahrgestells für ein Schweres-Rüstfahrzeug für die Freiwillige Feuerwehr Steyr.

16) BauGru-7/02 Flächenwidmungsplanänderung Nr. 106; „LKH Steyr“.

17) Ges-33/02 Neuorganisation des Fachhochschulträgervereines; Umwandlung der Fachhochschulen OÖ Holding GmbH in die Fachhochschulen OÖ. Management GmbH; Übernahme eines Gesellschaftsanteiles durch die Stadt Steyr.

18) Fin-100/02 Voranschlag der Stadt Steyr für das Rechnungsjahr 2003.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich darf die heutige GR-Sitzung eröffnen. Ich darf die ordnungsgemäße Einberufung feststellen und die Beschlussfähigkeit ist ebenfalls gegeben. Die Protokollprüfer sind heute GR Wilhelm Hauser und GR Kurt Apfelthaler. Die GR Hoflehner und Dr. Wetzl kommen etwas später. Der Herr GR Keiler ist auch noch am Weg, der steckt noch im Stau. Die Frau Koppensteiner, habe ich gerade gehört, kommt auch etwas später.
Das Thema „Beantwortung von allfälligen Anfragen“ fällt heute weg, es gibt keine Anfragen. Wir kommen zu Punkt 3), Mitteilungen des Bürgermeisters.

Bethlehems Bürgermeister besuchte Volksschule Gleink

Bethlehems Bürgermeister Hanna Nasser besuchte während seines Aufenthalts in Steyr gemeinsam mit Frau Vizebürgermeisterin Friederike Mach und mir auch die Volksschule Gleink.

Kinder und Lehrerinnen der Volksschule bereiteten uns einen herzlichen Empfang. Die Kinder gaben ihren größten Weihnachtswunsch, "Friede den Menschen auf Erden", in einem Brief an das Christkind mit.

Bürgermeister Nasser und ich versicherten den Kindern, dass wir weitere Brücken bauen und uns gemeinsam für den Frieden in der Welt einsetzen werden.

Bürgermeister Nasser betonte, dass aus dem Paradies nur Kinder, Blumen und Sterne geblieben sind und die Kinder dieser Welt unsere einzige Chance auf den Frieden sind.

Gratis-Parken beim Quenghof

Autolenker können ab sofort bis Weihnachten ihr Fahrzeug auf dem Grundstück vor dem Quenghof gratis abstellen. Die Stadt Steyr hat eine dementsprechende Vereinbarung mit den Besitzern des Grundstücks, den Bundesforsten, getroffen.
Sie haben gesagt, sie stellen uns heuer diesen Parkplatz in der Weihnachtszeit gratis zur Verfügung. Nächstes Jahr müssten wir für so einen Parkplatz, wenn wir ihn wieder beanspruchen, Pacht zahlen.

„Stadtplatz im Aufbruch“

Im Bürgerbeteiligungs-Verfahren für die Neugestaltung des Steyrer Stadtplatzes haben nun die Fachleute im Steyrer Magistrat begonnen, die von den Teilnehmern ausgefüllten Fragebögen auszuwerten.
Als nächster Schritt wird sich eine Arbeitsgruppe formieren, in der unter anderem Bewohner, Unternehmer sowie Vertreter des Tourismus, der Kultur und der Politik zusammenarbeiten.

In weiteren Vortragsreihen sollen dann die von der Arbeitsgruppe ausgearbeiteten Anforderungen für die künftige Gestaltung des Stadtplatzes öffentlich diskutiert werden. Damit ist gewährleistet, dass die Steyrer Bürgerinnen und Bürger in die Diskussion mit einbezogen werden.

Weihnachtsbaum auf dem Stadtplatz

Am 20. November haben Magistrats-Mitarbeiter wieder einen Weihnachtsbaum auf dem Steyrer Stadtplatz aufgestellt. Die etwa 15 Meter hohe Fichte stammt aus der Josefgasse im Stadtteil Wehrgraben. So wie jedes Jahr haben auch heuer wieder viele Steyrer Bürger Christbäume

gespendet.

Ich bedanke mich bei allen Bürgerinnen und Bürgern, die der Stadt heuer kostenlos Weihnachtsbäume zur Verfügung gestellt haben.

Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage

Die Arbeitslosenquote im November 2002 betrug 6,0 % und ist im Vergleich zum Vormonat um 0,2 Prozentpunkte höher. Gegenüber dem Vergleichsmonat im Vorjahr erhöhte sie sich um 0,6 %.

Die Gesamtsumme der vorgemerkten Arbeitslosen betrug im November 2002 2.448 Personen. Diese erhöhte sich gegenüber dem Vormonat um 3,2 % (d.s. 76 Personen) und gegenüber dem Vorjahr erhöhte sie sich um 9,2 % (d.s. 206 Personen).

Im November 2002 sind 363 offene Stellen gemeldet, das sind im Vergleich zum Vormonat um 3 Stellen mehr sowie auch gegenüber dem Vorjahr um 146 Stellen mehr.

Das waren die Mitteilungen des Bürgermeisters. Ich komme zu Punkt 4), Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates. Ich bitte um Kenntnisnahme. Wir kommen jetzt bereits zu Punkt 5), Verhandlungsgegenstände. Bei den Verhandlungsgegenständen bitte ich als ersten Berichterstatter Herrn Vzbgm. Dr. Leopold Pfeil um seinen Antrag.

BE: VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. In meinem Antrag geht es heute um einen sehr wichtigen Punkt, nämlich um die Neuerrichtung des Tierheimes in Steyr-Gleink. Dieser Akt zieht sich ja jetzt schon mittlerweile 6 Jahre hin und ich sage von dieser Stelle, dass nicht alles, was in diesen 6 Jahren passiert ist konsequent, zielführend und sparsam war. Aber Ziel muss es sein, dass es auch in Steyr ein zeitgemäßes Tierheim gibt, denn das Tierheim in Gleink, betrieben vom OÖ Landestierschutzverein, dieser Verein ist nebenbei der größte Verein in OÖ mit ca. 16.000 Mitgliedern, hat 1997 geplant, einen Neubau anstelle des bisherigen Tierheimes zu vollziehen. Es gab zuerst einen sehr, sehr ausgeklügelten Plan, der dann aufgrund eines Wechsels in der Obmannschaft im Bereich des Landestierschutzvereines verworfen worden ist und wo es dann sehr unangenehme prozessuale Auseinandersetzungen gegeben hat. Mittlerweile liegt ein neuer Plan vor. Die Kosten sind leider gestiegen. Zuerst waren Kosten von 8,2 Mio. Schilling, ich bitte um Verständnis, dass ich alle diese Anträge, wo wir alle Voraussetzungen noch in Schilling haben, auch in Schilling noch nennen darf, wir haben 8,2 Mio. Schilling an Baukosten für ein sehr großzügig geplantes Tierheim vorangeschlagen, das ist exkl. gerechnet. Jetzt sind Baukosten vorangeschlagen von 12 Mio. Schilling inkl. Ich kann es leider auch nicht nachvollziehen, sie werden es sicherlich im Akt beim Studium gesehen haben, diese 12 Mio. Schilling inkl. MWSt. sollen angeblich weniger sein als die 8,2 exkl. Ich kann diesem Argument nicht folgen. Tatsache ist, dass jetzt eine Bauverhandlung stattgefunden hat und dass jetzt doch hoffentlich im nächsten Jahr mit dem Neubau des Tierheimes in Gleink begonnen wird. Es sind natürlich noch einige Rahmenbedingungen zu klären wie Abwasserbeseitigung und Energieversorgung. Aber im Grunde genommen sind alle Vorbereitungen abgeschlossen.
Eines möchte ich noch erwähnen, und das habe ich gebeten in den Vereinbarungen aufzunehmen. Das Tierheim Steyr bzw. der Landestierschutzverein OÖ muss damit die Verpflichtung der Stadt Steyr für die Sorge von herrenlosen Tieren übernehmen. Es kann nicht sein, dass, wie in den letzten drei Jahren, dieser Verein wohl Subventionsempfänger auf der einen Seite ist, aber auf der anderen Seite sagt, ja, aber die Tiere die in der Nacht aufgefunden werden oder die die Polizei irgendwo findet oder die zur Polizei gebracht werden, um die können wir uns aus finanziellen Gründen nicht kümmern. Das haben wir in den Vereinbarungen aufgenommen. Im Gesetzestext steht ja, dass der Bürgermeister einer Gemeinde für Fundsachen zuständig ist und ein Tier ist in so einem Fall eine Fundsache und diese Verantwortung kann man einem Verein, der die Subventionen auch bekommt, übertragen. Das haben wir noch hineinreklamiert und ich denke, dass das trotz aller Probleme in der Vorbereitung ein gutes Tierheim wird und ich kann es aus vollem Herzen unterstützen.

1) Fin-223/98 OÖ. Tierschutzverein, Tierheim Steyr-Gleink, außerordentliche Subvention 2002.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB VIII - FA Veterinärwesen vom 18. Oktober 2002 wird dem Landestierschutzverein und Verein für Naturschutz, Zweigstelle 4407 Steyr-Gleink, Neustifter Hauptstraße 11 für die Jahre 2002 bis 2004 eine nicht rückzahlbare außerordentliche Subvention, zweckgebunden für den Neubau des Tierheimes Steyr, in Höhe von Euro 218.100,-- gewährt. Dieser Betrag wird in drei aufeinanderfolgenden Jahresraten nach Vorlage geprüfter Rechnungen ausbezahlt.

Zum genannten Zweck werden für das Jahr 2002 Mittel im Ausmaß von Euro 72.700,-- (zweiundsiebzigtausendsiebenhundert)
bei der VA-Stelle 5/581000/777000 freigegeben.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
So, der Antrag steht zur Diskussion. Gibt es Wortmeldungen zum Tierheim? Eine äußerst wichtige Sache. Ich muss dem Herrn Dr. Pfeil auch Recht geben, also dieses Abgeben zu jeder Tageszeit muss in Zukunft möglich sein. Wir haben das Thema nicht nur bei Tieren, sondern wir haben das Thema auch in Zukunft bei Sachgegenständen, sodass wir für beides eine Lösung finden müssen. So, wir kommen zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke, einstimmige Annahme. Ich danke dem Berichterstatter und bitte den nächsten Berichterstatter, Herrn Vzbgm. Gerhard Bremm, um seine Anträge.

BE: VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, in meinem ersten Antrag geht es wiederum um Sanierungsmaßnahmen und zwar dieses Mal um die Sanierung nach dem Hochwasser in der VS Wehrgraben. Es geht hier um einen Betrag von 48.100,-- Euro. Ich ersuche den Gemeinderat die Zustimmung zu geben.

2) GHJ2-68/02 Sanierung nach Hochwasser am 12.8.2002; VS Wehrgraben.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 4.11.2002 wird einer Kreditüberschreitung zur Behebung des Hochwasserschadens am Objekt Volksschule Wehrgraben, Wehrgrabengasse 22 im Ausmaß von Euro 48.100,00 inkl. USt. (achtundvierzigtausendeinhundert)
bei der VA-Stelle 1/211000/614000 (Volksschulen - Instandhaltung von Gebäuden)

sowie den Auftragsvergaben an die

Fa. Ploier & Hörmann, Marchtrenk - Turnsaalboden Euro 21.278,94 inkl. USt.

Fa. Ploier & Hörmann, Marchtrenk - Turnsaalausstattung Euro 9.982,80 inkl. USt.

Fa. Böhm, Steyr - Malerarbeiten Euro 8.000,00 inkl. USt.

Fa. Sport Christian, Ried/I. - Turngeräte Euro 3.913,34 inkl. USt.

Fa. Held & Francke, Steyr - Rissverpressung Euro 4.018,34 inkl. USt.

zugestimmt.

Die Deckung dieser Kreditüberschreitung in der Höhe von Euro 48.100,00 hat durch

Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

Wegen Dringlichkeit wird gemäß § 47 Abs. 5 der Magistrat zum sofortigen Vollzug des Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Keine Wortmeldung. Wir kommen gleich zur Abstimmung. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltungen? Danke schön, einstimmige Annahme. Nächster Punkt.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Im nächsten Punkt geht es um einen Vertrag zwischen Land und Stadt bezüglich Anbringung von Werbetafeln bzw. um eine finanzielle Beteiligung des Landes an den Erlösen von Werbetafeln.

3) GHJ2-47/97 Werbetafeln an Beleuchtungsmasten entlang von Bundes- und Landesstraßen; finanzielle Beteiligung des Landes an den Erlösen der
Stadt.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtberichtes der FA für öffentliche Rechtsangelegenheiten und Verfassungsdienst vom 12. November 2002 wird dem Abschluss der Vereinbarung zwischen der Stadt Steyr und dem Land Oberösterreich, Abt. Landes- bzw. Bundesstraßenverwaltung, mit Rechtswirksamkeit 1.1.2001 betreffend Aufteilung der Erlöse aus der Anbringung von Werbetafeln bzw. Hinweisschildern an Beleuchtungsmasten entlang von Bundes- bzw. Landesstraßen gemäß der beiliegenden Vereinbarung zugestimmt. (Beilage)

Ich ersuche den Gemeinderat dieser Vereinbarung die Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Herr Dr. Pfeil.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, wahrscheinlich werden sie jetzt alle sagen das ist das Lieblingsthema vom Dr. Pfeil. Es ist nicht mein Lieblingsthema aber es ist ein Dauerthema. Die Werbetafeln in Steyr ziehen sich wie ein roter Faden die letzten Jahre durch die Diskussion im Steyrer GR. Jetzt schließen wir eine Vereinbarung mit dem Land über eine Kostenaufteilung der Benützung dieser Straßenbeleuchtungskörper. Man muss sich vorstellen, diese Straßenbeleuchtungskörper stehen auf Landesgrund. Die Laternen die drauf stehen gehören der Stadt. Ich bin, von meiner bescheidenen Ansicht her, der Meinung, wenn ich auf meine Laterne etwas draufhänge gehört das mir und ich kann auch verlangen wenn jemand anderer etwas draufhängt. Dieser Rechtsmeinung schließen sich andere Juristen auch an und die Stadt Wels geht einen anderen Weg. Sie klagt bis hinauf, bzw. lässt sich klagen und ist nicht bereit, dieser Vereinbarung mit dem Land über eine Kostenaufteilung näher zu treten. Ich denke, die Stadt Steyr sollte den gleichen Weg gehen um hier nicht voreilig in Zeiten wo das Land uns sehr viel Gelder streicht oder sehr viel Aufgaben der Stadt zukommen lässt, was uns sehr viel Geld kostet und die Ertragsanteile immer weniger werden, wie wir heute sehen, sollten wir auch nicht voreilig so eine Vereinbarung machen und erst die Rechtslage klären. Mich wundert es, dass das nicht endgültig geklärt ist wenn man seit 1997 verhandelt. Nebenbei bin ich der Meinung, dass wir uns auch die folgenden Verträge aus diesem Vertrag heraus, Werberingverträge usw., noch einmal genauer anschauen müssen, insbesondere auch über die Zeitgemäßheit dieses Werberingvertrages bzw. über Möglichkeiten auf Brücken und exponierten Stellen keine Werbetafeln aufhängen zu lassen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön Herr Dr. Pfeil. Herr GR Fröhlich bitte.

GEMEINDERAT STEFAN FRÖHLICH:
Wertes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, ich möchte hier zu diesem Antrag bei einem Punkt nachfragen, weil es hier um eine Kostenbeteiligung geht, die eigentlich rückwirkend geändert wird und sich so die Aufteilung der Einnahmen auch ändern wird, und die Information aus dem Amtsbericht bzw. aus den Berichten vom StS nicht bis zu mir durchgedrungen ist, würde mich die Höhe der Beträge in den Jahren 2001 und 2002 interessieren und wie sich das auch im Jahr 2003 ändern wird. Danke.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es noch eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Schlusswort bzw. Beantwortung.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, natürlich hält sich die Begeisterung bei diesem Antrag auch bei uns in Grenzen, weil es ja nicht so ist, dass wir Geld bekommen, sondern von Einnahmen etwas abgeben sollen. Die Debatte darüber findet ja schon seit längerer Zeit statt. Das Land ist an uns herangetreten. Sie wollten ja ursprünglich wesentlich mehr von den Einnahmen erhalten. Es ist hier ein Verhandlungsergebnis, das heute zur Beschlussfassung bzw. zur Debatte steht. Bei so unterschiedlichen Rechtsauffassungen ist es natürlich auch immer eine Frage der Einschätzung. Das ist halt im juristischen Bereich so. Es gibt kaum irgendwo rechtliche Festlegungen die ganz klar vorgeben und alles absichern. Also, ein Jurist sieht es so, ein anderer Jurist sieht es anders. Ich glaube, dass das auch legitim ist, es ist auch legitim, Klage zu führen. Unsere Juristen im Hause haben sich nach den Gesprächen, nach den Verhandlungen, haben wir die Empfehlung abgegeben, keine Klage zu führen. Wenn Wels eine Klage führt, ist das ihre Beurteilung. Ich glaube, dass, wenn wir heute den Vertrag so beschließen, ist das ja nicht eine Regelung bis zum Nimmerleinstag. Wenn Wels diesen Prozess gewinnen sollte, dann steht es uns natürlich offen, diese Vereinbarung aufzukündigen und sich an den anderen anzuhängen und uns an der Regelung von Wels anzuhängen. Wenn man es jetzt einmal salopp betrachten würde, wenn die Welser gewinnen würden, ist es in Ordnung, wenn die Welser verlieren, haben wir uns die Prozesskosten erspart. Also, wir sind da ein bisschen Trittbrettfahrer. Es muss nicht jeder um dasselbe einen eigenständigen Prozess führen. Das wäre ja nicht unbedingt zweckmäßig und empfehlenswert. Wels hat halt eine andere Entscheidung getroffen. Unsere Juristen glauben, dass wir rechtlich da keine solche Handhabe haben, diese Einnahmen alleine für uns in Anspruch zu nehmen und mit dem Land eine Vereinbarung einzugehen.

Zur Frage der Kosten. Herr GR Fröhlich, ich kann es jetzt nicht ganz genau auf den Schilling sagen, nageln sie mich auch nicht fest, die Einnahmen insgesamt aus den Werbetafeln bewegen sich, also von dem Bereich wo wir reden, ca. um die S 250.000,--. Also, es ist nicht eine riesige Summe von der wir da jetzt reden, aber genau auf den Betrag kann ich es nicht sagen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Wir kommen zur Abstimmung. Wer diesem Antrag zustimmt den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand (SPÖ, ÖVP, GAL). Wer stimmt dagegen? 3 FPÖ (Vzbgm. Dr. Pfeil, StR Eichhübl, GR Reznar). Stimmenthaltung? 5 (4 FPÖ - GR Payrleithner, GR Fürweger, GR Fröhlich, GR Toman, 1 LIF). Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen. Ich bitte um den nächsten Antrag.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Im nächsten Antrag geht es um die Erneuerung der Kommunikationsanlage im Stadttheater. Zum besseren Verständnis, die Kommunikationsanlage ist in einer einfacheren Form dargestellt ein Haustelefon mit Haussprecher in unterschiedlichen Räumen. Also, da ist ein technischer Defekt da und das muss dringend erneuert werden. Ich ersuche den Gemeinderat dem Antrag die Zustimmung zu geben, indem es ja nicht von den Kosten im GR wäre, sondern weil es eine Kreditüberschreitung ist.

4) GHJ2-77/02 Erneuerung der Kommunikationsanlage, Stadttheater, Sofortmaßnahme.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Die Bürgermeisterverfügung vom 12.11.2002, womit wegen Dringlichkeit gemäß § 49 (7) des Statutes für die Stadt Steyr Nachstehendes angeordnet wurde, wird hiermit genehmigt.

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 12.11.2002 wird der Auftragsvergabe an die

Fa. Almert, Linz - Kommunikationsanlage (Euro 2.992,79 exkl. USt.

sowie einer Kreditübertragung in der Höhe von Euro 3.000,00 exkl. USt. von der VA-Stelle 5/270000/010000 (Volkshochschule Gebäude) auf die VA-Stelle 5/323000/043000 (Stadttheater Betriebsausstattung)

und um Mittelfreigabe von Euro 3.000,00 exkl. USt. (dreitausend) bei der VA-Stelle 5/323000/043000 (Stadttheater Betriebsausstattung)

zugestimmt.

Aufgrund von Kosteneinsparungen bei der VA-Stelle 5/270000/020000 (Volkshochschule Gebäude) werden die zur Kreditübertragung beanspruchten Mittel bei dieser VA-Stelle in diesem Ausmaß nicht benötigt.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von Euro 3.000,00 notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke. Gibt es dazu Wortmeldungen? Keine Wortmeldungen. Wir kommen zur Abstimmung. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltungen? Danke schön, einstimmige Annahme.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Im nächsten Antrag geht es um den Ankauf eines Grundstückes von den Ehegatten Willibald und Renate Glinsner, den Ehegatten Wilhelm und Edda Dolleschall, Herrn Rudolf Steiner und Frau Brunhilde Rothenbuchner. Und zwar ist das das Grundstück 1664/19. Das wird zwar kaum etwas sagen, aber das ist das freie Grundstück beim Posthofknoten, das ja als Vorsorgefläche für den Ausbau des Posthofknotens notwendig ist. Es ist jetzt die Möglichkeit, den Grund dort zu kaufen. Die Eigentümer haben darauf gepocht, hier eine Regelung und Vereinbarung zu treffen und nicht da zu vertrösten und länger zu warten, weil nämlich die Errichtung des Posthofknotens doch eher zurückgeschoben worden ist, in die Ferne getreten ist. Aber ich glaube, den Grund sollte man dort als Vorsorgefläche kaufen. Es ist auch das, sollte der Posthofknoten aus irgendwelchen Gründen nicht notwendig sein, dass man das nicht ausbauen sollte, wäre der Kauf des Grundes kein verlorener Aufwand. Er liegt dort an einer sehr attraktiven Stelle und ist sicherlich um den Preis, um den wir ihn kaufen, jederzeit wieder zu verkaufen um dort eine Betriebsansiedelung oder dgl. zu machen. Ich ersuche den GR dem Antrag die Zustimmung zu geben.

5) ÖAG-23/02 Ankauf des Grundstückes 1664/19, Grundbuch Steyr von den Ehegatten Willibald und Renate Glinsner, den Ehegatten Wilhelm und Edda Dolleschall, Herrn Rudolf Steiner und Frau Brunhilde Rothenbuchner.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Privatrechtsangelegenheiten vom 25. November 2002 wird

dem Ankauf des Grundstückes 1664/19, Grundbuch Steyr, von der Eigentümergemeinschaft Willibald und Renate Glinsner, beide wohnhaft 4591 Molln, Bräugrabenstraße 6, Herrn Wilhelm Dolleschall, wohnhaft E-03779 Els-Poblets, Carrer 20c/14, Spanien, Frau Edda Dolleschall, wohnhaft 4591 Molln, Schaufelhackerstraße 4, Herrn Rudolf Steiner, wohnhaft 4591 Molln, Dr. Bauer-Straße 2, und Frau Brunhilde Rothenbuchner, wohnhaft 4591 Molln, Dr. Bauer-Straße 2, entsprechend dem beigeschlossenen Kaufvertrag zugestimmt.

Zur Bezahlung des Kaufpreises und der sich aus dem Rechtsgeschäft ergebenden Steuern, Gebühren und Abgaben wird bei der VA-Stelle 5/612000/002080 (Gemeindestraßen - Straßenbau Tabor) ein Betrag von EUR 637.400,00 freigegeben. Die Deckung der Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von EUR 637.400,00 notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonstruktion wird, auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung, noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt werden. (Beilage)

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Herr Dr. Pfeil hat sich gemeldet.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Meine sehr verehrten Damen und Herren, dieser Antrag ist der wichtigste Antrag neben dem Haushaltsvoranschlag. Ich möchte auch deshalb relativ genau darüber sprechen, weil er schon sehr viel Sprengkraft und Präsenz in sich hat. Wir kaufen heute ein Grundstück, wo wir noch nicht wissen ob wir es brauchen, zu einem Preis, der nicht günstig ist, wie der Kollege Bremm gesagt hat, sondern der, bitte wiederum im alten Geld, S 3.000,-- pro m² nahezu ausmacht. Als Vorbehaltsfläche an dieser Stelle halte ich das nicht unbedingt für notwendig, wenn ich es nicht für die Kreuzung brauche. Jetzt steht hier, weil hier die Planungen fortgeschritten sind, und in absehbarer Zeit soll er realisiert werden. Gerade in der vorletzten Woche kamen ja Signale bzw. Mitteilungen vom Land OÖ, aus der Landesbauabteilung, dass diese Bauprojekte im Bereich Taborknoten/Posthofknoten auf die Jahre 2006 bis 2008 verschoben worden sind. Gut, d. h., dieser Knoten wird nicht in einer absehbaren Zeit gebaut. Auch nach Aussage des Landes auch die Hauptkreuzung nicht. Von den Kosten her, die derzeit abschätzbar sind, die sind in eine Höhe gekommen, die für uns eine sehr große Hürde darstellen. Ich rede jetzt vom Posthofknoten. Von den vorangeschlagenen 20 bis 25 Mio. Schilling sind nach heutigem Stand 52 Mio. Schilling geworden ohne Grundstückskosten. Noch dazu ist das ein Bauwerk das absolut die ganze Gegend massiv beeinträchtigt. Wahrscheinlich haben alle GR in den Plan Einsicht genommen und kennen diesen Plan. Die Bürger im Tabor-Nord gehen Sturm gegen diese Vorstellungen. Jetzt hat man ihnen angedeutet, dass man so Riegelbauten vor diesem U vorsetzt, dass sie keinen Lärm oder keine Beeinträchtigung haben. Jetzt aber, wer soll in den Riegelbauten dort hinein? Sollen da auch wieder Leute wohnen 2. Kategorie oder sollen Geschäftswohnungen gemacht werden?

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Eindeutig Geschäfte.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Noch dazu wenn ich einen Leistungsfähigen Kreisverkehr habe, auf der Hauptkreuzung, ist es zumutbar, die gleiche Strecke zu fahren, wenn ich jetzt eine Linksabbiegerbeziehung habe in die Posthofstraße, über den Kreisverkehr umzudrehen als wenn ich jetzt diese wirklich städtebaulich absolut unverträgliche Lösung, diese halbe Kleeblattkreuzung dort habe. So etwas baut man heutzutage nicht mehr. So etwas ist Landschaftszerstörend, das ist einer normalen Entwicklung nicht zuträglich. Und dann kommt noch etwas. Das Land hat angedeutet, es ist in den nächsten 5 Jahren kein Geld da. Diese Posthofknotenlösung ist angestrebt worden primär als Lösung für das Problem im Bereich des ganzen Tabor-Süd, Kasernengelände bzw. Bezirkssporthalle. Jetzt wissen wir aber alle, dass das Verkehrskonzept der Bezirkssporthalle so aussieht, dass, nach den Plänen vom Herrn

Arch. Medek, die Zu- und Abfahrt in der Kasernengasse stattfinden soll und dass dort eine Sackgasse ausgebildet wird, weil wir wissen, dass dort eine sehr große Umgehungsfluktuation ist und ein großer Verkehr drinnen ist, der dort eigentlich nichts zu suchen hätte, weil die wollen die Hauptkreuzung übergehen und jetzt kommt von der Wolferner-Straße, Kasernengasse hier in Richtung Posthofstraße ein relativ großer Verkehr. Jetzt machen wir dort eine Sackgasse. Der Posthofknoten wird nicht gebaut. Die Stadt Steyr kann sich das nicht leisten. Was passiert dann? D. h., die Bewohner die auf dem Tabor-Süd jetzt wohnen, im Bereich der Posthofstraße, wenn der jetzt von der Rederbrücke kommt, kann nicht mehr nach Hause fahren, weil wir nicht die Hauptkreuzung saniert haben. Der hat keine Umdrehmöglichkeiten. Wenn er nämlich über die Rooseveltstraße fährt, dann steht er bei der Kasernengasse in der Bezirkssporthalle an. Aus ist es. Es geht nur über wirklich einen extremen Schleichweg ...

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Industriestraße.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
... aber bitte schön, das wollen wir alle nicht, dass wir beim Taborrestaurant hinten rüber über die kleinsten Straßen dann nach Hause fahren. Bitte, das ist äußerst unüberlegt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Industriestraße, da brauchen sie nicht bis zum Taborrestaurant fahren.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Wir gehen hier in eine wirklich verkehrstechnische Sackgasse hinein. Ich ersuche den GR wirklich, diesen Beschluss heute nicht zu beschließen. Diese 10 Mio. Schilling sind woanders, auch für Vorbehaltsflächen, besser angelegt. Es gibt keinen Grund dafür, diese Kreuzung in irgendeiner Form ...

GR Stephan Keiler kommt um 9.43 Uhr.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Die ganze Aufmerksamkeit hat der Stephan Keiler, ich begrüße ihn von dieser Stelle aus auch recht herzlich.

Aber es ist ernst genug. Wir geben hier sehr viel Geld aus für eine Lösung die äußerst unbefriedigend ist. Ich bezweifle die Worte vom Herrn Bremm, dass wir diesen Grund um S 3.000,00 weiter verkaufen können, weil es so wichtig ist. Die Vorbehaltsfläche, es ist ein exponierter Grund, aber ich denke, da gibt es wichtigere Gründe.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Herr Lengauer bitte.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:
Da ich ja dort oben der Interessensvertreter der Wohnungseigentümer bin, habe ich einfach nur ein paar Verständnisfragen bei der ganzen Sache. Erstens meine ich einmal, dass die Bürger am Tabor oben von der Information her einfach nie vollständig informiert worden sind. Eigentlich weiß niemand oben was wirklich geschehen soll. Zweitens, die ganzen Bürger des Tabor-Nords sind nicht dagegen, aber ein Teil der Bürger des Tabor-Nords sind gegen diese Lösung. Das möchte ich nur feststellen. Aber ich hätte jetzt einfach zwei Fragen. Die erste Frage ist, wie schaut es jetzt aus. Wir kaufen jetzt rasch diesen einen Grund, diese Wiese. Wie sieht es aus mit dem anderen Grund, der mindestens genauso notwendig ist, der durch das Bundesheergebiet geht, wenn da immer gedacht wird, Verlängerung Kollerstraße. Da möchte ich einfach fragen, wie schaut es da mit den Verhandlungen aus, mit den zuständigen Behörden für diese Bundesheergründe? Die zweite Frage ist, es soll der Bürgermeister Vertretern vom Tabor-Nord mitgeteilt haben, dass es ganz ernste Verhandlungen mit einer Bank gibt, die dort auf diesem heute zu kaufenden Grundstück

Schutzgebäude, ich nenne es einmal so, als Abwehr des Schalls errichten sollen und diese Verhandlungen sollen schon sehr, sehr weit gediegen sein. Ich frage, ob das stimmt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Das Thema Taborkreuzung/Posthofkreuzung ist ja eigentlich ein Thema, das mich schon beschäftigt seit ich im Rathaus bin. Es hat ja Bürgerinitiativen von Tabor-Nord und Tabor-Süd gegeben und eigentlich sehr langwierige Gespräch im Vorhinein. Es hat auch bereits eine Information gegeben, wo die Leute aus dieser Gegend eingeladen waren und wo genau dieser Plan, den der Herr Dr. Pfeil heute vorgezeigt hat, präsentiert worden ist. D. h., die Information zu diesem Thema ist eigentlich sehr umfassend. Es ist auch so, dass für diesen Bereich bereits umfangreiche Untersuchungen der Landesbaudirektion und der Verkehrsexperten des Landes gemacht worden sind und hier im GR-Saal hat es sogar eine Darstellung der sieben Varianten gegeben. Sieben verschiedene Varianten die hier simuliert dargestellt worden sind. Also, es hat sehr genaue und ausführliche Informationen, technische Informationen, zu diesem Thema gegeben. Diese Informationen haben wir selbstverständlich dann auch wieder mit diesen Bürgerinitiativen diskutiert und aufgrund dieser Diskussion ist ein zusätzlicher Planungsauftrag an Verkehrsexperten gegangen, den wir ebenfalls wieder finanziert haben, und wo letztendlich dieser letzte Plan herausgekommen ist, wo weitgehend allen Bedürfnissen der Bevölkerung von Tabor-Nord entgegengekommen worden ist. Tabor-Süd, das waren sowieso immer die Gewinner dieser gesamten Variante, weil ja die Straße von ihren Häusern wegrückt. Es ist nur so, dass bei Tabor-Nord die Straße selbstverständlich etwas näher kommt. Für den Fall, dass für die Bewohner auch in diesem Bereich zumindest lärmbehinderte Maßnahmen geschaffen werden, sind alle nur möglichen Maßnahmen geschaffen worden. D. h., es gibt Lärmschutzmaßnahmen und es gibt in Zukunft auch die Möglichkeit, dass dort Gebäude hingestellt werden.

Zur Frage, ob es einen konkreten Mann oder eine konkrete Firma gibt, die einen Betrieb errichten will, die Verhandlungen sind noch nicht so weit. Es gibt noch nichts Konkretes, es gibt nur Anfragen. Es gibt nur Anfragen, weil dieses Gebäude für alle Leute die dort vorbeifahren, für jeden Autofahrer der dort vorbeifährt, natürlich in einer Position steht, wo für eine Werbung ideale Voraussetzungen gegeben sind. Das ist der Stand zu diesem Thema. Natürlich war ich enttäuscht, vor 14 Tagen, als ich den Brief dann endlich vom LH-Stv. Hiesl bekommen habe, dass er mir gesagt hat, diese Finanzierung passiert erst 2006 bis 2008. Das ist ein Zeitraum, den wir auf alle Fälle so nicht hinnehmen können, wo wir nicht sagen können, na ja, wir tun da gar nichts und die Vorfinanzierung durch die Stadt ist einfach so locker möglich. Das ist nicht möglich, das sind erhebliche Summen, da geht es um bis zu 60 Mio. Schilling. Ich bitte auch um Verständnis, dass wir diese Vorgangsweise jetzt auch so wählen müssen. Wir können nicht die Grundbesitzer in diesem Bereich so hinhalten und sagen, vielleicht wird es etwas aber ihr könnt trotzdem noch nichts hinbauen. Es gibt ganz klare Vorgaben und wir richten uns danach.
Dann war noch eine Frage, was war das gleich?

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:
Bundesheergründe.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Ja genau. Zum Thema Bundesheergründe gibt es Vorgespräche, aber die konkreten Gespräche laufen in den nächsten Wochen und ich hoffe, dass wir dann ein Ergebnis haben. Es gibt Vorgespräche, wir haben ja ein Nutzungskonzept für die Kasernengründe vorgestellt, und wenn wir dem Bundesheer in dieser Weise auch entgegenkommen, dass entsprechende Nutzungen in diesem Bereich möglich sind und entsprechende Grundstückspreise erlöst werden können, dann werden sie uns auch beim Grundstückspreis entgegenkommen. So ist die Absprache.

So, gibt es weitere Wortmeldungen? Herr Apfelthaler bitte.

GR Maria Koppensteiner kommt um 9.50 Uhr in die Sitzung.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Wertes Präsidium, meine Damen und Herren im Gemeinderat. Dieses Thema zieht sich schon unendlich lange dahin und es gibt auch schon jede Menge Bürgerinitiativen, wobei halt zu bemerken ist, dass die eine Bürgerinitiative sich anscheinend jetzt nicht mehr oder kaum mehr zu Wort meldet, weil sie äußerst zufrieden ist mit der Maßnahme.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:
Eine Person.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Ja, eine Person. Ich habe mit dieser Person übrigens vor geraumer Zeit gesprochen und habe gefragt, warum es denn jetzt keinen Kontakt mehr gibt mit der Bürgerinitiative B. Er hat gesagt, na ja, er hat es nicht öffentlich zugeben wollen, aber das hat sich irgendwie auseinanderdividiert. Bei meinen Mutmaßungen, ob dann vielleicht er sozusagen auf die Butterseite gefallen ist, bei diesen Bestrebungen diesen Posthofknoten umzuändern, hat er gesagt, na ja, Butterseite möchte ich es nicht nennen, aber jetzt geht es mir schon viel besser. Jetzt haben wir halt die Problematik, dass in so einem engen Gebiet, wenn es sich um so ein Monsterbauwerk wie den Posthofknoten handelt, die einen halt immer auf die Butterseite und die anderen halt immer auf die schlechte Seite fallen. Der Herr Dr. Pfeil hat es eh gezeigt, es ist ein Wahnsinnsbauwerk, für das, dass es eigentlich nur darum geht, dass man dem Autofahrer die Einfahrt über den Kreisverkehr Tabor ersparen will. Mit anderen Maßnahmen natürlich auch noch, aber im Grunde genommen geht es um das. Dass man so und so viele Millionen auf den Kopf haut nur weil es dem Autofahrer, der anderwärtig vielleicht auch auf einen Kaffee nach Salzburg fährt, dass man dem die paar Meter erspart herumzufahren, also das sehe ich überhaupt nicht ein.
Zum Herrn Dir. Lengauer, weil er so das schöne Wort Schallabwehr, das klingt sehr kriegerisch, gesagt hat. Die beste Schallabwehr wäre, dass man diesen, jetzt sage ich es aber wirklich pointiert, Krapfen dort nicht hin bauen würde. Also werden wir auch dagegen sein.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. Herr Fröhlich bitte.

GEMEINDERAT STEFAN FRÖHLICH:
Wertes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen. Unbestritten ist natürlich, dass die Situation dort oben dringend gelöst werden muss aus verkehrstechnischer Sicht. Jedoch Herr Bürgermeister muss ich ihnen schon widersprechen, ich glaube zumindest, dass ich ihnen widersprechen muss, wenn sie sagen, dass wir das Grundstück dort oben jederzeit wieder los werden können, um diesen Preis, um S 3.000,-- pro m² oder 640.000,-- Euro. Soweit ich mich zurückerinnern kann, und ich bin doch schon eine ganze Zeit in Steyr, ist auf dem Grundstück außer Werbetafeln nichts gewesen. Also, recht großes Interesse dürfte in den letzten Jahren um dieses Grundstück nicht gewesen sein. Weiters finde ich die Tendenz an sich auch gefährlich, dieses Projektes, dass man den Verkehr noch weiter in Wohngebiet hineinleiten möchte. Die Anwohner dort leiden schon mehr als zumutbar ist, so meine ich, unter Abgasen und Lärm, und man muss das nicht zusätzlich auch von dieser Seite her verstärken, was uns gleich zu den Riegelbauten, zum nächsten Punkt bringt. Es würde mich schon interessieren, welche Geschäfte sich da ansiedeln sollen, in solchen Gebäuden, in denen zwei Meter vor der Nase Scheinwerfer und Autos auftauchen und dort ihre Runden drehen. Wer soll auch diese Gebäude errichten? Also auch im Hinblick darauf, dass dort vielleicht keine Geschäfte reinkommen. Soll das die Stadt errichten? Wer trägt dann die Verluste bei solchen Gebäuden, die meines Erachtens sicherlich nicht kostendeckend laufen werden?
Weiters ist auch das Projekt insofern unausgereift, glaube ich, da es auf Daten basiert, wo viel zu viele „Was-, Wäre-, Wenn-Faktoren“ drinnen sind. Wir haben noch keine endgültige Variantenfestlegung für die Hauptkreuzung und genauso wurde argumentiert. Man muss die vorgelagerte Kreuzung deshalb entschärfen und umbauen, um das Funktionieren der Hauptkreuzung zu erleichtern. Wenn man nicht einmal weiß, wie die Hauptkreuzung ausgestaltet werden soll, kann

man hier keine Daten ableiten.
Der nächste unklare Punkt ist ebenfalls der mit dem Kasernengelände. Sie haben es auch schon angesprochen. Da auch ein Teil der Ausfahrt über das Kasernengelände gehen wird, müsste man natürlich auch hier mit etwaigen Grundstückseignern dann Verhandlungen aufnehmen damit man hier über dieses Grundstück drüberfahren kann. Auch das liegt noch in ferner Zukunft und da eben all diese Punkte nicht geklärt sind, bin selbstverständlich auch ich gegen dieses Projekt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. Herr StR Mayrhofer bitte.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren, es sind eine Menge an Zahlen, Daten genannt worden, die meisten vom Hörensagen, teilweise falsch interpretiert. Ich glaube, es ist ganz einfach notwendig, dass man das einmal richtig stellt. Die Baukosten für den Posthofknoten betragen 2,2 Mio. Euro. Bei den von Dr. Pfeil angesprochenen Gesamtbaukosten sind selbstverständlich Grundeinlösen, Hausablösen usw. dabei. Reine Baukosten knappe 30 Mio. Schilling. Erstes Faktum. Zweites Faktum: Alle Fachleute, sowohl des Landes aber auch jene hier im Haus von der Verkehrsplanung, von der Bauabteilung sagen nach wie vor, damit der Taborknoten wirklich funktioniert muss ich zuerst die vorgelagerten Probleme lösen. Darüber hat es auch schon mit dem Land OÖ eine Vereinbarung gegeben. Ich erinnere an das Gespräch im Veranstaltungssaal in der Pfarre Tabor, wo nicht nur Politiker, sondern selbstverständlich auch Vertreter von der Bevölkerung da waren, wo vereinbart wurde, dass zuerst der Posthofknoten gebaut wird und anschließend der Taborknoten. Wir waren aus diesem Grunde auch am 12.9. in Linz, und zwar der Herr Bürgermeister, der Herr Grassnigg, der Herr Baudirektor und ich, und haben gesagt, wir möchten nicht nur diese Lösung, sondern wir möchten für das gesamte Verkehrsproblem Tabor einen Zeitplan und eine genaue Determinierung wer was bezahlt und wann es gemacht werden kann. Ich glaube, dass es auch wichtig ist, dass man einmal den Inhalt dieser Vereinbarung ganz klar auch ausspricht, weil ich lese in den Zeitungen alle möglichen Interpretationen aber mit Sicherheit nicht das, was hier vereinbart wurde.

Posthofknoten: Die Vereinbarung lautet, dass man die Variante II, also die nördliche Anschlussrampe über den Glinsnergrund nimmt. Planung, Ausschreibung, Baudurchführung müssen unter Federführung der Stadt erfolgen. Auf Basis der Kostenschätzung für Grundeinlöse und Bau wird eine 50:50 %ige Kostenteilung zwischen Stadt und Land vereinbart. Das ist eine gewaltige Besserstellung gewesen, als es bei der letzten Verhandlung war. Hier hat es geheißen, das Land zahlt, weil überwiegend es Gemeindeinteressen betrifft, nur eine Beteiligung von 10 Millionen. Jetzt hat das Land gesagt, gut, wir gehen von diesen 10 Millionen auf 25 Millionen. Klare Aussage. Detailplanung, Bewilligungsverfahren, Grundeinlösen und Ausschreibung sollen so zeitgerecht veranlasst werden, dass ein Spatenstich im Herbst 2003 möglich ist. Der Umbau auf einem nicht abgesenkten Kreisverkehr, Taborknoten jetzt betreffend, soll im Anschluss an die Fertigstellung des Posthofknotens vorgenommen werden. Die Kosten trägt das Land zu 100 %. Die erforderliche Fußgängerlösung bleibt der Stadt vorbehalten.

Vierstreifiger Ausbau Ennserstraße: Die Planungen werden durch das Land umgehend veranlasst. Eine Realisierung ist in Etappen möglich.

Westspange: Eine Trassenentscheidung soll möglichst rasch erfolgen, damit eine Flächensituierung im Flächenwidmungsplan vorgenommen werden kann. Gespräche mit den betroffenen Grundeigentümern sollen in nächster Zeit vereinbart werden. Das Ergebnis der Verkehrsuntersuchung Stickler ist jedenfalls zu berücksichtigen. Vom Land wird ein Baubeginn unmittelbar nach Fertigstellung der B 309 als realistische Zielvorgabe zugesagt.

Dann darf ich zu dem Schreiben kommen, was zitiert wurde, aber eben nur in Ansätzen: Hinsichtlich des Federführens von der Stadt betreutem Projektes Posthofknoten, bestätige ich dir einen Baubeginn 2003. Der Anteil des Landes OÖ am Projekt beträgt rund 2 Mio. Euro. Die

Landesbeiträge können der Stadt Steyr in den Jahren 2006 bis 2008 zur Verfügung gestellt werden. Unmittelbar an das Bauvorhaben Posthofknoten kann aus technischer Sicht das Projekt Taborknoten realisiert werden. Dieses Projekt kostet ca. 1 bis 1 ½ Mio. Euro. Das Land kann die Mittel aus heutiger Sicht 2007, 2008 zur Verfügung stellen. Um daher zu einem vorgezogenen Baubeginn im Sinne der Stadt Steyr zu gelangen, ersuche ich dich das Projekt durch die Stadt zwischenzufinanzieren. So, das war das Ergebnis dieser Verhandlung. Ein Abschluss der Gespräche, wie vom LH-Stellvertreter Hiesl verlangt, direkt an Ort und Stelle mittels Handschlag, war nicht möglich, weil der Herr Bürgermeister gesagt hat, das kann ich jetzt nicht zustimmen, da muss ich zuerst mit meiner Fraktion sprechen. Das ist ebenfalls bitte Tatsache. D. h., das jetzige Schreiben bitte, was auch vom LH-Stellvertreter Hiesl gekommen ist, ist kein Widerspruch zu dem Ergebnis was am 12.9. stattgefunden hat, sondern eine genauere Präzisierung. Er steht nach wie vor zu der Übernahme der 50 %igen Kosten. Er ist auch einverstanden, dass der Baubeginn 2003 gemacht wird. Worum es jetzt geht, ist eine Vorfinanzierung und d. h. eine Zinsenübernahme von ungefähr 100.000,00 Euro. Das ist Tatsache und Fakt. Ich glaube, man soll nicht immer nur etwas in den Raum stellen, sondern man soll sich wirklich an das halten, was vereinbart wurde. Ein Hinausschieben des Posthofknotens bedeutet ganz klar ein Hinausschieben des Umbaus des Taborknotens, weil auch das bitte ist in schriftlicher Form vereinbart, dass zuerst der Posthofknoten gebaut werden soll und dann der Taborknoten. Wenn wir heute diesem Antrag bitte schön nicht die Zustimmung geben, dann machen wir etwas, was ganz klar gegen die Interessen der Bevölkerung am Tabor läuft, nämlich, dass nichts geschieht, dass eine Realisierung, ein Verkehrsentlastung kommt, noch weiter hinausgeschoben wird. Wenn man jetzt redet, dass zwar die Kasernengasse verkehrsberuhigt werden soll, eventuelle sogar als Sackgasse, dann ist aber dieses Bauwerk genauso notwendig für die Erschließung des gesamten Kasernenareals. Das sind 70.000 m² Baufläche, wo wir einen Nutzungsplan erstellt haben, wo wir als Stadtgemeinde verpflichtet sind, die notwendige Straßenaufschließung auch zu machen und diesbezügliche Verhandlungen auch bereits bitte mit dem Bundesministerium für Heeresangelegenheiten schon im Laufen sind und wo die Bereitschaft auch vorhanden ist, auf dieser Seite den Grund auch zur Verfügung zu stellen, kostenlos, für diese Aufschließung. D. h., ich ersuche wirklich alle, hier nicht parteipolitisch zu denken, sondern ...

Gelächter

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
... wirklich im Interesse der Bürger.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Herr Kupfer.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:
Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Gäste. Ich habe ja Verständnis dafür, dass der Herr StR Mayrhofer seinen Parteikollegen auf Landesebene hier unterstützen muss. Kein Verständnis habe ich, wenn man hier heraußen steht und sagt, das ist das beste Ergebnis für die Bevölkerung und die Bevölkerung dort oben das eigentlich ganz anders sieht. Nicht gratulieren kann ich ihnen eigentlich zu diesem Verhandlungsergebnis, das sie uns hier vorgestellt haben, wo eigentlich das Wichtigste fehlt, nämlich der Zeitplan. Alles was sie da jetzt erzählt haben, ist ohne Jahreszahlen formuliert worden, außer die Stadt macht eine Vorfinanzierung. Aber wir wissen nicht, wann die Maßnahmen auf der Ennser Straße kommen, wir wissen nicht, wann das mit der Westspange kommt und wir wissen eigentlich am allerwenigsten, wann das wichtigste Projekt kommt und das wichtigste Projekt ist der Taborknoten und nicht der Posthofberg.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Dann müssen sie geschlafen haben.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:
Sie haben uns da einiges erzählt, aber wir wissen auch aus den Medien, das haben wir letzte Woche alle gelesen, dass vor 2006, 2008 die Finanzierung vom Land nicht kommt, außer die Stadt stellt sich

ein. Dann stehen sie heraußen, und sagen, das mit den 50 Millionen stimmt nicht, weil das kostet ja nur 30 Millionen. Einige Minuten später sagen sie dann, ja, aber da sind die Grundstücke auch noch dabei. Ich denke mir, das Geld hat überhaupt kein Mascherl. Dieses Projekt kostet uns 52 Mio. Schilling. Wie viel das jetzt in Euro ist, weiß ich nicht. Da sind die Grundstückskosten und die Baukosten dabei. Für ein Bauwerk dieser Bedeutung so viel Geld zu verwenden, das steht in überhaupt keiner Relation. Das muss ich ihnen schon sagen. Wenn sie sich berufen auf die Fachleute auf Landesebene und auf Bundesebene, was uns die eingebrockt haben auf der Nordspange. Diese Kreuzung, wo von Landesseite wirklich überhaupt nichts gemacht wird, kein Druck kommt, wir mittlerweile 45 Unfälle dort haben, da setzt sich keiner ein. Wieso setzen sie sich nicht ein, dass wir hier eine Vorfinanzierung von der Stadt machen oder schneller Geld vom Land kommt? Dort gibt es Probleme. Dort, am Blümlhuberberg ist es derzeit überhaupt nicht dringend, weil viel wichtiger ist es, dass wir den Taborknoten vorfinanzieren und dass wir den Taborknoten umbauen und dann schauen wir uns das an, ob das genügt oder nicht genügt. Aus dem Grund ist es derzeit auch überhaupt nicht notwendig, dieses Grundstück zu kaufen. Der städtebauliche Wert dieses Grundstückes, den bezweifle ich sehr. Diese Planungen mit den 3 Riegelbauten die da rundherum kommen, wer bitte die freien Büroflächen derzeit in Steyr sieht und Wohngebäude werden das auf keinen Fall. Das werden Geschäfts- und Büroflächen. Wir bauen an der Leopold-Werndl-Straße, der Sommerhuber bringt seine Büroflächen nicht an. Jetzt bauen wir dort wieder welche? Ich kann mir nicht vorstellen, dass da irgendein seriöser Unternehmer auf das einsteigt. Da wird der Bevölkerung vorgegaukelt, wir machen eh was für euch, aber in Wahrheit ist es eine Planung die ohne Realität da steht.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Herr Dr. Pfeil

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Ja Herr Mayrhofer, ich kann auch nicht ruhig sein für den Schwachsinn, den sie heute hier verzapft haben. Anders kann man das nicht bezeichnen. Ich bin wirklich böse. Ich bin der Verkehrsreferent der Stadt Steyr. Vielleicht ist ihnen das entgangen. Ich habe nicht den Vorzug gehabt, mit ihrem Herrn LH-Stellvertreter Hiesl gemeinsam an dieser Besprechung teilzunehmen. Ich hätte es gerne gemacht. Nämlich dann allen anderen im Steyrer GR Unwissenheit vorzuwerfen für ein Geheimpapier das sie gemeinsam mit dem Herrn Forstenlechner ausgeschnapst haben, was ich bis heute noch nicht einmal zur Ansicht bekommen habe. Ich habe es verlangt, aber niemand hat es für nötig gefunden, den Vorstand der Stadt Steyr oder den Verkehrsreferenten hier einzubeziehen vor allen Dingen, wenn es um so ein wichtiges Projekt geht. Es gab in der Pfarre damals eine Absichtserklärung. Ich war auch dabei. Da war aber ein Stufenplan dabei. 2001, 2002, 2003. Wie lange will denn uns der LH-Stellvertreter Hiesl, der für Bau zuständig ist, uns in Steyr noch papierln? Sie schauen da einfach zu und sagen, wir sind eh froh, dass er jetzt zugesagt hat 2006 bis 2008. Aber die Stadt kann es eh brav vorfinanzieren. Das ist keine Motivation, das ist keine Option für eine Wirtschaftsregion Steyr. Apropos Wirtschaftsregion. Genau dieser Landesrat hat letzte Woche, vielleicht haben es die meisten gelesen, der Herr Stögmüller sitzt auch hinten, mit den OÖ Nachrichten und der Oberbank ein sogenanntes Businessdinner abgehalten beim Mayr in St. Ulrich. Wunderschön, nett. Es wäre ja recht gewesen, wenn er die Wirtschaftleute einlädt, und maßgeblich über den Verkehr in Steyr, in der Region, spricht, dass er entweder den Bürgermeister oder den Verkehrsreferenten auch einlädt. Gerade dieser Mann, der alles hier in der Region verschuldet hat und verantwortlich ist dafür, dem völlig egal ist wie die Steyrer und die angrenzenden Regionen hier in die Industriezentren kommen, dem das völlig egal ist, der hat den Mut hier her zu kommen und alleine sich großartig zu produzieren. Ergebnisse aus diesem Gespräch sind ja keine bekannt geworden. Ich weiß nicht einmal, ob das Essen geschmeckt hat.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich nehme an, dass es geschmeckt hat.
Der Herr Kupfer hat es auch schon erwähnt. Wir haben größte Probleme. Nordspange. Zwei Kreisverkehre die nicht einmal den Standards entsprechen, wo LKWs umkippen, wo LKWs im Retourgang zurückgeschickt werden, weil sie das Maß nicht haben, was heutzutage eine moderne Straße haben soll. Und das ist unsere Hauptzufahrt für Industriebetriebe wie BMW und SKF. Wir haben eine Kreuzung, wo bereits 1995 in einem Bürgeranhörungsverfahren, der Name ist bekannt, ein altes Mutterl gesagt hat, zum damaligen Baudirektor Schacherl, gell, da werden sie zusammenfahren bei dem D-Knoten, da gehört ein Kreisverkehr gebaut. Die haben alle gesagt, ja gnädige Frau, wissen sie, aber jetzt haben wir schon den D-Knoten geplant, wir wissen es eh, dass es ein Blödsinn ist, diese Aussage ist dokumentiert, nachher können wir es eh wieder umbauen. Damals hat man es bereits gewusst. Jetzt haben sie dann gesagt, nachdem wir die Resolution aus dem Verkehrsausschuss nach Linz geschickt haben, die Steyrer können nicht Autofahren. Die sollen das Autofahren lernen. Diese Rechtsabbiegespur Richtung Enns, Heuberg, machen wir nicht, weil die ist nicht notwendig und die erhöht noch weiterhin die Unsicherheit. Jetzt haben sie eine Rechtsabbiegespur gemacht, weil der Stau so groß war. Das muss man sich vorstellen. Eine Neuplanung ohne Grundstückseinengung in dieser Form in einer Zeit, 2000 aufwärts. Das ist in den letzten ein, zwei Jahren gebaut worden. Jetzt reden wir von Millionen notwendigen Umbauten. Dass diese Leute überhaupt noch den Mut haben in die Region zu kommen, das finde ich abenteuerlich.

Zu der Simulation die hier im Hause stattgefunden hat, auch zu dieser habe ich eine Meinung. Da sind ganz großartig hier sieben Simulationen gemacht worden mit allen möglichen Varianten im Zusammenhang Taborknoten und Posthofknoten. Nur die einzige Variante die Sinn gibt, ist nicht simuliert worden. Das ist die, den Kreisverkehr zu ebener Erde, wie wir alle wollen, wo es jetzt Gott sei Dank Konsens darüber gibt, und ohne Ausbau des Kleeblattes, sage ich immer, Posthofknoten, das wurde nicht simuliert. Das muss man sich auch einmal auf der Zunge zergehen lassen. Ich wünsche mir wirklich ein bissen mehr Engagement von der Landesregierung, von der zuständigen Abteilung für Straßenbau, in Richtung Sanierung der notwendigen Straßenstücke im Bereich des Neubaus Nordspange, im Bereich der B 309, weil hier hat uns auch Hiesl jährlich gesagt, hier im Festsaal, jetzt ist er eh schon ein paar Jahre nicht mehr gekommen, ob man in Hargelsberg beim Baum links oder rechts vorbeifährt und hat uns langwierige Naturschutzhofräte hier vorpredigen lassen. Ich habe mich gepflanzt gefühlt und die Bevölkerung wird gepflanzt von diesem Landesrat. B 309, Westspange, wo ist denn die Planung Westspange? Wo ist hier eine Grundstücksvorsorge? Wo ist hier das Engagement in dieser Region? Das fehlt. Ich ersuche den Herrn StR Mayrhofer seine Verbindungen zum Herrn LH-Stellvertreter Hiesl wirklich aufzunehmen und zu sagen, er soll sich wirklich einmal engagieren. Er soll auch mit den anderen reden. Er soll nicht immer nur eine Parteiveranstaltung hier in Steyr machen, weil wenn er rüber kommt macht er mit ihnen eine Pressekonferenz oder geht zum Mayr essen, aber mit uns redet er wahrscheinlich nicht mehr. Dann lesen wir das alle in der Zeitung, wo er wieder mit ihnen war. Das ist keine Zusammenarbeit.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Herr Mayrhofer.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren, eine direkte Antwort auf das, was hier angesprochen wurde. Der Kollege Kupfer dürfte wirklich nicht aufgepasst haben. Was ich richtiggestellt habe war die Aussage vom Kollegen Pfeil, der gesagt hat, der Bau kostet 52 Millionen Schilling und da ist nicht einmal der Grund dabei. Ich habe richtiggestellt, dass die Baumaßnahmen 2,2 Mio. Euro kosten und der Grund bitte den Rest auf die 52 Mio. ausmacht. Ich ersuche sie sehr wohl bitte aufzupassen was hier gesagt wird und nicht einfach irgendwelche Beschuldigungen in den Raum zu stellen. Diese Erhöhung der Kosten die kommt ja nicht von ungefähr. Die kommt deswegen, weil von Bürgerseite her Änderungen gewünscht wurden und weil auch der Grund, entgegen der ursprünglichen Annahme, nicht gratis zur Verfügung gestellt wird, sondern wir ihn erwerben müssen. Weil mit der geforderten Variante, der Anrainer geforderten Variante, ein ganz anderes

Grundausmaß notwendig war und auch andere Grundstückseigentümer. Das ist ja der eigentliche Grund dieser Debatte jetzt. Diesen Glinsner-Grund hätten wir ja ursprünglich bitte nicht benötigt. Nur um den Interessen dieser Bürgerbewegung entgegen zu kommen, mussten wir diese Umplanung vorzunehmen und daher ist es auch notwendig, diese Grundstück zu erwerben.
Herr Dr. Pfeil, es kennzeichnet sie und ihre Persönlichkeit, dass sie vor allem persönliche Angriffe reiten. Sie haben zwar jetzt einen Ausflug durch sämtliche Bauvorhaben aus der Vergangenheit, jüngeren Vergangenheit usw. gemacht, sie haben aber nichts bitte gebracht, was ihren Ausspruch „Schwachsinn“ dokumentiert, von dem was ich zuerst ...

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Die Kreuzung ist Schwachsinn.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
... gesagt habe. Jetzt möchte ich ihnen noch einmal etwas erzählen. Diese Planung dieses Knotens, so wie sie ihn jetzt hier auf diesem Plan gebracht haben, ist nicht von der Landesstraßenverwaltung, sondern ist hier im Haus von der Verkehrsplanung, von der Bauabteilung in Absprache mit den Anrainern so gemacht worden. Und auch die Schuld, dass es erst jetzt bitte schön so weit ist dann den LH-Stellvertreter Hiesl vorzuwerfen, obwohl wir die Planung gehabt haben, obwohl wir erst jetzt in der Lage sind zu sagen, am 12.9. waren wir erst in der Lage zu sagen, was die Stadt Steyr will, das ist Faktum. Mir deswegen bitte schön den Vorwurf zu machen ich rede Schwachsinn, das kennzeichnet sie mit Sicherheit.
Betreffend LH-Stellvertreter Hiesl, ich werde ihn ersuchen, wenn er das nächste Mal in Steyr ist, dass er ihnen wenigstens eine Speisekarte schickt. Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Herr GR Hauser bitte.

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:
Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätztes Präsidium, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Also, ich will den LH-Stellvertreter Hiesl überhaupt nicht verteidigen, weil ich ärgere mich auch oft genug über ihn. Ich bin in ganz OÖ unterwegs und finde also in jedem Dorf, sage ich jetzt einmal, bald einen schöneren Kreisverkehr als in Steyr und manche Güterstraße ist besser ausgebaut als eine Zufahrtsstraße in Steyr. Ich will also das gar nicht in Abrede stellen, dass wir uns da und dort durchaus stiefmütterlich behandelt fühlen. Nur auf der anderen Seite denke ich mir halt auch, dass unterschiedliche Meinungen auch zulässig sein müssen und unterschiedliche Einschätzungen müssen auch zulässig sein. Ganz so ist es ja nicht, dass uns die sieben Varianten nicht aufgezeigt hätten, wie der Verkehrsstrom fließt. Jetzt hat man also gesehen, dass die eine besser und die andere schlechter ist. Ich selbst bin ein Vertreter dessen, dass ich sage, der Posthofknoten wird uns unweigerlich blühen, egal ob wir den Taborknoten vorher oder nachher bauen, weil es wird nämlich nachher zu sehen sein, dass mit dem Taborknoten alleine das Verkehrsaufkommen am Tabor nicht lösbar ist, auch wenn wir die Kasernengasse nicht zur Sackgasse machen. Es kann nicht immer nur nach dem Prinzip vorgegangen werden, lieber Freund zünde dem Nachbar sein Haus an und nicht meines. Grundsätzlich muss ich schon davon ausgehen, dass gerade in dieser einen Situation des Tabor-Nord, wenn ich das so betrachte, ja eh ständig der Schleichverkehr durchgegangen ist. So ist es ja nicht, dass in der Puchstraße und in der Porschestraße keiner gefahren ist. Da haben sich auch alle Leute aufgeregt und über die machen sich die einen oder anderen Mitglieder der Bürgerinitiative nämlich keine Sorgen, dass die eine Verkehrsberuhigung haben könnten, weil der Weg außen vorbei führt. Das ist einmal die eine Seite. Die zweite Seite die ich betrachten möchte ist, dass ich sage, es kann aber auch nicht so sein, dass ich den Tabor-Süd jetzt dazu verdonnere, dass, wenn er auf den Taborknoten möchte, der dann als Kreisverkehr ausgebaut ist, durch den ganzen Tabor durchfahren muss, dass er überhaupt dort hin kommt, weil links abbiegen darf er ja bei der Posthofstraße dann nicht mehr. Wenn wir dort nämlich den Linksabbieger zulassen, und ich erinnere nur daran, dass wir unter anderem dort auch eine

öffentliche Verkehrslinie führen, wenn wir also dort das Linksabbiegen nicht mehr zulassen, dann ist die einzige Chance, dass dieser Taborknoten funktioniert in der Flüssigkeit. Wenn wir aber dort wieder eine Ampel hinbauen weil man links abbiegt, dann steht das Ding im Kreisverkehr. Dasselbe mit der Porschestraße. Also tun wir nicht so, wie wenn wir alle miteinander keine Ahnung hätten, wie Autofahrer, gerade am Tabor, durch die Gegend fahren. Ich lebe dort oben, glaubt mir das, ich benütze täglich diesen Taborknoten und die umliegenden Straßen. Also, so ist es nicht. Der Kollege Gabath deute gerade, er auch. Ist eh klar, sonst kommt er ja fast nicht in die Firma. Wir müssen uns einfach bewusst sein, dass es halt viele unterschiedliche Möglichkeiten gibt, diesen Verkehr zu lösen. Jetzt sage ich einmal frei weg, okay, bauen wir den Taborknoten. Ich erwarte mir darauf hin schon, dass uns jeder erzählen wird, warum wir plötzlich die Geschäfte in der Nebenstraße zusperren, weil nämlich dort keiner mehr zufahren kann aus dem Kreisverkehr hinaus. Wenn wir nämlich die Lösung nicht haben, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, des Posthofknotens, dann kann man ja nirgends mehr umdrehen nach dem Kreisverkehr. Er kann sich nur im Kreisverkehr eindrehen, kann dort von mir aus in der Mitte grillen wenn er will, aber zu dem Geschäft kommt er nicht mehr, außer es reißt zufällig der Faden ab. Also, ganz so einfach wie es sich der eine oder andere vielleicht vorstellt, so geht es nicht. Das ist ein komplexes Thema. Ich hätte halt gerne, dass wir uns nicht immer nur mit irgendwelchen Schimpfwörtern bewerfen, sondern vielleicht einmal die eine oder andere Meinung stehen lassen und vielleicht auch darüber diskutieren, ob man sich das eine oder andere noch einmal anschauen kann und ich möchte gar nicht verhehlen, dass die eine Planung dem einen gefällt, und die andere Planung dem anderen dafür nicht gefällt. Das ist so. Man muss halt versuchen, einen gewissen Konsens dort und da zu finden. Ich weiß jetzt auch nicht ad hoc, was die beste Lösung sein wird. Ich möchte nur darauf wetten, dass, wenn wir den Taborknoten zuerst bauen, uns der Posthofknoten nicht erspart werden wird. Aus diesem Grund bin ich der Meinung, dass wir erstens dieses Grundstück ankaufen müssen, um die Grundvorsorge zu haben, und dass es auch notwendig sein wird, den restlichen Grund aus der ehemaligen Kaserne anzukaufen um hier die Grundvorsorge zu haben um mit dem Restgrundstück uns dann noch etwas Vernünftiges einfallen zu lassen. Da möchte ich nur einen kleinen Denkanstoß geben. Vielleicht kann uns das Grundstück, das wir da hinten vom Bundesheer kaufen müssen, etwas günstiger kommen, wenn wir vorne die alte Sporthalle wegreißen und das Grundstück dort eingliedern in dieses Kasernengrundstück und im Abtausch hinten dafür weniger zahlen. Das wäre nur eine Möglichkeit des Lösungsansatzes für diese Dinge. Ich denke mir, dass Planungen schön sind, gefallen, für gut befunden werden, war das beste Ding, wie lange wir über die Sporthalle am Tabor diskutiert haben. Ob wir sie gedreht haben, nicht gedreht haben, ob sie in Glas ist oder nicht, ob sie größer oder niedriger ist. Ich denke mir, auch hier haben wir letztlich eine Lösung gefunden, die ich hoffe, für alle halbwegs befriedigend sein wird. Ich denke mir, in diesem Sinne sollten wir auch bei diesem Projekt vorgehen.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. Herr GR Fürweger bitte.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:
Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates. Also, wenn ich mir nur den Plan so von oben anschaue, dann werde ich fast an Los Angeles erinnert. Wir machen eigentlich das nach, was man eigentlich in Amerika nicht mehr macht, dass man eine Stadt zupflastert, zubetoniert. Gemeinderatskollege Willi Hauser hat versucht, dieses Problem mit Einzelinteressen zu erklären. Ich glaube, wir können das nicht mit Einzelinteressen lösen. Es ist eine große Sache. Es ist eine große Verkehrsader. Diese Verkehrsader die war schon einmal mehr befahren und wir haben sie durch den Bau der Nordspange beruhigt. Ich glaube, das man diese Gegend dort an und für sich beruhigen sollte und nicht mehr noch bebauen soll und noch mehr zum Befahren herrichten soll. Es ist anscheinend eine Eigenart in Steyr, immer auf den Kuppen oben etwas zu errichten, was dann zu Problemen führt. Wir haben auf der anderen Seite das Problem beim Tunnel und beim neuen Kino, dort wirbelt es auch fürchterlich. Genauso wird es dann auch dort sein. Wenn wir dort jetzt so viel herumbauen, und es geht ja hier dann auch wieder um neue Häuser die dort hin kommen, neue Leute

die dort wohnen oder arbeiten müssen, es wird Verkehr angezogen, angezogen, angezogen. Kollege Bremm hat den Kaufpreis angeschnitten. Ich würde sagen, weil der Bürgermeister gemeint hat das Bundesheer wird uns entgegen kommen. Das ist an und für sich nicht üblich, wenn jemand auf der einen Seite S 3.000,-- zahlt, dass er dann auf der gegenüberliegenden Seite weniger zahlt. Also, wir haben praktisch auch mit dem Preis von S 3.000,-- eine gewisse Latte gelegt. Es ist an und für sich keine gute Ausgangsposition, jetzt für Verhandlungen mit dem Bundesheer, wenn wir auf der einen Seite jetzt S 3.000,-- für den m² bezahlen, werden wir auf der anderen Seite uns nicht leichter tun. In keiner Weise. Aber weil hier jetzt so viel über diese Problematik debattiert wird und es sind ja auch andere Bauvorhaben angeschnitten worden, bin ich auch der Meinung, dass wir dieses Geld hier besser in die Vorfinanzierung dieses Taborknotenkreisverkehrs hineinstecken sollten. Wenn er nicht funktioniert, kann man sich vielleicht noch eine Schleifenlösung überlegen. Aber es steht ja nichts dagegen, einmal diesen Kreisverkehr zu machen am Taborknoten und in zweiter Linie erst diese Lösung. Es gibt auch eine andere Straße die mir auch aufgefallen, ist, das ist diese Feldstraße. Das ist die heimliche Westtangente jetzt. Ich glaube auch dort wäre es langsam notwendig, sich in der Straßenführung, in der Straßenbreite etwas zu überlegen. Dort fährt auch eine Autobuslinie. Es ist dort nicht mehr möglich, aneinander vorbeizufahren bei dem Bauernhof Glinsner.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:
Wieso sollen dort die Autos fahren?

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:
Ich habe das nicht gesagt. Ich habe gesagt, es ist dort jetzt eine Verkehrsproblematik. Es wird abgeschnitten, man schaut zu, man wartet. Der Bauer hat dort seine „Stüpfin“ drinnen und es wird ausgefahren. Es ist eine wilde Angelegenheit und das gehört einfach gelöst. Das fällt auch in diesen Bereich: „Falsche Kreisverkehre mit falschen Radien, falsche Straßenbreiten ect.“ Hier sehen wir einfach, dass es nicht nur an einem Punkt hapert, sondern es hapert rundherum. Ich glaube, da gehört im Grunde einmal ein Verkehrsgipfel gemacht, wahrscheinlich. Mir ist es abgegangen, dass im Anschluss an diese BMW-Sache, wo eigentlich alle einmal gesessen sind, auch alle Bürgermeister zwischen Ternberg und Enns, dass wir in einem Jahr so etwas wieder gemacht hätten mit dem LH-Stellvertreter Hiesl. Mittlerweile sind, glaube ich, schon wieder zwei Jahre vergangen, seit diesem BMW-Meeting, das ja nicht schlecht war. Ich glaube, da gehört einfach mehr kommuniziert. Vielleicht noch ein kleiner Nachtrag zum Grundstück. Ich habe gehört das ist noch gar nicht so lange im Besitz dieser jetzigen Besitzer. Wahrscheinlich hat man da in der Vergangenheit das überhaupt ein bisschen übersehen, was da auf die Stadt zukommt. Aber das ist schon wieder Vergangenheit. Danke sehr.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. Frau GR Frech.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste. Wenn man sich so diese Debatte bis dato anhört, dann merkt man eigentlich sehr gut, woran es eigentlich scheitert und woran es liegt. Ich möchte an dem anknüpfen was der letzte Redner gesagt hat, der Kollege Fürweger. Wenn man sich alte GR-Protokolle anschaut, zurück bis 1990, 1985 usw., dann kommt immer wieder vor, Steyr hat ein massives Verkehrsproblem. Das stellen alle Fraktionen einhellig fest. Zum Teil wird Jahrzehnte über Vorhaben diskutiert, z. B. der Taborknoten, schon lange vor der Zeit von einigen von uns die da herinnen sitzen, schon in der letzten GR-Periode usw. Es gibt immer zig Sitzungen, irgendwann einmal schaut es so aus als würde etwas weiter gehen und im Grunde geht dann wieder nichts weiter. Im Endeffekt haben wir derzeit eine Verkehrssituation die uns droht zu entgleiten. Mit einem ganz einfachen Beispiel. Sie brauchen heute, ich bin jemand, der sehr selten mit dem Auto unterwegs ist, ich bevorzuge es mit dem Bus zu fahren, ...

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:
Weil es so super funktioniert Frau Kollegin.

Gelächter

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Nicht weil es so super funktioniert, sondern weil ich der Überzeugung bin, dass man auch nicht nur vom öffentlichen Verkehr reden sollte, sondern auch Taten setzen sollte und ihn nutzen sollte, trotz aller Widrigkeiten. Wenn sie heute, und das ist dann eigentlich nicht mehr so lustig, zu bestimmten Tageszeiten brauchen sie inzwischen durch die Stadt Steyr länger als vom Stadtrand bis nach St. Florian. Das ist inzwischen so. Sie stehen im Prinzip in einem Dauerstau an Samstagen, an Wochentagen ab 16, 17, 18 Uhr herum, egal ob sie aus der Stadt hinaus wollen, ob sie in die Stadt hinein wollen, sie stehen. Sie wären wahrscheinlich zu Fuß sogar schneller als mit dem Auto. Das zeigt aber, meine Damen und Herren, dass wir es bis heute nicht geschafft haben, unsere Verkehrsprobleme in den Griff zu bekommen. Warum wir sie nicht in den Griff bekommen, ist einfach der Grund, dass man sich innerhalb Steyrs nicht einigen kann was man will. Das hat die Diskussion da heute ja wieder ein bisschen gezeigt. Dass es natürlich auch Probleme mit dem Land gibt, und man war sicherlich seitens der Stadt Steyr sehr lange ein Stiefkind des Landes, das muss man auch sagen, Steyr liegt halt irgendwie so ein bisschen fern vom Schuss und um die Steyrer Verkehrssituation hat man sich nicht allzu sehr gekümmert. Aber auch die Stadt Steyr hat es nicht allzu ernst genommen. Ich denke an viele Versäumnisse die passiert sind auch im Bereich öffentlicher Verkehr, Westbahn, Autobahnanschluss usw. Wenn man sich aber jetzt anschaut was jetzt wieder passiert, das ist meines Erachtens auch eine Einzelmaßnahme. Es fehlt noch immer so für mich dieser Prioritätenkatalog. Wo wollen wir in den nächsten 5 Jahren hin? Wir haben eigentlich keine wirklich mittelfristige Verkehrsplanung. Wir haben keine langfristige Verkehrsplanung. Ich höre immer nur von einem Verkehrskonzept zum nächsten Verkehrskonzept, ich merke aber keine Änderungen. Wenn ich mir jetzt so die konkrete Situation anschaue, Posthof- und Taborknoten, muss ich auch sagen, ich gehe davon aus, dass die Priorität sein müsste zuerst den Taborknoten umzubauen und in der Folge dann den Posthofknoten wenn es nötig ist. Aufgrund der ganzen Diskussion im Vorfeld habe ich aber inzwischen den Eindruck gewonnen, dass man das im Endeffekt vielleicht gar nicht mehr will, sondern dass man den Posthofknoten jetzt umbaut, in der Hoffnung man erspart sich dann den Taborknoten.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
So, gibt es noch weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Schlusswort bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Meine sehr verehrten Damen und Herren, es wäre gerade das falscheste Signal, wenn man den Antrag zurückziehen würde, weil dann kann man kritisieren was schon gesagt worden ist, dass man vielleicht zu wenig über den Tellerrand hinausblickt. Es ist nämlich das, was wir jetzt tun. Der Kollege Fürweger glaube ich hat es ja gesagt, die jetzigen Eigentümer haben ja dieses Grundstück noch nicht so lange in ihrem Besitz und das hat die Stadt schon einmal verschlafen. Wissen sie eh, Kollege Fürweger, den gleichen Fehler zweimal zu machen, das machen die Gescheiten nicht und zu denen sollte man sich zählen. Wenn man es vielleicht nicht so erkannt hat, heute sollte man dieses Grundstück kaufen, ohne dass wir die Generaldebatte darüber führen ob der Posthofknoten schon zu errichten ist oder nicht zu errichten ist. Also, diese Debatte werden wir noch zu führen haben, weil ich auch glaube, dass es notwendig ist, weil es da schon sehr unterschiedliche Positionen dazu gibt und ich glaube halt, das zieht sich über die Fraktionen hinweg, dass wir das Thema Verkehr sehr unterschiedlich betrachten oder die Verkehrsführung.

Frau Kollegin Frech, das ist schon sehr mutig, wie sie sich herstellen und sagen, wie wenn in Steyr eigentlich nur das Problem des Verkehrs wäre und sonst gibt es in Österreich und darüber hinaus in den Städten kein Problem. Ich bilde mir ein, ich bin zwar nicht ein Handelsreisender, durch meine Funktionen komme ich auch in diese und jene Städte in Österreich und darüber hinaus, und ich muss ehrlich sagen, ich fahre immer wieder sehr gerne nach Hause, weil ich da noch immer am schnellsten von der Arbeit zu Hause oder umgekehrt bin oder mich in der Stadt bewegen kann. Das soll aber nicht heißen, dass man damit zufrieden ist, weil es nämlich immer dort das Gefühl gibt, wo man

wohnt und man das isoliert betrachtet. Dass wir in Steyr kein Konzept haben, also das stimmt auch nicht. Sie waren zwar damals noch nicht im GR, aber mittlerweile haben wir das ja oft genug diskutiert. Wir haben das Generalverkehrskonzept Stickler. Das haben wir, das haben wir im GR beschlossen. Dass so manche Dinge noch nicht realisiert sind, das ist ein anderer Kaffee. Das liegt zum Teil an uns, zum Teil aber auch nicht an uns. Da möchte ich schon auch dort anschließen, das beste Ergebnis, wenn man dort über das ganze „Kretzl" redet, wäre für mich einmal der erste Schritt gewesen, so wie er uns nämlich versprochen worden ist und ich sitze mittlerweile seit 1990 da herinnen im GR, dass man gesagt hat, wenn die Reder-Brücke saniert wird, seinerzeit haben wir nur von der Sanierung geredet, weil dass wir dort den brüchigen Stahl in der Brücke haben, da ist man erst später draufgekommen, und die Oberfläche saniert wird, wird zum gleichen Zeitpunkt der Taborknoten gemacht. Das ist uns nämlich von der Landesbaudirektion versprochen worden. Durch das, dass ich da Anrainer, also eine Funktion beim ARBÖ habe, bin ich da bei diesen Informationen auch dabei gewesen und das ist versprochen worden. Dann sind aber alle anderen Ideen aufgetaucht. Jetzt wo sich auch bei mir die Begeisterung immer in Grenzen hält, weil das ist nämlich genau das, warum wir heute in Steyr eine miese Verkehrsanbindung an den Zentralraum in OÖ haben. Das ist nämlich das, dass man zuerst etwas verspricht, dann hat man eine Variante und dann wird immer wieder abgewendet, dann bringt man eine neue Variante ins Spiel und letztendlich geschieht nichts. Bei allem Verständnis um das Geld. Wenn das Land OÖ eh so gespart hat und eh so den Budgetvollzug so brav gemacht hat und der Finanzreferent da gespart hat, das ist in Ordnung, das ist ehrenwert und muss man auch sagen, dass das gut ist. Aber auf welchen Lasten zu sparen, das muss man bei dieser Gelegenheit schon auch sehen. Schmalspurvarianten sind in Steyr schon bekannt, wo das Land OÖ zuständig ist. Lieber Gunter Mayrhofer, da kann man natürlich den politischen Referenten, da meine ich jetzt nicht dich, weil du bist ja nicht zuständig, ja nicht aus der Pflicht nehmen, weil diese Schmalspurvariante, die Brücke ist ja schön gebaut, aber rundherum muss man massive Kritik ausüben. Ich möchte das nur aus meiner Sicht sagen, weil es natürlich auch zu dem Projekt, über das was es heute eigentlich geht, auch Kritik zu üben gibt. Eines ist für mich nicht nachvollziehbar und das ist auch sehr geschickt über die Landesbaudirektion eingefädelt worden, dass wir jetzt, und in der Debatte hat es sich auch so dargestellt, wie wenn vorrangig die Verantwortlichkeit in der Stadt Steyr und im GR liegen würde. Das ist es nämlich überhaupt nicht. Das ist nämlich eine Bundesstraße und die haben das super gespielt. Ein Taktiker ist er ja der Hiasl, das muss man ihm zugestehen.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Hiesl!

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Entschuldigung, das war jetzt nicht absichtlich. Ich möchte mich da wirklich korrigieren, es war keine Absicht. Meine Herkunft ist ja nicht ganz unbekannt, ich komme aus dem schönen Dambachtal und da hat man nicht immer ...

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Also, das hat er schon sehr geschickt verstanden und hat das Projekt so herübergeleitet und auf einmal ist für alles die Stadt verantwortlich damit geworden. Das war es nämlich bis vor zwei Jahren oder 1 ½ Jahren noch gar nicht, weil da sind wir noch gesessen. Erinnere dich, wir zwei sind dabei gesessen, wie wir seinerzeit beim Zwettler waren wo der LH-Stellvertreter da gewesen ist und wo das alles präsentiert worden ist. Ein paar Monate vorher sind wir in der Pfarre am Tabor gesessen, wo das präsentiert worden ist. Jetzt auf einmal wird in ganz OÖ und auch von der Landesregierung her getan, als wenn das eh ein Steyrer Problem wäre und die sollen schauen wie sie mit den Anrainern zusammen kommen, welche Varianten sie haben, die sollen sich einmal einig werden was sie machen und zahlen auch noch, das ist ja noch der Tupfen auf dem i, dass sie sagen jetzt sollen wir es vorfinanzieren, weil jetzt ist nicht einmal das Geld da. Das muss man schon massiv kritisieren, weil es so nicht gehen kann. Wir haben eh selbst unsere Hausaufgaben zu machen, aber jeder müsste seine Hausaufgabe machen und natürlich auch in diesem Bereich.

Eines möchte ich sagen, ich habe nicht gesagt, dass der Grundpreis billig ist. Das habe ich nicht gesagt. Ich habe gesagt, und das wird im Protokoll nachzulesen sein, dass der Grund auf diesem Platz wieder um denselben Preis zu verkaufen ist. Das habe ich gesagt. Ich habe nicht gesagt, dass er billig ist, das möchte ich gar nicht beurteilen. Für mich, wenn ich ihn mir kaufen müsste, wäre er nicht billig, aber wir wissen natürlich ganz genau, dass in diesen Bereichen die Grundpreise sich in diesem Ausmaß bewegen. Es ist ja auch nicht, dass das so ein Verhandlungsergebnis ist wo uns die hinaufgetrieben haben, es gibt ein Schätzgutachten. Wir kennen die Diskussion aus der Sporthalle, dort hat es auch ein Schätzgutachten gegeben. Also, die Grundpreise liegen in diesen Größenordnungen. Ob teuer oder billig, das sei dahingestellt. Also, der Preis ist schon mit Schätzgutachten untermauert. Das wollte ich dazu sagen. Also, wegen dem, dass wir uns da präjudizieren mit dem Bundesheer. Dort sind Verhandler vis-a-vis, sie sind ja auch Reservesoldat, das sind ja nicht welche die nicht wissen, wie in Steyr die Grundpreise sind. Die Verantwortlichen dort wissen ja sehr genau was der Grundpreis ist.

Diskussion verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Was ist denn an einem Reservesoldaten schlecht?

Zwischenruf: Reserveoffizier!

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Ich war Soldat beim österreichischen Bundesheer.
Gut, Herr Bürgermeister, ich bitte dich, über diesen Antrag die Abstimmen durchzuführen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. SPÖ und ÖVP. Wer ist dagegen? 9 (7 FPÖ, 2 GAL). Wer enthält sich der Stimme? 1 (LIF). Danke, der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Gestatten sie mir noch einen Satz, weil das ist mir gerade eingefallen. Die Gestaltung vom Kreisverkehr, wie viele da einbiegen können ect. Ich würde all jenen, die noch nicht in Paris waren, empfehlen dort hin zu fahren, damit sie sehen, wie Kreisverkehre sein können. Das ist faszinierend und da bekommt man andere Visionen. Stimmt’s Herr Dir. Lengauer?

In meinem nächsten Antrag geht es um die Wirtschaftshilfe der Studenten Oberösterreichs. Es geht um die Erneuerung bzw. um die Verlängerung eines Vertrages über das Einweisungsrecht für 10 Heimplätze in Linz und 5 Bedarfsplätze in Linz oder Wien. Ich ersuche diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

6) Fin-179/02 Wirtschaftshilfe der Studenten Oberösterreichs; Erneuerung bzw. Verlängerung des Vertrages über das Einweisungsrecht für 10 Heimplätze in Linz und 5 Bedarfsplätze in Linz oder Wien.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA Schule und Sport vom 25. November 2002 wird der Erneuerung bzw. Verlängerung des in der Anlage beigeschlossenen Vertrages zwischen der Stadt Steyr und der Wirtschaftshilfe der Studenten Oberösterreichs, 4040 Linz, J.W.Kleinstraße 72, zugestimmt.

Gleichzeitig wird der Auszahlung im Ausmaß von Euro 65.405,56, zahlbar in zwei Jahresraten im Jahr 2002 und 2003, für den Ankauf von 15 Heimplätzen auf die Dauer von 10 Jahren zugestimmt.

Zum genannten Zweck werden als 1. Rate Mittel im Ausmaß von Euro 8.900,00 (i.W. EURO

achttausendneunhundert) bei der VSt. 1/289000/757000 für das Rechnungsjahr 2002 freigegeben.

Die 2. Rate im Ausmaß von Euro 56.500,-- ist im Budget 2003 vorzusehen. (Beilage)

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Gibt es Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Danke schön, einstimmige Annahme.
Ich danke dem Berichterstatter und bitte als nächsten Berichterstatter Herrn StR Gunter Mayrhofer um seine Berichte.

BE: STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Der erste Antrag bezieht sich auf die Kanal-Anschlussgebührenordnung. Hier geht es um eine Anpassung von 4,16 %. Die letzte Veränderung war im September 2000. Ich ersuche, so wie im Amtsbericht ausgeführt, um Zustimmung zu diesem Antrag.

7) GemKan-27/97 Kanal-Anschlussgebührenordnung; Änderung zum 1.1.2003.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für öffentliche Rechtsangelegenheiten und Verfassungsdienst vom 8. November 2002 wir die in der Anlage beigeschlossene Verordnung betreffend die Änderung der Kanal-Anschlussgebührenordnung der Stadt Steyr genehmigt.

Die Verordnung tritt mit 1.1.2003 in Kraft und ist durch zweiwöchigen Anschlag an den Amtstafeln der Stadt Steyr kundzumachen. (Beilage)

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Herr StR Eichhübl bitte.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:
Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, werte Herrn Bürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, werte Gäste. Alle Jahre wieder, fast so sicher wie Weihnachten immer am 24. Dezember ist, steht der zuständige Referent, Kollege StR Mayrhofer, hier vor diesem hohen Gemeinderat und beantragt die Erhöhung der Kanalanschlussgebühren. Sie werden jetzt wahrscheinlich überrascht sein, dass ich dafür Verständnis habe. Und zwar deswegen, weil ich aus eigener Erfahrung spreche, dass es ja nicht sehr angenehm ist, Gebühren- und Tarifanhebungen zu beantragen. Wenn man aber weiß, dass das notwendig ist, dann ist das sicherlich auch richtig so und man muss das auch vor dem Bürger vertreten. Der Hauptgrund aber warum ich mich heute zu Wort gemeldet habe ist die Tatsache, dass immer wieder, auch hier in diesem Kreise, die Kanalanschlussgebühren, die Kanalbenützungsgebühren, aber auch die Wassergebühren in einen Topf geworfen werden. Dennoch, und daran wollte ich sie eigentlich erinnern, besteht ein wesentlicher Unterschied zwischen diesen drei Tarifgruppen. Es besteht vor allen Dingen ein Unterschied in der Höhe der Tarife, aber auch bei der Eruierung dieser und bei Anhebungen und deren Berechnungen. Die Kanalanschlussgebühr, wurde bereits darauf hingewiesen, wird aufgrund von Erlässen der OÖ Landesregierung und aufgrund der Indexveränderungen jährlich, wie es so schön heißt, angepasst. So recht, so gut. Die Wassergebühren werden aufgrund einer sehr genauen wirtschaftlichen Kalkulation ermittelt und dann tatsächlich nach Notwendigkeiten erhöht. Daher gibt es keine regelmäßige jährliche Anhebung in diesem Bereich. Anders, meine sehr geehrten Damen und Herren, schaut es aber bei den Kanalbenützungsgebühren aus. Da schaut das wesentlich anders aus. Ich darf sie schon daran erinnern, nachdem ich ein sehr ordentlicher Mensch bin behalte ich mir sogar die Protokolle auf, dass der GR am 26. November 1998 Folgendes beschlossen hat. Und zwar mit den Stimmen der SPÖ, ÖVP und der GAL wurde ein Vorausbeschluss, was die jährliche kontinuierliche Anhebung dieser Kanalbenützungsgebühren betrifft, bis ins Jahr 2004 gefasst. Das bedeutet, dass man damals, am 26. November 1998, von S 26,95, ich sage das jetzt bewusst in der alten Währung, weil es ja damals auch ein Schillingbeschluss war, auf S 38,50 pro Kubikmeter

entsorgten Wasser im Jahre 2004 dieser Tarif ansteigen wird. Diese Steigerung, wenn man diese über 10 Jahre betrachtet, bedeutet eine Anhebung von 94,4 %. Diese gigantische Tarifanhebung, das darf ich hier nochmals deponieren, wurde gegen die Stimme der Freiheitlichen Fraktion gefasst. Ich wollte ihnen das nur in Erinnerung rufen, nicht weil es mir Spaß macht, sondern weil das wirklich ein sehr erstaunlicher Antrag war, wo man, wie gesagt, über eine Funktionsperiode hinaus, im Vorhinein eine kontinuierliche Anhebung von Tarifen beschließt. Dennoch werde ich aber dem vorliegenden Antrag die Zustimmung geben.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Schlusswort bitte.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Ja, bezüglich das jetzt vom Kollegen Eichhübl Vorgebrachten. Das ist selbstverständlich richtig, und wir haben sehr ausführlich, und auch das ist im Protokoll nachzulesen, diskutiert, warum das notwendig ist und warum wir uns hier auch nicht verschließen können. Der Grund liegt in Vorgaben des Wasserwirtschaftsfonds. Wir bekommen für Kanalbauten eine Unterstützung. Allerdings nur dann, wenn wir auf das mittlerweile einheitliche System, nämlich Gebührensystem in OÖ, uns auch anpassen. Nur unter dieser Voraussetzung sind Zuschüsse vom Wasserwirtschaftsfonds auch in Zukunft möglich. Das war der Grund. Dass man das nicht auf einmal erhöht und auf ein Niveau bringt, wie es in anderen Städten in OÖ bereits ist, haben wir uns geeinigt, dass wir das in Jahresschritten machen. Ich ersuche trotzdem dem Antrag die Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Stimmenthaltung? Kein. Danke, einstimmige Annahme.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Danke sehr. Wir bleiben beim Kanal und zwar im Bereich Ennsleite. Hier kommt es zu einer Auftragserweiterung. Das ist ein Stadtteil, wo nach der Innenstadt so ziemlich die ältesten Kanäle auch liegen und es gibt auch Verquickungen zwischen Privatkanälen z. B. der ehem. Steyr-Daimler-Puch AG und öffentlichen Kanälen. Wir sind jetzt im Zuge dieses Kanalprojekts auch auf Strecken gestoßen, wo es überhaupt noch keine Verrohrungen gibt, sondern die Fäkalien frei über eine Graben laufen. Das muss natürlich korrigiert werden. Der damit beauftragte Ziviltechniker, das Büro Brunner, hat uns entsprechend ein Projekt vorgelegt, und dafür sind Mittel in Höhe von 25.500,-- Euro notwendig. Ich ersuche um Zustimmung.

8) BauT-3/02 Kanalisation Stadt Steyr - Ennsleite; NK Damberggasse 3; Auftragserweiterung; Vergabe der Bauarbeiten.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 18.11.2002 werden die Erd-, Baumeister- und Rohrverlegungsarbeiten zur Herstellung der Kanalisation Ennsleite NK Damberggasse 3 (Ig= 103 m1) als Anschlussauftrag zu den mit StS vom 11.7.2002 bewilligten Kanalbauarbeiten (Auftragssumme EUR 103.713,39 exkl. MWSt.) NK Damberggasse 2 und Neustiftgasse 1 zum Preis von EUR 25.500,-- exkl. MWSt. an die Firma Steindl, Sträußl 50, 3351 Weistrach, übertragen.
Die erforderlichen Mittel werden in Höhe von EUR 25.500,-- exkl. MWSt. bei der VSt. 5/851000/004380 (Kanalisation Ennsleite) im Wege einer Kreditübertragung in Höhe von EUR 7.300,-- von der VSt. 5/851000/004000 (Ausbau weiterer Kanäle) und EUR 18.200,-- von der VSt. 5/851000/004430 (Kanal Pyrach - Reichenschwall) bereitgestellt.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von insgesamt EUR 25.500,-- exkl. MWSt. notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesondertre Beschluss herbeigeführt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Gibt es Ablehnungen? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme. Danke schön, nächster Punkt.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Der nächste Punkt bezieht sich auf die Verbindungsstraße Werndlstraße - Pyrachstraße, die entsprechend einem Vorschlag des Kulturausschusses in Gebrüder Kaulich-Straße benannt wird. Hier geht es um die Aufbringung der notwendigen Mittel. Für 2002 sind Euro 30.000,-- notwendig. Im Voranschlag des Jahres 2003 soll der Rest vorgesehen werden. Diese Verbindungsstraße ist aufgrund des Nutzungskonzeptes, das wir für das Gesamtgebiet und für eine zukünftige Verbauung der Reithoffergründe brauchen, notwendig geworden und im Zuge des Bauvorhabens der Familie König ist jetzt diese Straße verpflichtend vorgeschrieben worden von der Stadt Steyr. Der Grund wird vom Bauwerber beigestellt und die Kosten der Straßenerrichtung soll die Gemeinde übernehmen. Ich ersuche um Zustimmung.

9) BauStr-22/01 Verbindungsstraße Werndlstraße - Pyrachstraße; Grundsatzbeschluss.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 19. November 2002 wird der Herbeiführung eines Grundsatzbeschlusses zur Errichtung der Verbindungsstraße Werndlstraße - Pyrachstraße zugestimmt.

Die erforderlichen Mittel werden bei der vorgesehenen VSt. 5/612000/002430 „Straßenbau Pyrach - Reichenschwall“ durch Freigabe im Jahr 2002 in Höhe von EUR 30.000,-- und durch Berücksichtigung im Voranschlag des Jahres 2003 aufgebracht, wodurch die Grenze zur Beschlussfassung durch den Gemeinderat überschritten wird.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von EUR 30.000,-- notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Dazu hat sich Herr Dr. Pfeil zu Wort gemeldet.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Meine Damen und Herren, Herr Mayrhofer, ich muss sie auch hier korrigieren. Es war nicht aufgrund des Nutzungskonzeptes die angebliche Notwendigkeit dieser Straßenverbindung aufgekommen, sondern, diese Straßenverbindung ist seit ungefähr 10 Jahren im Gespräch bzw. vorgeschlagen worden von der Bauabteilung. Ich habe bis heute kein einziges verkehrstechnisches Konzept gesehen, das diese Straßenverbindung rechtfertigt. Auch die Herren vom Land, wie die Leopold-Werndl-Straße vor zwei Jahren neu errichtet worden ist, haben die Kreuzungsanschlüsse vorgesehen, konnten mir aber auch nicht sagen, warum sie dieses tun. Die Stadt will es so, hat es geheißen. Es ist auch so, dass der Bauwerber, die Firma König, sich auch nicht jetzt auf der Seite befunden hat, dass sie diese Straße wollen, sondern sie haben sogar diesen Vorschlag bekämpft, weil sie haben Grund hergeben müssen und es hätte ja eine viel bessere Grundausnützung für diese Firma gegeben. Für die Aufschließung der unteren Bereiche, Pyrachstraße bzw. Reithoffergründe, nach unserem Verbauungsplan, ist die Pyrachstraße mehr als ausreichend. Für mich ist diese Straßenverbindung, die Notwendigkeit, nicht nachvollziehbar. Auch im gegenständlichen Akt habe ich nichts gefunden. Der gegenständliche Akt ist statutenwidrig leer. Es gibt nicht einmal ein Aktenverzeichnis wie in manch anderen Akten dieses heutigen Gemeinderates auch. Danke.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Schlusswort.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Danke. Ich gebe den Dr. Pfeil insofern Recht, dass der Herr König das mit Sicherheit nicht gewollt hat, sondern dass ihm das von Stadtseite vorgegeben wurde. Wenn sie einen Blick in die Planungsunterlagen des Nutzungskonzeptes für das Gebiet sehen, dann werden sie schon bemerken, dass diese Straße von allen diesen Entwürfen vorgesehen wurde. Die Möglichkeit eine Straße zu errichten, die eine andere Anbindung des Gebiets als die bisherige vorsieht, war nur im Zuge der jetzigen Bautätigkeit möglich. Es war auch nicht einfach die Bahngarage so weit zu bringen, dass sie auch ihre Einfahrt, die direkt auf die Leopold-Werndl-Straße gegangen ist, in diese gemeinsame Aus- und Einfahrt einzubinden. D. h., der Wunsch kommt mit Sicherheit aus dem eigenen Haus, keine Frage. Ich ersuche trotzdem um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. SPÖ, ÖVP, GAL, LIF, 1 FPÖ (GR Payrleithner). Wer ist dagegen? Stimmenthaltung? 6 FPÖ (Vzbgm. Dr. Pfeil, StR Eichhübl, GR Fürweger, GR Toman, GR Fröhlich, GR Reznar). Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen. Ich bitte um den nächsten Antrag.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Hier geht es um eine außerordentliche Subvention an den Tourismusverband. Der Tourismusverband wurde mit zwei Dingen konfrontiert, die er nicht voraussehen konnte. Das 1. war der Auftrag der Stadt, den Betrieb im letzten Jahr der Christkindlwelt sicher zu stellen. Hier sind Ausgaben in Höhe von Euro 20.817,48 entstanden. Die Hochwasserschäden, im heurigen Jahr, wir können uns alle noch erinnern an die Bilder, wo die gesamte Büroausstattung vernichtet wurde, aber nicht nur die Büroräumlichkeiten und die Möbel, sondern z. B. auch das EDV-System. Hier sind Euro 3.581,29 angefallen. Ich ersuche um eine außerordentliche Subvention in Höhe von Euro 24.400,-- für den Tourismusverband.

10) Fin-285/02 Außerordentliche Subvention an den Tourismusverband Steyr.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 25. 11. 2002 wird dem Tourismusverband Steyr eine ao. Subvention in Höhe von
Euro 24.400,-- gewährt.

Die hiefür erforderlichen Mittel werden bei der VA-Stelle 1/7710/7570 in Form einer Kreditüberschreitung freigegeben.
Die Deckung dieser Kreditüberschreitung in Höhe von Euro 24.400,-- hat durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Frau GR Frech.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, es ist natürlich nichts dagegen einzuwenden, dass man diese außerordentliche Subvention an den Tourismusverband erteilt. Ich möchte ihnen nur zur Kenntnis bringen, betreffend Christkindlwelt z. B., und um dieses Thema geht es letztlich ja auch, dass die Bahn z. B. wiederum nicht mehr in Betrieb ist. Sie hat letzten Samstag z. B. nicht funktioniert. Ich war persönlich dort, das kommt nicht vom Hörensagen. Die Bahn ist still gestanden. Es waren sehr viele Gäste da von weit her, weil gerade am Samstag kommen Busse, kommen Leute mit dem Zug. Die Bahn war außer Betrieb. Ich habe mich dann an der Kassa erkundigt. Ich habe das nur durch Zufall mitbekommen, weil ich mir die Ausstellung angesehen habe. Ich war verwundert, weil so viele Leute hineingegangen sind und gleich wieder

hinausgegangen sind. Ich habe gefragt was los ist. Die Bahn ist leider derzeit außer Betrieb, wir haben Probleme. Ich würde sie wirklich dringend ersuchen, die Verantwortlichen, die ja auch immer dafür eingetreten sind, dass man die Christkindlwelt am Leben erhält, es hat unlängst auch wieder einen Antrag in die Richtung gegeben, wirklich zu schauen, dass diese Christkindlwelt funktioniert. Wenn sie nicht funktioniert, meine Damen und Herren, fällt das nicht den Betreibern der Christkindlwelt auf den Kopf sondern uns als Stadt als Imageschaden. Das ist höchst peinlich, wenn Leute aus Wien, aus Salzburg mit Kindern herkommen. Kinder haben eine gewisse Erwartungshaltung, als Erwachsener lasse ich mich vielleicht vertrösten. Das Kind freut sich auf die Fahrt mit der Bahn, die Bahn wird überall in den Zeitungen beworben, man sieht den Herrn Bürgermeister, wie er mit der Bahn fährt, und dann steht sie an einem Samstag still. Ich weiß jetzt nicht, ob sie in den folgenden Tagen still gestanden ist oder nicht, ich habe auch nicht die Zeit ...

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:
Ist die Bahn den ganzen Tag gestanden?

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Sie ist zumindest vormittags mehrere Stunden weg bis nachmittags still gestanden. Ich habe auch nicht die Zeit, dass ich mich Tag und Nacht dort hin stelle. Aber Faktum ist, sie ist nicht gegangen an einem ganz wesentlichen Weihnachtssamstag.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es weitere Wortmeldungen? Herr Dr. Pfeil.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Da muss ich natürlich schon auch noch ein Wort dazu sagen. Wenn sie sich erinnern, in der letzten GR-Sitzung habe ich genau auf diesen einen Punkt hingewiesen, Serviceeinrichtungen bzw. Servicearbeiten und Reparaturarbeiten, wer bezahlt was. Ich bin schon gespannt. Ich habe nicht gehofft oder erwartet, dass dieser Fall so rasch eintritt. Ich bin schon sehr gespannt, wer die Rechnung für die Reparatur bekommen wird.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Schlusswort.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Ja, ich hoffe, liebe Frau Kollegin Frech, dass sie nicht von Samstag bis heute zur GR-Sitzung gewartet haben, um diesen Übelstand zu melden. Ich nehme an, bei ihrem Pflichtbewusstsein, ist mit Sicherheit am Montag in der Früh der Anruf gekommen, entweder an den Tourismusverband oder an eine andere dafür zuständige Stelle, weil ich glaube nicht, dass sie bis jetzt gewartet haben, damit die Aufmerksamkeit der Presse und der GR-Mitglieder da ist. Ich habe keine Kenntnis davon, dass es nicht funktioniert. Ich war vorgestern auch mit dem Herrn Prof. Beidl zusammen und auch der hat mich diesbezüglich nicht informiert. Ich kann also nur annehmen, dass sie wieder funktioniert. Aber wir werden selbstverständlich nachfragen.
Nachdem es natürlich mit dem jetzigen Antrag nichts zu tun hat, ersuche ich um Zustimmung zu meinem Antrag.

GEMEINDERÄTIN MONIKA FREIMUND:
Darf ich ganz kurz noch etwas dazu sagen?

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Ja bitte.

GEMEINDERÄTIN MONIKA FREIMUND:
Die Bahn hat auf jeden Fall am Samstag um 12 Uhr mittags funktioniert, weil da hat sie mein Sohn mit Freunden benützt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Wer ist dagegen? Stimmenthaltungen? Keine. Danke, der Antrag ist einstimmig angenommen worden. Nächster Punkt.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Ich hoffe, dass ich auch zu diesem Antrag ihre Zustimmung bekommen. Hier geht es um die Errichtung des Museumsstegs, um die Vergabe der Bauarbeiten und der Neuplanung des Brückenkopfes auf Museumsseite. Das ist eine Kreditüberschreitung, wie selbstverständlich klar ist, nachdem wir das nicht vorhersehen konnten. Die Vergabe der Detailplanung soll an den Herrn DI Fritsch gehen, Euro 4.920,-- inkl. MWSt. und die Bietergemeinschaft Held & Francke und Alpine - Mayreder übernimmt die Bauarbeiten zu einem Preis von Euro 930.929,83. Insgesamt somit Euro 936.000,--. Ich ersuche um Zustimmung.

11) BauBrü-2/02 Museumssteg - Wiedererrichtung, Vergabe der Bauarbeiten und der Neuplanung des Brückenkopfes auf Museumsseite.
Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 20. November 2002 wird der
1. Vergabe der Detailplanung inkl. Rampe des hinteren Brückenkopfes im Ausmaß von EUR 4.920,-- inkl. MWSt. an Herrn DI Fritsch, Steyr sowie
2. der Vergabe der Baumeister- und Stahlbauarbeiten zur Wiedererrichtung des Museumssteges in Höhe von EUR 930.929,83 an die Bietergemeinschaft Held & Francke und Alpine - Mayreder, Steyr zugestimmt.

Die erforderlichen Mittel im Gesamtausmaß von EUR 936.000,-- werden bei der vorgesehenen VSt. 5/612000/002270 „Gemeindestraßen; Straßenbau Brückenerhaltung“ durch Kreditüberschreitung freigegeben.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von EUR 936.000,-- notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Dazu hat sich Herr GR Payrleithner gemeldet.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:
Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Ein ganz ein wichtiger Antrag, wo wir natürlich nicht nur zustimmen, sondern hoffen, dass, wenn das kalte Wetter über den Jänner hinaus anhält, mit den Bauarbeiten so rasch als möglich begonnen werden kann, weil es ist natürlich vielen Steyrern ein Anliegen, dass diese wichtige Verbindung zu einem Stadtteil so rasch als möglich wieder hergestellt wird. Nach Außen hin sind die, nach mehr als über drei Monaten, katastrophalen Schäden, die das Hochwasser am 12. August angerichtet hat, im Großen und Ganzen saniert worden und es erweckt eigentlich nicht mehr den Eindruck. In Wirklichkeit, dieser Antrag erinnert uns wieder ein bisschen daran, sind die Schäden natürlich nach wie vor im großen Ausmaß da. Vor allem auch in den betroffenen Häusern, in den Gegenden Eysnfeld, Wehrgraben, entlang der Enns usw. Ich möchte in dem Zusammenhang den Herrn Bürgermeister bitten, nachdem ja damals ein Ausschuss über diese Hochwasserangelegenheit abgelehnt worden ist und nur eine Arbeitsgruppe eingesetzt wurde, bei der nächsten GR-Sitzung im Jänner, uns einen Bericht zu bringen, zu welchen Ergebnissen und Erkenntnissen die Beamten gekommen sind, welche Konsequenzen daraus gezogen werden, um Maßnahmen treffen zu können, Schäden von der Stadt und von den Einwohnern abwenden zu können. Ich glaube, das ist eine ganz wichtige Sache. Kein Mensch weiß, wie im Frühjahr bei der Schneeschmelze sich die Situation in Steyr darstellen wird. Wenn Maßnahmen gesetzt werden

können, die aufgrund dieser Erfahrungen jetzt getroffen werden, dann sollen die auch so rasch als möglich durch- und umgesetzt werden. Daher ist es notwendig, glaube ich, dass wir auch im Jänner wieder über dieses Thema debattieren, weil man ja nicht weiß, wann das nächste Hochwasser kommt. Es kann auch in diesem Ausmaß nicht unbedingt 103 Jahre dauern, es kann sein, dass es in ein paar Monaten schon wieder stattfindet. Vielleicht kann man mit der einen oder anderen Maßnahme gewisse Dinge verändern. Es wird ja auch hier die Brücke z. B. um 65 cm höher angesetzt. Wenn man das vorher gewusst hätte, dass das Hochwasser durch Verklausungen derartige Schäden anrichtet, hätte man wahrscheinlich das auch schon damals anders gebaut. Das betrifft ja auch viele Bereiche in dieser Stadt, wo man sich in Zukunft gewisse Dinge überlegen muss.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Ja, ich kann vielleicht gleich dazu sagen, ich habe vorige Woche, bezüglich der Ausbaggerungen der Steyr und bei der Ennsmündung, ein Gespräch mit dem zuständigen Beamten des Landes, mit dem Herrn Dietachmayr geführt. Der hat mir zugesichert, dass diese Schotterbaggerungen zügig vorangetrieben werden. Er wird das zwar nicht in den nächsten Wochen machen, sondern sofort im Jänner damit beginnen. Auch die Baggerungen vor deinem Haus, da in dem Bereich wo es große Schotterablagerungen gibt, werden zügig vorangetrieben. Nach Vorliegen des Gutachtens vom DI Gunz, wird dann die weitere Vorgangsweise festgelegt und da wird ebenfalls geschaut, dass man möglichst zügig voranschreitet. Das zu deiner Frage.
Willi bitte.

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:
Geschätzter Herr Bürgermeister, geschätztes Präsidium, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, werte Presse. Ich möchte hier gerne auch einmal einen Gruß ausrichten an den Gemeinderat, die Stadtväter, die Stadtverwaltung und alle Beamten, die hier sehr gut gewirkt haben nach dem Hochwasser. Ich denke mir, gerade letzte Woche war ich ja insgesamt mit drei Gruppen unterwegs, die Steyr besucht haben, aus dem Bereich des Bundesheeres, und die konnten gar nicht glauben, dass am 12. August diese Hochwasserkatastrophe in Steyr war. Eine der wirklichen Flecken, wo man das noch erkennen kann ist also der Museumssteg. Daher glaube ich, dass es auch gut ist, wenn wir den wieder reparieren und richten können. Letztlich glaube ich ganz einfach, dass wir hier durchaus auch stolz darauf sein können, was hier in dieser kurzen Zeit geleistet wurde. Vor allen Dingen auch durch die Geschäftsleute bzw. die Privaten, die sich hier doch sehr massiv wieder dafür eingesetzt haben, dass diese Stadt wieder ansehnlich wird und vor allen Dingen jetzt in dieser hochtouristischen Zeit, rund um Weihnachten, es doch ein sehr angenehmes Gefühl ist wenn die Leute kommen, schauen und sagen, diese Stadt hat wieder ihren Flair und ihre alte Schönheit. In diesem Sinne ein herzliches Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

GR Ing. Klaus Hoflehner kommt um 11.10 Uhr in die Sitzung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke. Gibt es eine weitere Wortmeldung? Keine. Schlusswort.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Danke. Geschätzter Kollege Payrleithner, lieber Hans. Vor genau einer Woche haben wir Bauausschuss gehabt und haben dieses Thema ausführlichst besprochen. D. h., ich führe es nur auf die Anwesenheit der Presse zurück, dass du diese Wortmeldung gemacht hast. Ich nehme auch an, dass der Informationsfluss innerhalb deiner Fraktion funktioniert und du dein Wissen aus dieser Ausschusssitzung selbstverständlich weiter gibst an deine Kollegen, wie es in den anderen Ausschüssen und bei den anderen Fraktionen auch üblich ist. Aber wir können natürlich das noch einmal verstärken. Ich glaube wir alle haben uns sehr unwohl gefühlt, und das war einheitlich, auch mit dem Bescheid der Wasserrechtsbehörde, die nur in sehr geringem Ausmaß Baggerungen im Steyrer Flussbett akzeptiert hat. Die dürfen nicht unter die Wasserlinie baggern. Auch der Naturschutz hat über notwendige Maßnahmen sehr restriktiv geurteilt. D. h., wir sind hier auch

einstimmig zu dem Beschluss gekommen, dass wir uns sofort verstärkt noch einmal um weitere Verhandlungen kümmern werden. Der Bürgermeister selbst hat das übernommen, sodass wir jetzt umgehend die akzeptierten 12.600 Kubikmeter Schotter im Bereich zwischen Schwimmschulstraße, Schwimmschulbrücke, Kuglfangwehr ausbaggern, sowie es der Wasserstand ermöglicht, vorgesehen ist der Zeitraum Jänner, aber sofort und direkt anschließend daran weitere Verhandlungen mit der Wasserrechtsbehörde, mit den Fischereiverantwortlichen und dem Naturschutz geführt werden um das Flussbett im notwendigen Ausmaß wieder freizumachen. Wie tief das geschehen soll, dafür ist es notwendig das Projekt Gunz abzuwarten, der daran arbeitet, genauso wie an den weiteren Hochwasserschutzmaßnahmen evt. zusätzliche Dämme oder eine Erhöhung von Dämmen. Das ist alles von diesem Ergebnis, von dieser Studie, von diesem Projekt abhängig. Ich möchte nur nicht, dass der Eindruck entsteht, sowohl hier im GR als auch in der Öffentlichkeit, dass nichts gemacht wird, dass man hier säumig ist und nicht mit dem nötigen Nachdruck arbeitet. Derzeit sind zwei Arbeitpartien im Einsatz. Die eine derzeit im Bereich Himmlitzerbach, die andere im Bereich Ramingbach. Ich hoffe, das ist ausführlich genug. Ich ersuche um Zustimmung zu meinem Antrag betreffend Museumssteg, Wiedererrichtung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Wir kommen zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Einstimmige Annahme. Danke sehr.

Ich danke dem Berichterstatter und bitte als nächsten Berichterstatter Herrn StR Walter Oppl um seinen Antrag.

BE: STADTRAT WALTER OPPL:
Liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, in meinem Antrag geht es um die Erlassung einer Richtlinie für die Förderung von nachträglichen Personenlifteinbauten in Wohnhäusern. Ich glaube, ich kann mir ja eine nähere, detailliertere Schilderung dieser Richtlinien ersparen. Zwei Kernpunkte möchte ich aber erwähnen. Einerseits, dass diese Richtlinien die Bestimmung enthalten, dass sich die Stadt Steyr bei der Höhe der Vergabe der Förderung strikt an die Richtlinien des Landes hält und es daher auch vom administrativen Aufwand her sehr gering gehalten werden kann und zum 2., dass wir die Förderung mit einer Höhe von 30 % der Gesamtkosten festlegen. Das bedeutet dann für die einzelnen Mitbürgerinnen und Mitbürger bzw. Wohnungsgenossenschaften, dass sie, nachdem das Land 50 % der Gesamtkosten übernimmt, in Summe rund 20 % selber tragen müssen, das wiederum nach den jetzigen Preisen insgesamt, inkl. der Betriebs- und Errichtungskosten, rund, ich sage es noch in Schilling, S 6,-- pro m² bedeutet. Ich ersuche sie um Zustimmung zu diesen Richtlinien.

12) Präs-683/02 Richtlinien zur Förderung von nachträglichen Personenlifteinbauten in Wohnhäusern.
Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für öffentliche Rechtsangelegenheiten und Verfassungsdienst vom 8.11.2002 wird die in der Beilage angeschlossene Richtlinie zur Förderung von nachträglichen Personenlifteinbauten in Wohnhäusern genehmigt. (Beilage)

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Stimmenthaltungen? Keine, einstimmige Annahme.
Ich danke dem Berichterstatter und bitte als nächsten Berichterstatter Herrn Ing. Dietmar Spanring um seine Anträge.

BE: STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:
Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates, werte Presse. In meinem ersten Antrag geht es um die Tarifordnung für den Stadtsaal Steyr und das Alte Theater. Die Tarifordnung

aus dem Jahre 1998 entspricht in ihren Kernbereichen nicht mehr den Erfordernissen, die bei der Vermietung der genannten Räumlichkeiten auftreten. Daher ist es erforderlich, entsprechende Adaptierungen dieser Tarifordnung durchzuführen. Das ist geschehen in Abstimmung der Beschlussfassung des gemeinderätlichen Kulturausschusses. Der Antrag lautet daher:

13) K-83/02 Tarifordnung für den Stadtsaal und
das Alte Theater; Änderung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB VI, FA für Kulturangelegenheiten, vom 28. November 2002 wird die Tarifordnung für das Alte Theater und den Stadtsaal der Stadt Steyr mit Wirkung vom 01.01.2003 genehmigt. (Beilage)

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Frau Reznar.

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:
Geschätztes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren, wir haben schon sehr eigenartige Vorgangsweisen, die nicht unbedingt üblich sein sollten. Wir haben im gemeinderätlichen Kulturausschuss eine Tariferneuerung für das Alte Theater und den Stadtsaal beschlossen und über Intervention des Herrn Dr. Locicnik, der sich darüber Gedanken gemacht hat, welche Tarifanhebungen vorzunehmen sein sollten. Der Antrag ist vom Kulturausschuss hinausgegangen und über den StS und just die Fraktion oder der Fraktionsobmann, jener Fraktion die auch den Obmann oder den Vorsitzenden des Kulturausschusses stellt, schmeißt den Antrag einfach zurück. Da finde ich, wäre es doch angebracht, dass sich die einzelnen Fraktionen darüber schon im Vorfeld unterhalten sollten und nicht erst dann eine Peinlichkeit im Stadtsenat. Das finde ich nicht richtig.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu eine weitere Wortmeldung? Herr Lengauer.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:
Ich gebe in manchen Dinge der Frau Kollegin Reznar Recht. Mit manchen Vorgängen bin ich auch nicht zufrieden. Nun aber, wenn sich nachträglich herausstellt, dass wir nicht voll informiert waren, dann muss man einfach Dinge ändern und ich glaube, das war hier notwendig, dass einfach doch die Miete für das Alte Stadttheater, wenn wir es mit dem Stadtsaal gleichgesetzt hätten, einfach zu hoch gewesen wäre. Wir haben zuerst gemeint, vom Ambiente her, von der Wertigkeit her, wäre es angebracht es gleichzusetzen. Wir haben aber nicht gewusst, dass es dann auch noch Nebenkosten gibt, wenn man z. B. das Büfett selbst macht und all diese Dinge. Ich denke, wenn sich dann einfach wichtige Dinge ergeben, dann ist es keine Tragik, wenn man einen Antrag dann noch einmal bearbeitet. Also, aus der Richtung her sehe ich kein Problem.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Frau GR Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Diese Tarifordnung, an der man ja jetzt zweimal herumgebastelt hat, und alleine die Tatsache, dass man zweimal gebastelt hat, zeigt ja irgendwo, dass man nicht ganz genau einen Plan hat wonach man das macht. Ich habe z. B. im Kulturausschuss die simple Frage gestellt: “Sind diese Tarife anhand einer Kostenrechnung entstanden?“ Es hat geheißen: „Nein“. Meine zweite Frage war: Wie schaut das eigentlich aus, ich weiß aus Veranstaltungen wo ich selbst beteiligt war, dass es im Alten Theater ja so ist, dass sie im Prinzip die Bewirtung machen müssen über den Büfettbetrieb der dort herrscht.

Wenn sie das nicht tun, müssen sie ein sogenanntes Stoppelgeld zahlen. Das muss natürlich ein Veranstalter dort machen. D. h., jemand der ein Büfett über jemand anderen dort machen will, und das ist heute durchaus üblich, dass ich jemanden habe der als Caterer auftritt, dann muss ich ein Stoppelgeld zahlen. Das erhöht natürlich auch die Kosten für die Benützung der Räumlichkeiten. Ich stelle die simple Frage im Kulturausschuss: „Wie hoch ist dieses Stoppelgeld derzeit?“ Das wissen wir nicht. Keine Ahnung. Ich will aber Tarife beschließen. Ich meine, wie soll das zusammen passen. Wenn sie sich heute dieses Rechenbeispiel anschauen, dann wundert mich schon eines, dass sich da eigentlich jeder so wunderbar einverstanden erklärt. Auf der letzten Seite haben sie ein Berechnungsbeispiel Altes Theater alter und neuer Tarif. Anhand dieses Beispiels haben sie im alten Tarif 264,24 Euro bezahlt, anhand einer Veranstaltung, und dieselbe Veranstaltung, mit dem selben Equipement würde neu jetzt kosten 388,75 Euro. Das sind so irgendetwas um die 70 % Steigerung. Dass man Tarife in einer Steigerungsrate von
70 % so locker einmal beschließt, finde ich schon ganz spannend und interessant. Vor allem, wenn es eigentlich keine Kostenrechnung gibt, ich bis heute nicht weiß, wie hoch dieses Stoppelgeld ist, es wird aber eingehoben, und das Nächste ist, dass sie ja noch Zusatzkosten haben, das ist ja gar nicht alles. Sie müssen ja z. B. die Feuerwehr bezahlen. Das können sie aber nur direkt. Es ist bis heute nicht möglich, dass sie eine Rechnung bekommen, wo sie das dann bezahlen, sondern das müssen sie direkt vor Ort bezahlen. Manche wissen das gar nicht. D. h., wann, dann würde ich mir schon wünschen, wenn wir heute bestrebt sind unsere Gebäude zu vermieten, und das sollen wir, am besten wäre es, wir hätten unser Altes Theater wirklich jeden Tag vermietet, wir hätten Einnahmen, dann muss ich aber auch einem potentiellen Veranstalter was vorweisen können, was Hand und Fuß hat. Dann muss er aber über alle Kosten im Vorfeld informiert sein. Wenn ich dann nicht einmal weiß, dass ich ein Stoppelgeld zahlen muss und nicht einmal weiß wie hoch das ist, nicht einmal genau weiß was kosten die einzelnen Dinge. In Zukunft z. B. muss der Blumenschmuck auch extra bezahlt werden. Wie hoch die Kosten für den Blumenschmuck sind, steht aber eh nicht drinnen. Also, ein Veranstalter der da etwas machen will, hat nicht wirklich einen großen Überblick. Aber wir beschließen wieder einmal so eine Geschichte. Wahrscheinlich kommen wir in ein paar Monaten drauf, dass wir die Tarife wieder umändern, weil es ja nicht wirklich gepasst hat.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es eine weitere Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Schlusswort?

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:
Nein.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Wir kommen zur Beschlussfassung. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. SPÖ, ÖVP, GAL, 5 FPÖ. Wer ist dagegen? 1 LIF. Wer enthält sich der Stimme? 3 FPÖ (GR Fröhlich, GR Reznar, GR Payrleithner).
Danke, ich bitte um den nächsten Antrag.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:
In meinem letzten Antrag geht es um einen Antrag der ÖVP und des Liberalen Forums betreffend das Projekt Steyrer LiteRaritäten. Ich denke einfach eines dazu zu sagen. Da wir heute unter Punkt 18) den Voranschlag der Stadt Steyr für das Rechnungsjahr 2003 inkl. Förderung des Projektes Steyrer LiteRaritäten in entsprechender Höhe abhandeln und beschließen werden, ich gehe einmal davon aus, führt sich glaube ich dieser vorliegende Antrag ad absurdum. Ich werde ihn trotzdem vorlesen.

14) Präs-881/02 ÖVP- und LIF-Gemeinderatsfraktion; Antrag betreffend Grundsatzbeschluss zur finanziellen Förderung des Projektes „Steyrer
LiteRaritäten“.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Innovative Kulturarbeit trägt zur Positionierung Steyrs als Kulturstadt bei und eröffnet zudem neue Perspektiven im Regionaltourismus. Das Projekt „Steyrer LiteRaritäten“, dessen Träger die Gesellschaft zur Pflege literarischer Kostbarkeiten, vertreten durch die Steyrerin Margit Haslinger ist, soll daher jedenfalls mit Unterstützung der Stadt Steyr realisiert werden.

Der Steyrer Kulturausschuss hat sich eingehend mit diesem Projekt auseinandergesetzt und befürwortet einhellig das Vorhaben „Alte Bücher in Neuen Medien“.

Die zur Realisierung des Projektes „Steyrer LiteRaritäten“ nötigen Euro 13.500,-- werden im Voranschlag für das Jahr 2003 vorgesehen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Frau GR Frech.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Moment. Das ist noch nicht der Antragstext.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:
Doch.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Das können wir ja gar nicht beschließen, wenn wir es wörtlich nehmen. Der Gemeinderat möge beschließen: Da heißt es: Innovative Kulturarbeit trägt zur Positionierung Steyrs als Kulturstadt bei ... - das ist Amtsbericht oder Überlegung. Aber das ist nie ein beschlussmöglicher Text. Ich kann das nicht beschließen, dass Kulturarbeit notwendig ist.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste. Ich muss gleich zu Beginn den Kulturstadtrat korrigieren, das ist kein Antrag, auch wenn es in der Tagesordnung so steht, aber es läuft ja nicht alles immer richtig ab. Das ist kein Antrag der ÖVP-Fraktion und der Liberalen GR-Fraktion, das finden sie auch nirgendwo auf diesem Antrag, sondern das ist ein Antrag der eingebracht worden ist von zwei Gemeinderäten, weil man aus formalen Gründen eben zwei Unterschriften benötigt. Ich gehe davon aus, dass jeder von ihnen diesem Antrag seine Zustimmung geben kann. Der Grund für diesen Antrag war ja, dass wundersamerweise im Kulturausschuss alle Fraktionen einhellig der Ansicht waren, dass die Steyrer LiteRaritäten verwirklicht werden sollen. Allerdings hatten wir dann gemerkt, dass im Budget dafür nichts vorgesehen ist. Dann gab es eine weitere Kulturausschusssitzung, wo wiederum alle Fraktionen und alle Mitglieder des Kulturausschusses einhellig gesagt haben, die Steyrer LiteRaritäten gehören im Budget vorgesehen. Nachdem sich aber noch immer abgezeichnet hat, dass sie möglicherweise nicht drinnen sind, und ich weiß bis heute nicht ob sie drinnen sind oder nicht, weil diesen Abänderungsantrag von dem sie gesprochen haben Herr Kollege Spanring, ist mir bis heute nicht zugegangen.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:
Das ist aber nicht meine Schuld.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Nein, das ist nicht ihre Schuld, aber ich kann nicht etwas präjudizieren und sagen wir werden am Nachmittag ja vielleicht ohnedies etwas beschließen, was ich noch gar nicht kenne. Ich gehe jetzt vom jetzigen Stand aus. D. h., mit diesem Antrag kann wohl niemand ein Problem haben. Es zeigt eigentlich, und ich möchte nichts vorwegnehmen von der nachmittäglichen Budgetsitzung, es zeigt aber, dass in Steyr jetzt schon politische Budgetverhandlungen für Projekte gemacht werden, die im Prinzip auf reinem Konsens basieren. Das ist schon etwas, was bedenklich ist. Aber zurück zu diesem Antrag. Wie gesagt, dass nur zwei Personen da stehen, hat keine politischen Gründe sondern rein formale Gründe. Ich möchte ihnen nur den Antrag jetzt ...

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Wir bringen ihn zur Abstimmung.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Darf ich vielleicht diesen Antrag überhaupt einmal vorlesen, weil es gab bis jetzt nicht einmal die Möglichkeit dazu.

Die unterzeichneten Mitglieder des Gemeinderates der Stadt Steyr erlauben sich höflich folgenden Antrag gemäß § 12 Abs. 1 des Statutes für die Stadt Steyr betreffend einen Grundsatzbeschluss zur finanziellen Förderung des Projektes „Steyrer LiteRaritäten“ zur Behandlung in der GR-Sitzung vom 12. Dezember einzubringen:

Diskussion verschiedener Mandatare

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Also, ich finde es schon eine gewisse Unverfrorenheit, wenn sie es nicht einmal jenen, die heute da sitzen, ermöglichen, diesen Antrag zu hören, weil die Gemeinderäte haben ihn. Ich glaube aber nicht, dass ihn z. B. die Vertreter der Presse jetzt hier haben.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:
Um das geht es jetzt nicht.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
„Alte Bücher in Neuen Medien“ - das Internet ermöglicht eine Dezentralisierung der Kultur- und Forschungsarbeit und erlaubt somit die Schaffung neuer „Räume der Begegnung“ über nationale Grenzen hinaus.

Steyr bietet mit der im Schloss Lamberg beheimateten Bibliothek ein ganz besonderes oberösterreichisches Kulturjuwel. Die als Privatsammlung der Grafen Lamberg seit dem 17. Jahrhundert aufgebaute Bibliothek beherbergt einen Bestand von ca. 11.000 Bänden.

Die traditionell touristischen Führungen durch diese Bibliothek, ...

Diskussion verschiedener Mandatare

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Meine Damen und Herren, es ist ihnen unbenommen diesem Antrag die Zustimmung zu verweigern, es ist ihnen unbenommen Anträge zur Geschäftsordnung zu stellen, aber es sagt sehr viel über die Gesprächskultur in diesem Haus aus, wenn jemand der heraußen als Mandatar einen Antrag verliest, diesen nicht einmal verlesen kann, weil sie ihr Desinteresse signalisieren. Ich glaube nicht, dass wir damit unserem Ruf als Politiker einen guten Dienst erweisen, wenn man sich so verhält. Das glaube ich nicht.

Die traditionell touristischen Führungen durch diese Bibliothek, bei denen lediglich die barocken Buchschränke nebst „Buchrücken“ bewundert werden können, können nun durch virtuelle Führungen erweitert werden und so historische Literatur via Internet lesbar gemacht werden: Ein Digitalisierungsprojekt mit dem Kern, historischen Buchbestand nicht einfach zu konservieren, sondern eine aufgrund des unschätzbaren Wertes „unberührbare Sammlung“ durch Selektion und Schaffung von erläuternden Text- und Bildsorten via Informationstechnologie lebendig werden zu lassen.

Das Vorhaben „Alte Bücher in Neuen Medien“ will dem Benutzer einerseits einen virtuellen Bibliotheksbesuch - mit Schmökern in ausgewählten Werken - eröffnen, und andererseits wissenschaftliches Arbeiten verstärkt möglich machen.

Eine sorgfältige Auswahl von Büchern, die das Ensemble dieser historischen Bibliothek charakterisieren, wird durch Digitalisierung, Kommentierung und Multimedia-Gestaltung für zwei Zielgruppen aufbereitet: für die Besucherinnen und Besucher (nämlich mehrsprachig) und für wissenschaftlich Arbeitende. Also für zwei Zielgruppen. So werden Unterhaltung, inhaltliche Beschäftigung und historische Forschung auf vielen unterschiedlichen Gebieten möglich und es kommt zur Schaffung einer „living library“ eingebettet in ein internationales Netzwerk.

Die bisherige sehr intensive regionale und überregionale Netzwerkarbeit hat für die inhaltliche Kooperation bereits folgende „innerösterreichische Achse der Zusammenarbeit“ ergeben:

Das heißt, die
· Universität Salzburg (Institut für Germanistik)
· Universität für künstlerische Gestaltung Linz
· Universität Wien (Institut für Anglistik)
· FH Hagenberg sowie
· Stifter-Institut des Landes OÖ.

haben ihre Kooperationsbereitschaft bereits bekundet.

Das Land Oberösterreich befürwortet dieses Literaturprojekt und hat Fördermittel in Aussicht gestellt. Eine Kofinanzierung des Bundes wird im Anschluss an die Startphase 2002 für das EU-Projekt ab 1.1.2003 angestrebt. Weitere finanzielle Mittel sollen zudem über Sponsoren aufgetrieben werden.

Ich gehe davon aus, das hat der Kulturausschuss in seinen beiden Sitzungen ja auch bestätigt, dass wohl jeder von uns ein Interesse haben sollte, die Positionierung Steyrs als Kulturstadt voranzutreiben, damit touristische Aspekte auch wiederum herein zu bringen und auch einen gewissen kulturellen Schwerpunkt in dieser Stadt zu setzen. Aufgrund dessen sollten, um diese Realisierung der Steyrer LiteRaritäten möglich zu machen, diese 13.500,-- Euro im Voranschlag für das Jahr 2003 vorgesehen werden. Ich glaube nicht, dass es irgendjemanden da herinnen ein Problem bereitet könnte, diesem Antrag jetzt seine Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Herr Dr. Pfeil bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Meine Damen und Herren, ich freue mich sehr über diesen Antrag, aber wahrscheinlich aus einem anderen Grund als sie jetzt vermuten. Ich freue mich, dass der Herr StR Mayrhofer plötzlich Interesse an der Kultur zeigt. Das war ja nicht immer so. Das ist das 1. Mal, seit ich im GR bin, wo sie aktiv für die Kultur eintreten. Darüber freue ich mich wirklich ehrlich, aufrichtig. Ich bin etwas verwundert, dass sie offensichtlich nichts mehr mit der ÖVP zu tun haben, weil es ist ja kein ÖVP-Antrag. Aber ich glaube schon, dass das ihr Name ist. Es soll schon Mayrhofer heißen. Das ist ihr Name darunter. Frech kann man lesen, die kann ich zuordnen. Also denke ich, dass der schon von der ÖVP, der sie ja wahrscheinlich angehören, kommt. Zumindest gehören sie dieser GR-Fraktion an. So, jetzt haben wir einmal das Formale geklärt.
Wo ich ein bisschen ein Problem habe, dass das Interesse wahrscheinlich schon aus irgendwelchen anderen taktischen Gründen herrührt. Es kam nämlich gerade just eine Woche vor der letzten Nationalratswahl ein hoher Besuch nach Steyr, ein Kunststaatssekretär, der meines Wissen bis jetzt noch nie die Wege nach Steyr gefunden hat. Plötzlich, eine Woche vor der Wahl, zeigt er hohes mediales Interesse an dieser schönen Bibliothek in Steyr. Ich bin von der Frau Dr. Haslinger angerufen worden, nachdem ich seit Beginn an mit ihr im Gespräch war und bin und dieses Projekt sehr unterstütze, ob ich an diesem Meeting teilnehme. Ich habe ihr gesagt, ich habe a) keine Einladung, andere Kollegen haben eine Einladung gehabt, ich selbst persönlich habe keine Einladung gehabt, und b) habe ich auch selbst leider keine Zeit dazu gehabt. Ich hätte mir gern dort das angesehen vor allen Dingen ob das Interesse ehrlich oder nicht ehrlich ist. Meine sehr verehrten

Damen und Herren, ich hätte doch etwas mehr Erfahrung und Genauigkeit in der Formulierung eines Antrages erwartet. Gerade von der Frau Frech und vom Herrn Mayrhofer, die sind ja nicht gerade neue Hasen im Geschäft. Ich kann nicht einen Antragstext formulieren, der in dieser Form gar nicht beschlossen werden kann. Ich kann nicht beschließen, Originaltext: Innovative Kulturarbeit trägt zur Positionierung Steyrs als Kulturstadt bei und eröffnet zudem neue Perspektiven im Regionaltourismus. Das kann ich nicht beschließen.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Das ist eine Begründung Herr Dr. Pfeil.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Ja eben, aber das gehört unter Punkt Begründung Frau Lehrerin.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Aber jetzt sind wir ja beim Beschlusstext und nicht bei der Begründung, das ist ja der Punkt. Wenn ihr es wenigstens gescheit formuliert hättet. In der Sache sind wir ja alle dafür. Das ist überhaupt keine Frage. Aber wenigstens die Zeit und die Muse hätten sie sich nehmen müssen, das einmal auszuformulieren, was wir heute beschließen. Beschließen sollten wir, wann es gemacht wird. Für die Realisierung dieses Projekts sind wir alle dafür. Gescheit formuliert, vorbereitet, da gibt es überhaupt kein Problem.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. Als Nächster hat sich Vzbgm. Bremm gemeldet.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, man kann sich da das Gefühl kaum erwehren, dass da schon ein gewisser Populismus dahinter steckt. Weil ich glaube, in Bezug auf dieses Projekt kein Mensch im Steyrer Gemeinderat auch nicht, und das wissen wir auch von unseren Kolleginnen und Kollegen im Kulturausschuss, sich dagegen gestellt hat und kein Interesse gezeigt hat. Gerade im Gegenteil. Ich kenne das von unserer Fraktion wo der Kollege Spanring und unsere anderen Mitglieder das befürwortet haben und dafür eingetreten sind. Aus dem Grund findet sich auch dieses Projekt und ein dementsprechender Betrag im Budget.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Nein, im Budget befindet er sich nicht.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Ich gehe einmal davon aus Kollegin Frech, dass es auch heuer wieder so ist wie im Vorjahr und in den anderen Jahren vorher, dass sie beim Budget nicht mitgehen werden, ich gehe einmal davon aus, ich unterstelle das einmal, und die Kollegen aus der ÖVP auch nicht mitgehen, zieht man da ein bisschen eine Show ab. Was wir eh im Budget niedergeschrieben haben, wollen wir jetzt einen Antrag und einen Grundsatzbeschluss. Also, es ist schon eine eigenartige Vorgangsweise. Wenn es ihnen und euch um die Sache gehen würde, müsstet ihr sagen, ziehen wir unseren Antrag zurück. Der GR der Stadt Steyr steht zu diesem Projekt. Es ist im Budget auch ein dementsprechender Betrag festgehalten. Zur Beschlussfassung im Einzelnen wird ja eh im kommenden Jahr, wenn er zur Auszahlung kommt, noch einmal beschlossen, dass wir ihn noch einmal im GR oder StS haben. Also, das wäre für mich die vernünftigste Vorgangsweise. Ich werde aber keinen Antrag an die Geschäftsordnung in der Form stellen, sondern es war nur eine Empfehlung. Wenn das nicht so kommt, dann werden wir uns der Stimme enthalten, weil das wirklich nicht ganz nachvollziehbar ist. Aber das Projekt selbst ist auch nicht anderes zu interpretieren, wenn es im Budget drinnen steht, der Finanzreferent ist der Herr Bürgermeister, der das so angeordnet hat, dann wird uns das niemand unterstellen, dass wir das eigentlich nicht wollen haben.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke sehr. Nächster ist Herr StR Roman Eichhübl.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:
Frau Vizebürgermeisterin, werte Herrn Bürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, geschätzte Gäste. Ich habe ja nie einen Hehl daraus gemacht, dass ich zwar teilweise mit Distanz aber doch mit großem Respekt vor all den kulturellen Aktivitäten stehe. Vielleicht wundert sich der eine oder andere, dass ich mich überhaupt zu einem kulturellen Thema heute hier zu Wort melde, weil es ja auch bekannt ist, dass ich all das, was nur im Entferntesten mit Kultur zu tun hat, lieber jenen überlasse, die etwas mehr verstehen als ich. Außerdem gibt es sehr viele selbsternannte Kultursprecherinnen und Kultursprecher auf allen Ebenen ...

Gelächter

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:
... und da wäre ich sicherlich überflüssig dabei. Aber ich muss mich doch zu Wort melden, weil ich mich schon manchmal frage, ob da die richtigen Experten am Werk sind. Das muss ich schon sagen. Ich erinnere daran, wie viele Diskussionen hier in diesem GR, auch heute wieder, gemacht wurden, im Zusammenhang mit kulturellen Dingen, weil offensichtlich man sich im Kulturausschuss über verschiedene Dinge nicht einigen konnte oder kann. Ich darf nur zwei Beispiele nenne. Da hat es im vergangenen StS einen Subventionsantrag gegeben. Wobei ich auch hier sehr deutlich sage, dass es auch durchaus gerechtfertigt war, dass man diesen Subventionsantrag positiv beurteilt hat. Aber der Zweck, meine sehr geehrten Damen und Herren, für den diese Subvention gegeben wurde, hat sicherlich mit Kultur nichts zu tun. Ich werde jetzt sehr bewusst nicht näher auf diesen Antrag eingehen, denn ich möchte in diesem GR in aller Öffentlichkeit keine peinlichen Diskussionen führen. Sie wissen aber was ich meine, meine sehr geehrten Damen und Herren. Dieser Subventionsantrag der positiv beurteilt wurde hat mit Kultur so wenig zu tun wie der berühmte Esel mit dem Klavierspielen.
Ein weiterer Punkt und ein weiteres Beispiel hat ja vorhin mein Fraktionskollegin Reznar angeführt. Da hat es auch einen einstimmigen Beschluss gegeben über Tarifveränderungen beim Alten Theater und beim Stadttheater und dann ist auch dieser Antrag, der für den GR vorbestimmt war, bis zum StS gekommen und wurde dann mehr oder weniger von jener Fraktion, die den Vorsitzenden stellt, wieder zurückgezogen und infrage gestellt.
Meine sehr geehrten Damen und Herren, nun aber zu dem heute in Rede stehenden Antrag. Es ist schon erstaunlich, der Herr Vizebürgermeister Pfeil hat ja bereits darauf hingewiesen, was so ein Vorwahlbesuch eines Kulturstaatssekretärs beim Besuch der Lambergischen Bibliothek für Auswirkungen hat.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Adel verpflichtet.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:
Da kann ich ihnen Recht geben, wird vielleicht auch einer der Hintergründe gewesen sein. Aber es ist wirklich sehr erstaunlich aber andererseits nicht verwunderlich, dass die Frau Kollegin Frech die Gelegenheit genützt hat und sofort einmal das schwarze Schiff geentert hat, das Ruder übernommen hat und der frühere Kapitän, der Herr Mayrhofer, darf noch den Antrag unterschreiben, weil ...

Gelächter

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:
... man ja bekanntlich zwei Unterschriften auf einem Antrag braucht um hier in diesem Gemeinderat oder vor diesem Gemeinderat und vor der Presse ins Gespräch zu kommen. Es ist schon interessant. Es ist wirklich interessant, wenn ich mich an die Diskussionen erinnere, dass es um viele kleine

Beträge gegangen ist, wo man auf Mord und Brand gestritten hat. Da geht es um 13.500,-- Euro. Ich glaube, da war der Eingangsstempel noch gar nicht trocken, war man schon bereit, diese 13.500,-- Euro zur Verfügung zu stellen. Das ist auch eine interessante Vorgangsweise, darf ich hier anmerken. Wie gesagt, an sich ist es ja, und das haben auch meine Vorredner bereits zum Ausdruck gebracht, ein durchaus positiver Antrag, meine sehr geehrten Damen und Herren, aber die Vorgangsweise rundherum ist doch mehr als aufklärungsbedürftig. Ich danke für die Aufmerksamkeit.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich GR Kupfer.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:
Liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Presse, ich möchte beim Bürgermeister Bremm anknüpfen, das ist wirklich Populismus pur. Das ist eine Desavouierung des Kulturausschusses und ist eine Desavouierung des Vorsitzenden des Kulturausschusses. Vielleicht für jene Kolleginnen und Kollegen die nicht im Kulturausschuss drinnen sitzen ganz kurz die formale Geschichte, wie wir diesen Antrag behandelt haben. Wir waren im Kulturausschuss mehrmals mit dieser Thematik befasst und haben mehrmals, wirklich alle Mitglieder, gesagt, dass wir diesen Antrag unterstützen. Wir haben alle gesagt, wir bemühen uns bei den Budgetverhandlungen für das Budget 2003 diese 13.500,-- Euro hineinzureklamieren. Ich kann jetzt nur für meine Fraktion sprechen, für uns war es Auftrag, das zu tun. Ich weiß es auch vom Herrn Dr. Pfeil, dass es eine Forderung von der FPÖ war. Ich bin nur gespannt, ob das auch wirklich eine Forderung der ÖVP und des Liberalen Forums bei den Budgetverhandlungen war, diese 13.500,-- Euro in das Budget hineinzufordern. Denn was hier jetzt passiert ist, dass wir einen Antrag behandeln und wo wir im Kulturausschuss gesagt haben, kein Antrag von irgendjemandem im Gemeinderat sondern verhandeln und versuchen dieses Geld ins Budget hineinzubringen. Wir verlassen mit dieser Vorgangsweise eine Arbeit im Kulturausschuss, die jetzt 1 bis 2 Jahre sehr gut funktioniert hat, wo wir über Projekte gemeinsam diskutiert haben und gemeinsam versucht haben, diese Projekte voranzutreiben. Wenn das die Politik ist wie wir Kulturpolitik in Steyr machen, noch dazu von jener Fraktion die auch den Vorsitzenden im Kulturausschuss stellt, dann verlassen wir einen Weg, den wir sehr gerne mitgegangen sind. Dann kommt noch ein Faktor dazu. Herr Dr. Pfeil ist im Gespräch mit der Frau Dr. Margit Haslinger. Ich habe mir das Projekt mehrmals vor Ort angeschaut und habe mit ihr gesprochen, aber dass der Frau Dr. Haslinger vorgegaukelt wird es muss heute ein Antrag im GR sein, denn sonst bekommt sie nächstes Jahr das Geld nicht, das ist wirklich eine Sauerei. Wir brauchen heute hier diesen Antrag überhaupt nicht um das Projekt nächstes Jahr zu finanzieren. Ich hoffe, dass das die Presse auch so sieht und so dokumentiert, dass sich jene, die sich für das Projekt einsetzen, wirklich versuchen das Geld aufzutreiben und dass jene, die sich nicht dafür einsetzen, von hier einen Antrag vor dem Budgettagesordnungspunkt zu setzen, das wirklich nur aus populistischen Gründen machen.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Herr Lengauer bitte.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:
Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, sehr geehrte Presse. Einen Fehler habe ich gemacht, und das war der, dass ich den Staatssekretär Morak nach Steyr eingeladen habe und gesagt habe, schauen sie sich die Stadt Steyr an, was die Steyrer leisten. Er sagte mir dann, viel Zeit habe ich nicht, welche Projekte möchten sie mir vorstellen. Da habe ich mir dann gedacht, ein Projekt das in Beratung ist wäre interessant und deswegen habe ich das Projekt LiteRaritäten ausgewählt und dann wollte ich einfach, weil ich ein Freund des AKKU's bin, ihm auch zeigen was das AKKU leistet. Das war also der ganz ehrliche Grund, warum die zwei Sachen vom Staatssekretär besucht worden sind. Das einmal für das

1.

Für das 2: Jetzt tu ich mir ein bisschen schwer, weil es einfach nicht mein Stil war und nicht ist. Mein Stadtparteiobmann rügte mich oft und sagte, du bis zu edel. Du müsstest von der Kulturarbeit viel mehr in die Presse hinaus geben, viel mehr erzählen. Ich meinte immer, das ist nicht ganz gut, denn Kulturarbeit soll in gemeinsamer Arbeit geschehen und so haben wir es auch im Kulturausschuss gehalten. Vzbgm. Pfeil sah das ein bisschen anders. Er sagte oft zu mir, sie sind einfältig. Wenn er erregt war in Sachen Kultur und sich über etwas geärgert hat, dann sagte er zu mir, ein bisschen naiv sind sie. Die Frau Kollegin Frech drückte mein Verhalten im Kulturausschuss noch anders aus, sie sagte, na, eigentlich tun sie mir Leid. Nun denn, ich bin nach wie vor überzeugt, dass nur gemeinsames Handeln, ehrlicher Einsatz für die Kultur in der Stadt Steyr Kulturarbeit fördern kann und für die Kulturschaffenden, für die Kulturtreibenden und für die Kulturinteressierten etwas bringen kann. Nun denn, es ist auch ungeheuer schwer in der Stadt Steyr für die Kultur etwas zu tun, denn wir haben sehr oft im Kulturausschuss einstimmige Beschlüsse gefasst und die sind dann hängen geblieben. Deswegen sagte ich bei meiner vorhergehenden Wortmeldung, ich gebe der Frau Reznar in vielen Dingen Recht, denn viel Arbeit im Kulturausschuss ist hängen geblieben, irgendwo, und ist nicht dort hingekommen wo es eigentlich sollte. Ich muss wieder sagen, weil ich es einfach so gewohnt bin, vielleicht lag der Fehler bei mir. Hätte ich alle Beschlüsse an die Fraktionsobmänner, an den Bürgermeister und weiß ich wohin noch schicken müssen. Das habe ich nicht getan, weil ich meinte, politische Aufgabe des Kulturausschusses sei es Beschlüsse für den GR vorzubreiten. Daher habe ich das nicht geschrieben. Aber es ist viel hängen geblieben. Ich weiß es nicht, und kann es nicht sagen, irgendwo gibt es eine geheime Macht, die manches, was im Kulturausschuss überlegt, beraten, einstimmig beraten wird, einfach nicht durchlässt. Ob das nun Formalitäten sind, ob das nun Personen sind, ob das nun weiß ich was ist, ich kann es nicht sagen. Aber irgendwo hat sich was gespießt.
Jetzt komme ich hin zu der ganzen Gesichte der Steyrer LiteRaritäten. Der Kollege Kupfer hat es schon angeführt, dass dieses ganze Projekt ein Projekt ist, das wir ganz vorsichtig und sehr weitschichtig vorbereitet haben. Im März ist das erste Schreiben von Frau Dr. Haslinger an das Kulturamt gekommen. Wir haben dann am 6. Juni das erste Mal im Kulturausschuss ganz offiziell davon gesprochen. Inzwischen war aber mit Frau Dr. Haslinger schon abgesprochen, dass sie, weil mir und uns allen das Projekt sehr wichtig erschien, mit allen zuständigen Politikern aller Fraktionen sprechen sollte. Es war dann auch noch ausgemacht, dass die Frau Dr. Haslinger in alle Fraktionen geht und dort ihr Projekt vorstellt, was auch geschehen ist. Wir haben dann am 6. Juni gesagt, da hat noch ein Fraktionsgespräch gefehlt, wir warten noch mit dem Beschluss, wir setzen es am 10. Oktober auf die Tagesordnung des Kulturausschusses, damit wirklich alle Fraktionen von diesem Projekt gehört haben. Ich erzähle das jetzt auch dazu. Es hat sich nämlich da schon wieder eine kleine Schwierigkeit eingeschlichen. Und zwar dort, denn am Anfang war man immens begeistert von dem Projekt. Man hat dann gemeint, man könnte das Projekt LiteRaritäten, Schlossbibliothek auch mit dem Projekt Archiv miteinander verbinden und dann hat man aber gesehen, dass das nicht passt. Dann war die ganz große Begeisterung für kurze Zeit einmal weg. Dann hat man aber gesehen, dass das ein gut vorbereitetes Projekt ist und die Gespräche wurden geführt. Am 10. Oktober haben wir dann den einstimmigen Beschluss gefasst zu empfehlen, wir empfehlen ja nur, weil wir ja keine Beschlüsse fassen, wir tun ja nur vorbereiten, dass wir dieses Projekt im GR unterstützen sollen und dass im Budget diese vorgesehenen 13.500,-- Euro angesiedet werden. Wir haben dann, als wir die Unterlagen bekommen haben, und ich denke, wir haben keine falschen Unterlagen bekommen, da ist nämlich nichts drinnen. Ich habe dann noch einmal nachgefragt im Kulturamt ...

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:
Vor dem Kulturausschuss haben wir die Unterlagen gehabt.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:
Am 10. Oktober war das, die Unterlagen sind alle vom 17. Oktober. Wir haben dann die nächste Kulturausschusssitzung am 21. November gehabt. Dort haben wir hingewiesen, dass es noch immer nicht drinnen ist, genau wie man ja auch die Bruckner Sängerknaben ausgelassen hat, weil man ja, und das weiß ich nicht und das ist eigentlich das, was mich so maßlos ärgert und was ich jetzt

eigentlich sage, um nicht wieder den Vorwurf zu bekommen naiv, dumm, arm zu sein, denn ich halte es einfach nicht richtig, und ich sage es jetzt, weil es jetzt gesagt gehört, aber ich halte es einfach nicht richtig, ob man das bewusst macht oder nicht, da stellt sich wieder ein Fragezeichen, weil ich es nicht behaupten kann. Ich sage, ich halte es nicht richtig, dass in Budgetvorschlägen gewisse Dinge einfach fehlen, nicht da sind, und zwar wichtige Dinge, die man gar nicht auslassen kann, so z. B. das Jugendtanztheater, so z. B. die LiteRaritäten, so z. B. die Bruckner Sängerknaben, die sind nicht drinnen da in diesen Büchern, in diesen Vorlagen die wir bekommen haben. Ich denke, wir haben ehrliche Vorlagen bekommen. Das sind Dinge, die wichtig sind, die man nicht auslassen kann, aber die ausgelassen sind. Da meine ich nun und da frage ich: „Wurden die bewusst ausgelassen um dann so ein Zuckerl zu haben oder einen zwingenden Grund zu haben, damit man wem zum Zustimmen beim Budget bekommt, weil wir sagen können, das kann nicht passen, das muss man hineingeben?“ Ich kann es mir als Stadt nicht leisten, die Bruckner Sängerknaben auszulassen, die müssen wir hineingeben. Wir tun sie hinein, wenn ihr zustimmt. Ich weiß es nicht, ob man so denkt. Man könnte es fast so annehmen. Ich wage es nicht zu behaupten, ich glaube es nicht einmal, dass man so Kulturpolitik betreibt.

Nun, jetzt geht es mit diesem Antrag weiter. Am 28. November, da hatten wir, StR Mayrhofer und ich, schon ein erstes Gespräch mit dem Herrn Bürgermeister bezüglich das Budget. Dieses Gespräch wurde abgebrochen. Ich habe bei diesem Gespräch schon hingewiesen auf die LiteRaritäten, dass die fehlen. Der Bürgermeister hat das auch so aufgeschrieben. Am 28. November war also nicht klar, wie weit es noch einmal Gespräche mit uns geben wird. Ich habe immer gehofft, es wird welche geben. Da haben wir jetzt gesagt, damit wir ja nicht den Vorwurf bekommen, nicht dass wir diese LiteRaritäten nicht hineinverhandelt haben, wenn wir keine Gesprächsmöglichkeit mehr bekommen, dann machen wir diesen Antrag, dass es wenigstens wo steht.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Das hätte ja wer anderer auch machen können.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:
Ich war nicht da, das war am Donnerstag am Abend, das war die letzte Minute, dass man das einbringen konnte, sonst hätten wir sicher die Frau Reznar gebeten, dass sie das mitunterschreibt.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:
Man kann auch einen Antrag während der Sitzung mit 6 Unterschriften einbringen.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:
Ja, mit einer Dringlichkeit wollten wir nicht, das haben sie voriges Jahr gemacht, auch mit einem einstimmigen Kulturausschussbeschluss, den haben sie noch geschwind mit einer Dringlichkeit eingebracht. Sie haben das ja auch schon einmal gemacht und haben das sehr ordentlich, sehr edel, sehr fein und sehr politisch verantwortlich begründet. Wenn wir es machen, dann sind wir Gauner, aber das macht ja nichts.

Unverständlicher Zwischenruf von GR Apfelthaler.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:
Nein, mir ist das egal, was sie mir sagen, weil ich nach wie vor der Meinung bin, für die Kultur gehört sich eingesetzt, für die Kultur gehört gearbeitet. Wenn es wo gefährlich wird, dann muss man auch etwas tun. Das habe ich inzwischen gelernt aus den Vorwürfen von all den Damen und Herren, die es vielleicht nicht ganz so edel mit mir meinen aber mit der Kultur. Deswegen habe ich mich jetzt auch zu Wort gemeldet, weil ich einfach meine, so wie wir jetzt über diesen Antrag geredet haben, das war nicht kulturförderlich. Ich bin auch ein wenig in Schwung gekommen. Mein Prinzip wäre einfach das, Kultur leben und Kunst fördern. Ich bin jetzt auch ein wenig in Schwung gekommen, weil es einfach notwendig ist, dass man manche Dinge auch einmal ein bisschen dezidierter und klarer sagt. Bitte, fassen sie das jetzt wirklich so auf, wie wir es gemeint haben. Wir wollen keine Demagogie. Das lehne ich in allen Linien ab. Da sperre ich mich dagegen. Aber wenn

es um Dinge geht wo man fürchten muss, obwohl es einen einstimmigen Beschluss im Kulturausschuss gibt, dass er irgendwo dann doch nicht kommt und am 28. November war er nicht da, daher habe ich gesagt, jawohl schreibt das und macht es. Bitte, gebt die LiteRaritäten hinein, alle miteinander, das ist so wichtig. Ich denke, dass man inzwischen auch draufgekommen ist, dass die Bruckner Sängerknaben wichtig sind und ins Budget hineingekommen sind. Ich denke, dass man vielleicht auch noch weiß, dass diese Tanzveranstaltung der Jugend auch wichtig ist. Ob das hineingekommen ist, weiß ich noch nicht. Ich denke auch, um etwas Unkulturelles zu sagen, dass der Sozialplan wichtig ist. Da habe ich auch sehen müssen, der ist nicht drinnen gewesen. Aber ich denke, der steht auch jetzt drinnen. Ich bitte also, die wichtigen Dinge ins Budget hineinzunehmen. Das war überhaupt nicht demagogisch gedacht, das steht überhaupt in keiner Verbindung mit dem Morak-Besuch, sondern das ist einfach eine ganz ehrliche Sorge gewesen. Ich danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Dr. Pfeil.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Jetzt glaube ich lassen wir den Dir. Lengauer etwas zur Ruhe kommen, damit er Nachmittag noch die Budgetsitzung aushält. Ich habe einige Befürchtungen.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:
Nein, bei solchen Sachen bekommt man keinen Herzinfarkt, wenn man es heraussagt, nur wenn man es hinunter schluckt.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Sie haben einen sehr hohen Puls von der Weite her angezeigt. Aber eines ist mir bei ihrer Rede zu Beginn klar geworden, dass sie sich offensichtlich ihren Aufgaben und Verpflichtungen nicht bewusst sind. Und zwar ist der Ausschussvorsitzende verpflichtet, auch die Beschlüsse weiter zu geben und auch dafür zu sorgen, dass sie bei der Umsetzung kontrolliert werden. Das ist nur ein Beispiel dafür. Wenn sie jetzt sagen, sie haben eh geglaubt, dass es innerhalb der Fraktionen weitergegeben wird und irgendwer wird das schon ins Budget hineinreklamieren, da gehört schon eine Begleitung her vom Ausschussvorsitzenden und auch vom Kulturreferenten. Das ist so in unserem Statut vorgesehen. Da gibt es viele Beschlüsse, ich wollte es auch erst heute beim Budget sagen, die Kultur ist ja wirklich sprachlos geworden. Es gibt einen Beschluss im GR und es gibt einen Beschluss im Kulturausschuss. Nur ein Beispiel von mehreren, der Goldbacherpreis. Es sitzt unter uns einer, der den Goldbacherpreis einmal bekommen hat. Es gibt einen gültigen Gemeinderatsbeschluss, dass dieser Preis, dieser Literaturpreis, periodisch vergeben wird. Es gibt einen gültigen Kulturausschussbeschluss, der das noch einmal bekräftigt und sagt, wir akzeptieren, dass er einmal aus finanziellen Gründen 1995 ausgefallen ist, aber dass er wieder eingeführt wird. Ich vermisse hier den Einsatz dafür. Sie sind mitverantwortlich für die Umsetzung der Beschlüsse. Was glauben sie denn, wenn ich nicht vom Verkehrsausschuss als Ausschussvorsitzender die Empfehlungen weiter gebe an die Bauabteilung, an dort und da, wer soll denn das dann tun. Warten sie auf irgendeine Eingebung, dass dann irgendwer einmal mit einem Antrag kommt, der wirklich - Herr Dir. Lengauer, ich habe mir eigentlich erwartet, dass sie herkommen, dass sie jetzt sagen, sie haben Zeit gehabt, 28. November bis heute, das sind doch einige Tage, 14 Tage, sie haben Zeit gehabt, sie schauen sich den Antrag an und sagen, eigentlich ist er ein Schmarren wie wir in formuliert haben. Wir ändern ihn um, weil so kann man ihn ja gar nicht beschließen, formal. Und dass sie ihre Redezeit benutzt hätten, das hätte ich mir vorgestellt, dass sie jetzt das umformulieren, einen Abänderungsantrag einbringen. Das haben sie nicht getan. In dieser Form ist er nicht beschlussfähig und wir werden uns der Stimme enthalten obwohl wir natürlich für dieses Projekt sind. Das ist überhaupt keine Frage, in der Sache sind wir uns ja einig, aber bringen sie es nicht so tollpatschig vor.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke schön. Als Nächster zur Wort gemeldet hat sich Herr StR Mayrhofer.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Ja, geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren, auf gewisse Dinge meiner Vorredner möchte ich nicht eingehen. D. h., die Kompetenz z. B. zu beurteilen ob ich Kunst unterstütze ja oder nein, die spreche ich dem Dr. Pfeil mit Sicherheit ab. Dass er wieder einmal keine Einladung bekommen hat, das tut natürlich weh. Er gehört natürlich mit Sicherheit wirklich nicht zu meinen bevorzugten Gesprächspartnern. Ich möchte aber zum Kollegen Kupfer ganz klar eines sagen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Schön langsam wird es unangenehme Herr Mayrhofer.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Herr Kollege Kupfer, wo wenn nicht hier soll ein Antrag gestellt werden um Aufnahme eines Projektes was vom Kulturausschuss einstimmig befürwortet wurde und im Budget nicht berücksichtigt ist?

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:
Darum haben wir gesagt, wir behandeln ...

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Herr Kollege Kupfer, sie können sich dann anschließend noch einmal zu Wort melden. Eines ist ganz klar, wir haben wieder, wie jedes Jahr, obwohl wir uns dagegen verwehrt haben, einen Budgetvoranschlag bekommen, der nicht abgestimmt wurde auch mit dem zuständigen Referenten. Es sind wieder, wie es der Kollege Lengauer schon ausgeführt hat, wichtige Projekte einfach nicht drinnen, nach dem Motto, das lassen wir uns abkaufen für eine Zustimmung bei den Budgetverhandlungen. Wir sind nicht bereit bitte schön, diesen Weg weiter mitzugehen. Ich akzeptiere nicht, dass ein vernünftiges, wirklich ein vernünftiges Projekt, dass es nicht erlaubt sein soll, den im Rahmen eines normalen Gemeinderates einzubringen. Sie können die Zustimmung für dieses Projekt selbstverständlich entweder mit einer Zustimmung zu diesem Antrag dokumentieren, einer Ablehnung oder auch, wie angesprochen, mit einer Stimmenthaltung. Das bleibt ihnen unbestritten. Nur den Vorwurf zu machen und auch noch zu sagen es ist im Budget drinnen, bis zur jetzigen Minute habe ich keine Kenntnisnahme, dass etwas anderes drinnen ist als im Budgetvoranschlag drinnen steht. Also sehen wir das als unser legitimes Recht, fehlende Dinge sehr wohl über den GR, der auch von den Statuten her der richtige Ort dafür ist, einzubringen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr GR Hauser.

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:
Geschätzter Herr Bürgermeister, geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, geschätzte Presse. Ich bin Kulturkonsument und ich freue mich darüber was passiert und ich freue mich auch darüber wenn alle möglichen Dinge hier vorangetrieben werden. Ich glaube auch, dass die Kulturpolitik so schlecht nicht ist wie sie da manchmal beschrieben wird. Aber wogegen ich mich schon verwehre ist, dass ich mich da fühle wie in einer Schulklasse und das möchte ich hier zum Ausdruck bringen. Denn, liebe Frau Kollegin Frech, sollten sie es nicht bemerkt haben, sie sind im Gemeinderat und nicht in einer HAK-Klasse wo sie die Chefin sind und uns sagen ob wir etwas sagen dürfen oder nicht oder ob sie uns was vorlesen müssen oder nicht, weil wir zu dumm sind einen Antrag zu lesen. Das möchte ich hier ganz klar festhalten. Wenn sie auch nicht wissen wie politische Arbeit passiert und wenn es für sie ein Unding ist, dass ein Budget auch politisch verhandelt wird, dann sind sie die letzten 5 Jahre umsonst da gewesen, aus meiner Sicht. Budgets werden nämlich politisch verhandelt. das ist so. Aus meiner Sicht ist es halt so, dass auf der einen Seite gewisse Dinge festgeschrieben sind die von den Beamten, von den Referenten und sonst

wem eingebracht werden, dann wird das erste Verhandlungspaket abgeführt, dass man sagt wie viel Geld hat man und dann gibt es halt ein Papier und dann beginnen die Verhandlungen. Nur weil man halt in Verhandlungen nicht eingebunden wird, aus allen möglichen Gründen, weil man nicht will oder weil man sozusagen eh nichts einzubringen hat, das kann ich dann nicht beurteilen und das will ich auch nicht beurteilen. Es geht mir nur darum, dass halt ein Budget letztlich auch politisch verhandelt wird und das ist so. Da brauchen wir nicht so tun als wenn wir heute gerade den Aha-Effekt erlebt hätten, dass das, das erste Mal in Steyr passiert ist.
Lieber Herr StR Mayrhofer. Wir können über viele Verhandlungspraktiken reden, aber wenn sie mir erzählen, dass die ÖVP im Bund eine Regierung bilden will und nicht verhandeln wird auf Teufel komm raus, dass es ihnen einerseits so billig als möglich kommt und sie ihre Interessen umsetzen und auf der anderen Seite dem anderen halt nur das zugestanden wird was unbedingt sein muss, dann wäre er ein schlechter Bundeskanzler. Das behaupten sie aber alle, dass das nicht so sei. Daher wird er versuchen, gut zu verhandeln und genauso ist es auch in einer Kommune. Aus diesem Grunde denke ich mir, dass politische Verhandlungen für ein Budget das Normalste auf der Welt ist und der, der es bis heute noch nicht begriffen hat, vielleicht lernt er es heute.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. Als Nächster hat sich Herr GR Lengauer zu Wort gemeldet.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:
Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren, ich muss mich einfach noch einmal melden. Und zwar hätte ich vier Dinge zu sagen. 1. Zu der Einladung, zum Morak-Besuch. Herr Vzbgm. Pfeil sie müssen eine Einladung bekommen haben, weil alle Kulturausschussmitglieder von mir eingeladen wurde.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Ich habe gesagt, ich persönlich habe wissentlich keine bekommen. Möglicherweise haben alle eine bekommen, vielleicht ist sie verloren gegangen.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:
Es sind alle persönlich angeschrieben worden. Aber bitte, dann so sagen, dass ich es weiß und nicht sagen, ich habe keine bekommen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Können wir uns darauf einigen, dass ich sie bekommen habe, aber bei mir ist sie nicht angekommen.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:
Ich glaube es gibt kein Kulturausschussmitglied, dass die Einladung nicht bekommen hat. 5 Mitglieder des Kulturausschusses haben sich entschuldigt, dass sie nicht kommen können.
Gut. 2. Goldbacherpreis. Am Goldbacherpreis arbeiten wir im Kulturausschuss und da haben wir im Kulturausschuss beschlossen, dass wir Neuerungen machen, weil man da und dort bezweifelt hat, ob das noch in die richtige Richtung geht. Wir haben dann alle Fraktionen um Stellungnahmen ersucht. Wir haben fast alle Fraktionen bekommen. Es ist dann irgendwo in der Freiheitlichen Fraktion auch nicht angekommen. Wir haben uns dann miteinander kurzgeschlossen und die Frau Reznar hat mir dann die Stellungnahme gemailt. Wir haben also alle Stellungnahmen beisammen. Jetzt arbeitet das Amt einen sinnvollen Vorschlag für die Vergabe aus. Ich habe es auch gesehen, dass er im Budget nicht drinnen steht, das habe ich auch festgestellt. Aber wie gesagt, da bin ich dahinter. Nur kann ich die Vorschläge nicht zusammenarbeiten, weil das einfach nicht meine Kompetenz ist und auch nicht meine Aufgabe.
Das 3. Natürlich gibt es politische Verhandlungen, ist eh klar, aber es ist halt immer die Frage, worüber man politisch verhandelt und was man dann im Budget ein bisschen auslässt. Aber gut.
Das 4. Herr Dr. Pfeil, da möchte ich sie anreden und sagen, bei ihrer Wortmeldung wo sie mir vorgehalten haben, dass ich halt nicht der richtige Vorsitzende bin oder dass ich da schwach wäre.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das habe ich nicht gesagt. Ich habe gesagt, die Aufgaben nehmen sie nicht ernst.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:
Ja genau, die Aufgaben nehme ich nicht ernst. Herr Dr. Pfeil, es wundert mich, dass sie mir das sagen. Eigentlich müssten sie sich noch erinnern können wie es ihnen ergangen ist, wie sie Verantwortlicher für die Kulturarbeit waren und wie sie Stadtrat waren für die Kulturarbeit, wie es ihnen da gegangen ist von den Informationen her. Was haben wir da alles gearbeitet im Kulturausschuss und wie ist das weiter gegangen. Und sie haben gearbeitet und alles getan, dass etwas weiter geht. Das mache ich auch. Es ist halt vieles nicht gegangen, weil es nicht sein hat dürfen. Darum wundert es mich, dass sie mir vorhalten, dass ich das nicht richtig mache. Aber ansonsten, noch einmal. Das Wichtigste ist, dass diese LiteRaritäten im Budget drinnen sind, die Bruckner Sängerknaben wieder drinnen sind. Alles andere, würde ich sagen, schauen wir, dass wir die Kulturarbeit so tragen wie wir es im Kulturausschuss tragen, wo wir wirklich da und dort uns vehement in der Diskussion hineinsteigern, aber wirklich sinnvoll miteinander arbeiten und wirklich jegliches Parteidenken hintanstellen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Kollege Kupfer.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:
Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe den Eindruck, dass manche Gemeinderäte und Mitglieder des Stadtsenates in den letzten 5 Jahren scheinbar in diesem Gremium nicht vertreten waren. Denn wie wir Budgets beschließen und wie wir Budgets verhandeln, das wissen wir glaube ich alle seit 5 Jahren. Wir wissen, dass es einen Vorschlag vom Referenten gibt und wir wissen, dass dann der Finanzverantwortliche der Stadt seine Kürzungen vornimmt und diese Kürzungen aus einem Grund vornimmt, um einen ausgeglichenen Haushalt zustande zu bringen. Es ist jedes Jahr Gepflogenheit gewesen, dass es anschließend politische Diskussionen und Verhandlungen gibt und es macht auch Sinn. Ich glaube, dass es viele Punkte in diesem Budget, in diesem Voranschlag, der uns im Oktober zugegangen ist, gibt, wo wir durchgeschaut haben und gesagt haben, da wollen wir Änderungen. Das verstehe ich auch nicht. Aber genau deshalb führen wir auch alle Verhandlungen, ich hoffe zumindest, die meisten auch ernsthaft. Ob die ÖVP und das Liberale Forum diese Verhandlungen ernsthaft geführt haben, das kann ich nicht beurteilen. Ich hoffe, sie haben es gemacht.

Zum Kulturausschuss: Herr Dir. Lengauer, was ich ihnen vorwerfe ist, sie verlassen einen Grundkonsens, den wir getroffen haben. Einen Grundkonsens, ich gebe zu, nach Anträgen die die Grünen vor zwei, drei Jahren eingebracht haben, wo es um das AKKU und das Röd@ gegangen ist, und wir gesagt haben, okay, das war vielleicht notwendig und wir dann sehr intensiv im Kulturausschuss darüber gesprochen haben ob das die richtige Vorgangsweise ist und wir dann einen Grundkonsens im Kulturausschuss beschlossen haben, wir diskutieren gemeinsam, wir machen das nicht über Anträge im Gemeinderat und diesen Grundkonsens verlassen sie somit. Sie können jetzt noch so die Kurve kratzen und versuchen diese Kurve zu kratzen und sie haben auch sehr eindeutig gesagt, warum sie das machen müssen. Ihr Stadtparteiobmann hat ihnen gesagt, da sind keine Konturen spürbar. Man liest in der Presse nichts von ihnen. Wenn das sozusagen ihre neue kulturpolitische Linie ist, dann nehme ich das zur Kenntnis. Unsere ist es nicht und wir hoffen, dass wir die Kulturarbeit so weiter führen können, wie wir es in den letzten Jahren gepflogen haben. Es war eine gute Arbeit, wir sind alle nicht glücklich, dass das Budget so gering ist, aber wir kämpfen darum, dass es höher wird. Aber sie verlassen diesen Weg.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. Frau GR Frech.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste. Wenn man sich diese Diskussion anhört, dann muss ich ihnen ehrlich sagen, wundert es mich nicht, dass viele Menschen

eine gewisse Aversion gegenüber Politik oder Politikern haben. Wenn es nicht einmal mehr möglich ist in einem GR einen Antrag einzubringen, indem man sich bemüht Parteipolitik völlig herauszuhalten ...

Gelächter

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Es ist schon sehr interessant lieber Kollege Kupfer und lieber Kollege Apfelthaler, ich kann mich erinnern, in den letzten 5 Jahren gab es öfters Anträge von ihnen, da bin ich nie gefragt worden ob ich da unterschreiben möchte. Da ist oben gestanden: Antrag der GAL-Fraktion. Das war für euch überhaupt kein Thema. Ich bin nie gefragt worden, ob ich bei einem Antrag mitgehen möchte, im Vorfeld. Ich wäre vielleicht mitgegangen, aber ich wusste vorher gar nichts. Ihr habt einige Anträge eingebracht. Es ist ja auch nichts dagegen einzuwenden. In diesem Fall hat sich jemand bemüht, ihn parteipolitisch nicht einzubringen. Nicht ÖVP draufzuschreiben, nicht Liberales Forum draufzuschreiben, gar nichts, sondern nur die grundformalen Voraussetzungen zu schaffen, und das ist eben, dass zwei Mandatare unterschreiben. Meine Damen und Herren, ich hätte auch gerne alle Mitglieder des Kulturausschusses unterschreiben lassen, wenn dafür noch genügend Zeit gewesen wäre. Das können sie mir glauben oder nicht, aber das ist so. Ich habe mir mit diesem Antrag sehr, sehr lange Zeit gelassen. Ursprünglich habe ich mir bereits gedacht, nach der ersten Kulturausschusssitzung wo ich gemerkt habe wir wollen das alle und es ist wieder nicht im Budget vorgesehen, habe ich mir gedacht, gehört das eigentlich in den Gemeinderat. Ich habe mir dann gedacht nein, genau aus diesem Grund, dass wir ja in der Öffentlichkeit nicht über unsere Kulturpolitik eigentlich diskutieren und weil wir immer den Konsens suchen, tu ich das nicht. Ich habe dann aber gemerkt, dass die Wahrscheinlichkeit, dass diese LiteRaritäten ins Budget kommen, nicht unbedingt hoch ist. Das war für mich als Mandatar einfach die einzige Möglichkeit das hier und heute zur Sprache zu bringen um sicher zu stellen, dass es zumindest behandelt wird, in der Hoffnung, dass alle mitgehen, weil ja alle im Kulturausschuss und alle Fraktionen gesagt haben wir wollen das. Dass man dann aber solche Wortmeldungen bekommt, wo man sich im Endeffekt, und ich bin normalerweise vorsichtig mit solchen Ausdrücken und in der Schule würde ich den nicht verwenden, verarscht fühlt, wo es Untergriffe gibt. Ich will gar nicht auf einzelne Kollegen eingehen, aber wenn mir jemand vorwirft, der Antrag wäre nicht so toll wie er formal sein sollte, wenn ich mir anschaue, was ich da von Kollegen schon gelesen habe, an Fallfehlern, Rechtschreibfehlern, wo kein gerader Satz war und ich bin trotzdem mit dem Antrag mitgegangen und habe mich nicht heraußen hingestellt und habe versucht den irgendwo lächerlich zu machen. Und wenn ich mir von manchen Kollegen vorwerfen lassen muss, dass ich in der Schule unterrichte, Herr Kollege Hauser, mir ist sehr wohl bewusst, dass ich hier nicht in der Schule bin, weil in unserer Schule herrscht ein anderer Gesprächston und eine andere Kultur und darüber bin ich sehr froh. Ich bin mir leider sehr bewusst, dass ich hier im GR bin. Kollege Hauser, sie sind beim Bundesheer und nehmen sie zur Kenntnis, dass ich trotzdem nicht
Habtacht stehe da herinnen.

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:
Das hat keiner verlangt.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Es ist aber echt insofern ziemlich entlarvend und ich habe mir diese Diskussion jetzt da eigentlich nicht so als Gemeinderat da herinnen angehört, sondern als jemand, der das einfach so mitverfolgt, der vielleicht da ganz hinten sitzt und auch den Mund nicht aufmachen darf als einfacher Bürger. Mich würde es eigentlich schaudern, muss ich ihnen ehrlich sagen. Ich glaube nicht, dass das eine Motivation für jemanden wäre in die Politik zu gehen, wenn er merkt, egal was man da herinnen macht, man wird niedergemacht, es gibt Untergriffe die oft sehr, sehr tief gehen, es wird einem Dummheit vorgeworfen, Unfähigkeit und Sonstiges, im Regelfall sogar ohne Grundlage. Ich weiß nicht, ob man damit gerade der Kultur einen besonderen Gefallen tut. Hier irgendjemandem Populismus vorzuwerfen ist wirklich der völlig falsche Weg. Jemand, der ohnedies sehr unverdächtig ist, ist sicherlich der Vorsitzende des Kulturausschusses. Aber auch an seinen

Emotionen denke ich mir, hat man einfach gemerkt, dass ihm dieses Thema wichtig ist. Aber anscheinend ist es notwendig ständig immer nur partpolitisches Hickhack zu pflegen und das muss im Vordergrund stehen. Ich muss ihnen ehrlich sagen, ich schäme mich dafür.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. Herr GR Gabath.

GEMEINDERAT WALTER GABATH:
Geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates, geschätzte Presse. Ich will nur ganz kurz ein, zwei Sätze anfügen. Wir reden über Kultur. Wie der Willi Hauser gesagt hat, ich bin auch eher Konsument, aber ich glaube aufgrund meiner Erfahrung aus dem Beruf kann ich sagen, ich habe Erfahrung im Umgang mit Menschen. Ich würde jetzt gerne eine Anregung anbringen. Pflegen wir Kultur. Aber nicht nur die Kultur über die wir jetzt diskutiert haben, sondern die Kultur des Miteinander. Auch hier im Gemeinderat. Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. Das war die letzte Wortmeldung. Schlusswort.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:
Es ist schon so viel gesagt worden, dass ich da eigentlich nicht mehr lange herumreden möchte. Eines darf ich schon anmerken. Herauszugehen und ein grünes Buch zu heben und zu sagen, das ist der Voranschlag der Stadt Steyr, das ist ein bisschen zu wenig. Dazu gehört auch ein Amtsbericht. Im Amtsbericht steht eindeutig und klar drinnen: „Der vorliegende Entwurf des Voranschlages..." Ich glaube, jeder weiß was Entwurf heißt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Okay. Danke schön. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. 8 (7 ÖVP und 1 LIF). Wer ist dagegen? Niemand. Stimmenthaltung? SPÖ, FPÖ, GAL. Damit ist der Antrag abgelehnt.
Ich schlage jetzt eine Pause bis 14.15 Uhr vor. Dann setzen wir die Sitzung wieder fort. Mahlzeit.

PAUSE VON 12.20 UHR bis 14.20 UHR

GR Dr. Wetzl kommt um 14.20 Uhr in die Sitzung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Ich bitte sie Platz zu nehmen, wir kommen zum Finale der heutigen Budgetgemeinderatssitzung und ich gebe aus diesem Anlass meinen Vorsitz an meine Kollegin Friederike Mach ab. Wir haben aber zuerst noch einen Dringlichkeitsantrag der ÖVP gemeinsam mit der Frau Michaela Frech.
Dringlichkeitsantrag

gemäß § 7 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Steyr

Das Land OÖ trägt zu zwei Drittel die Kosten von gemieteten Entfeuchtungsgeräten, wobei es dabei kein Limit gibt. Die Kosten von gekauften Entfeuchtungsgeräten werden zur Hälfte übernommen. Die Kosten für den Energieverbrauch werden in beiden Fällen zu zwei Drittel übernommen.
Die Stadt Steyr hingegen trägt derzeit nur bis zu einer Maximalhöhe von 200,-- Euro zu den Kosten der Entfeuchtung bei.
In der Praxis hat sich herausgestellt, dass die Entfeuchtungsgeräte, die seit August 2002 im Einsatz sind, zum Teil noch immer laufen bzw. auch in der nächsten Zeit benötigt werden. Pro Gerät und Tag entstehen den Hochwasseropfern Kosten in Höhe von 10,-- bis 15,-- Euro, wobei im Regelfall mehrere Geräte im Einsatz sind. Die Kosten der Entfeuchtung stellen für viele Hochwasseropfer eine extreme finanzielle Belastung dar.

Der Gemeinderat möge daher beschließen:

Die Limitierung des Zuschusses auf 200,-- Euro bei gemieteten Entfeuchtungsgeräten wird hiermit aufgehoben, die Stadt Steyr trägt jenes Drittel der Kosten für die Entfeuchtungsgeräte bzw. den zusätzlichen Energiebedarf, das nach Abzug der Landesförderung übrig bleibt bzw. die Hälfte der Kosten gekaufter Entfeuchtungsgeräte.

Das ist ein Dringlichkeitsantrag und wir müssen natürlich zuerst über die Dringlichkeit abstimmen. Wer diesem Antrag die Dringlichkeit zubilligt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Einstimmige Annahme. Damit ist dem Antrag die Dringlichkeit zugesprochen. So, jetzt geht es um die Behandlung des Punktes. Der Dringlichkeitsantrag wird üblicherweise am Ende behandelt. Sind sie damit einverstanden? Gut. Gibt es dazu noch Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Damit übergebe ich den Vorsitz an meine Kollegin Friederike Mach.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke, ich übernehme den Vorsitz und ersuche den Bürgermeister um seine Berichte.

BE: BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Bei meinem ersten Antrag geht es um den Ankauf eines Fahrgestells für ein Schweres-Rüstfahrzeug für die Freiw. Feuerwehr Steyr. Es geht dabei um eine Summe von 181.920,-- Euro. Ich bitte um Zustimmung zu diesem Antrag.

15) FW-26/02 Ankauf eines Fahrgestells für ein Schweres-Rüstfahrzeug für die Freiwillige Feuerwehr Steyr.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 25. 11. 2002 wird dem Ankauf eines Fahrgestells für die Freiw. Feuerwehr Steyr, zum Preis von Euro 181.920,-- inkl. USt. zugestimmt.

Zum genannten Zweck werden im Rechnungsjahr 2002 Mittel im Ausmaß von Euro 181.900,-- (einhunderteinundachtzigtausendneunhundert) bei der VA-Stelle 5/163000/040000 freigegeben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke, sie haben den Antrag gehört. Wünscht dazu jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer mit dem Antrag einverstanden ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Stimmenthaltung? Danke, einstimmige Annahme.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Bei meinem zweiten Antrag geht es um eine Flächenwidmungsplanänderung. Und zwar um die Flächenwidmungsplanänderung Nr. 106, LKH Steyr. Aufgrund der erforderlichen Erweiterungsmaßnahmen beim LKH Steyr ist die Umwidmung von derzeit als Wohngebiet genutzten und westlich an das LKH anschließenden Wohngebietsfläche in sogenanntes Sondergebiet LKH Steyr erforderlich. Da gegenständliche Flächenwidmungsplanänderung Nr. 106 entsprechend der Stellungnahme der Fachabteilung für Stadtentwicklung und Stadtplanung den Planungszielen der Stadt Steyr nicht widerspricht und es sind auch keine Interessen Dritter verletzt worden, bitte ich daher um Zustimmung zu diesem Antrag.

16) BauGru-7/02 Flächenwidmungsplanänderung Nr. 106; „LKH Steyr“.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Gegenständliche Flächenwidmungsplanänderung Nr. 106 wird entsprechend den Plänen der FA

Stadtentwicklung und Stadtplanung des Magistrates der Stadt Steyr vom 23. Jänner 2002 sowie nach Maßgabe des Amtsberichtes der FA Baurechtsangelegenheiten vom 8. November 2002, gemäß §§ 33 und 36 des OÖ. Raumordnungsgesetzes, LGBl. Nr. 114/1993 idgF., beschlossen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung. Das ist nicht der Fall. Ist jemand dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? Auch hier, einstimmige Annahme.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Ich komme zum dritten Antrag, da geht es um die Neuorganisation des Fachhochschulträgervereines; Umwandlung der Fachhochschulen OÖ Holding GmbH in die Fachhochschulen OÖ. Management GmbH; Übernahme eines Gesellschaftsanteiles durch die Stadt Steyr. Bisher waren die Fachhochschulen in OÖ in Form eines Vereines mit der Bezeichnung Trägerverein zur Vorbereitung der Errichtung und Erhaltung von Fachhochschulen in OÖ organisiert. In Zukunft wird eine GmbH gegründet um eine entsprechend effektive Organisation zu gewährleisten. Ich verlese den Antrag.

17) Ges-33/02 Neuorganisation des Fachhochschulträgervereines; Umwandlung der Fachhochschulen OÖ Holding GmbH in die Fachhochschulen
OÖ. Management GmbH; Übernahme eines Gesellschaftsanteiles durch die Stadt Steyr.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Privatrechtsangelegenheiten vom 2. Dezember 2002 wird dem Beitritt der Stadt Steyr zur Fachhochschulen PL Management GmbH durch Übernahme eines Teiles des Stammkapitals in Höhe von Euro 175,-- entsprechend dem beigeschlossenen Gesellschaftsvertrag zugestimmt.
Zu diesem Zweck hat die Stadt gemeinsam mit dem Land OÖ, den Städten Linz und Wels sowie der Marktgemeinde Hagenberg den in der Beilage beigeschlossenen Abtretungsvertrag über die Gesellschaftsanteile des Trägervereines zur Vorbereitung der Errichtung, Erhaltung und des Betriebs von Fachhochschul-Studiengängen in OÖ abzuschließen, mit welchem die Stadt vom Verein Gesellschaftsanteile in Höhe von Euro 175,-- an der Fachhochschulen OÖ Holding GmbH erwirbt. (Beilagen)

Ich bitte um Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung. Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Stimmenthaltung? Auch hier, einstimmige Annahme. Danke. Ich darf nun den Bürgermeister und Finanzreferenten um seine Budgetrede bitte.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Geschätzte Mitglieder des Gemeinderates, verehrte Gäste, geschätzte Vertreter der Medien!

Als Finanzreferent komme ich heute gerne meinen Verpflichtungen nach und präsentiere ihnen den Voranschlag für das Jahr 2003. „Das Erstellen eines Budgets ist die Kunst, Enttäuschungen gleichmäßig zu verteilen“, hat ein amerikanischer Regierungsbeamter vor kurzem gesagt. Nun ich hoffe, dass hier im Saal nicht die Enttäuschung überwiegt, sondern die Zufriedenheit mit einem ausgewogenen, vernünftig zusammengestellten Zahlenwerk für das Jahr 2003.
Bevor wir uns aber mit der Zukunft beschäftigen, möchte ich noch einen kurzen Blick auf das zu Ende gehende Jahr werfen. Der ordentliche Haushalt weist jetzt kurz vor Ende des Jahres eine Abgang von 213.800,-- Euro auf. Der Schuldenstand beträgt 50,29 Millionen. Rücklagen haben wir zum aktuellen Datum 7,126 Millionen Euro.
Diese Zahlen, meine Damen und Herren, sprechen für sich. Der Nachtragsvoranschlag 2002 zeigt einmal mehr, dass wir nicht nur seriös budgetieren, sondern vor allem auch im Budget-Vollzug eine

sehr konsequente Linie verfolgen. Im Übrigen erfüllt die Stadt mit diesen Zahlen selbstverständlich wieder die Maastricht-Kriterien.
Das jetzt zu Ende gehende Jahr 2002 war sehr turbulent, meine Damen und Herren, wichtige Vorhaben wurden auf die Schienen gebracht. Dazu kam noch die Hochwasser-Katastrophe vom August, die sich natürlich auch auf die Finanzsituation der Stadt ausgewirkt hat.
Ich möchte nur kurz auf die meiner Ansicht nach bedeutendsten Projekte eingehen: die Bezirkssport- und -kulturhalle und das Seniorenzentrum im Münichholz sind die wesentlichsten Projekte.
Sehr gute Nachrichten gibt es, was den Bau der Sporthalle betrifft. Die Dachgleiche ist bereits erreicht und wir werden wahrscheinlich diese demnächst feiern können und wir beginnen demnächst schon mit dem Innenausbau. Ab September 2003 wird es mit dem Sport in der neuen Bezirksporthalle losgehen. Ich garantiere, dass sich unter unserem Sportreferenten Gerhard Bremm der Baufortschritt weiterhin zügig gestalten wird und dass wir auch innerhalb des vorgegebenen Kostenrahmens bleiben werden. Ich bin überzeugt, dass dieses Projekt sowohl für die aktiven Sportler, für Funktionäre als auch für die sportbegeisterten Besucher einen Quantensprung bedeutet, was die Qualität von Wettkämpfen und auch Trainingsabläufen betrifft.
Noch ein paar Sätze zum Seniorenzentrum Münichholz. Steyr braucht dieses Seniorenzentrum mit 120 Betten ganz dringend. Denn die Altersstruktur der Bevölkerung ändert sich dramatisch. Im Jahr 2010 wird sich die Zahl der Menschen, die gepflegt werden müssen, im Vergleich zum jetzigen Zeitpunkt um 35 Prozent erhöhen, im Jahr 2030 werden es um 75 Prozent mehr sein. Im Alten- und Pflegeheim Münichholz wird unter anderem auch die Basis für die mobile Hauskrankenpflege eingerichtet. Dieses Konzept ist zukunftsweisend und optimal dem Sicherheitsbedürfnis der älteren Generation angepasst.
So werden in unmittelbarer Nähe des APM Baumaßnahmen umgesetzt, um die Dienstleistungen Betreubares Wohnen, Mobile Dienste, Tages- und Stationäre Pflege anzubieten.
Zusätzlich wird eine der modernsten Großküchen Österreichs errichtet, die neben den genannten Einrichtungen auch das Alten- und Pflegeheim Tabor, die Kindergärten und Essen auf Rädern mit Mahlzeiten versorgen wird.

Nach diesem kurzen Überblick, meine Damen und Herren, möchte ich nun auf die Zukunftsperspektiven der Stadt überleiten und den Voranschlag für das Jahr 2003, den zweiten in der neuen Europa-Währung Euro, in den Mittelpunkt rücken.
Ich kann ohne Übertreibung und ruhigen Gewissens feststellen: der Budgetentwurf für das Jahr 2003 ist in seiner Gesamtheit wieder so gestaltet, dass auch im kommenden Jahr die Kontinuität gewahrt bleibt. Das bedeutet unter anderem, dass wir sämtliche im Laufen befindliche Projekte finanziell bedecken können und dass wir die Mittel bereitstellen können, die notwendig sind, um die für die Stadt dringend notwendigen Großprojekte baureif zu machen.
Ich will sie, meine Damen und Herren, nicht lange mit Zahlen behelligen, darum möchte ich nur einige Eckdaten des Voranschlages 2003 präsentieren.

Für dieses Zahlenwerk ist ein ordentlicher Haushalt in Höhe von 85,986 Millionen Euro und ein außerordentlicher Haushalt in der Höhe von 22,062 Millionen Euro berechnet worden. Das ergibt einen gesamten Budget-Rahmen von 108,048 Millionen Euro.

Dies bedeutet, dass im Vergleich zum Rechnungsjahr 2002 der Ausgabenrahmen im ordentlichen Haushalt um 7,92 Millionen Euro, das sind 10,16 Prozent und im außerordentlichen Haushalt um 3,602 Millionen Euro beziehungsweise 19,52 Prozent erhöht worden ist. Wir haben ein Budget erstellen können, das ähnliche Eckdaten aufweist wie die Budgets der vergangenen Jahre. Zum Ausgleich des für 2003 budgetierten Abganges wird ein Betrag von 3,809 Millionen Euro aus den Rücklagen herangezogen.
Die Personalkosten stellen mit 23,09 Millionen Euro naturgemäß den größten Ausgabenposten im ordentlichen Haushalt dar. Der Anteil der Personalkosten am ordentlichen Haushalt des Jahres 2003 beträgt 26,85 Prozent, gegenüber einem Wert von 28,4 Prozent im Jahr 2002. Der Budget-Entwurf weist per Ende des Jahres 2003 einen Rücklagenstand von rund 1,37 Millionen Euro und einen Schuldenstand von 59,46 Millionen Euro auf, was eine Pro-Kopf-Verschuldung von etwa 1.380 Euro bedeutet. Das ist im Vergleich zu anderen Städten ein sehr guter Wert. Mit Darlehensrückzahlungen

in Höhe von 4,65 Millionen Euro und Darlehens-Neuaufnahmen in Höhe von 14,46 Millionen Euro weist der Budget-Entwurf 2003 eine Neuverschuldung auf, die sich durch die Großprojekte erklärt. Im außerordentlichen Haushalt für 2003 wurden 22,06 Millionen Euro veranschlagt.
Die größten Projekte für das Jahr 2003 sind die Bauvorhaben Bezirkssporthalle mit 4,42 Millionen Euro, sowie Alten- und Pflegeheim Münichholz mit knapp 6,6 Millionen Euro. Für Straßen- und Brückenbau sind 2,45 Millionen Euro vorgesehen, für den Kanalbau 1,75 Millionen Euro. Ich möchte noch ein paar große Brocken im Haushalt des Budgets 2003 erwähnen: Maßnahmen zur Wirtschaftsförderung 727.400 Euro, 395.800 Euro für die Wohnbauförderung, 441.500 Euro für Ausstattung und Renovierung unserer Pflichtschulen sowie 227.900 Euro für Maßnahmen zur Altstadterhaltung.

Wir haben uns für das kommende Jahr die Latte zweifellos sehr hoch gelegt. Und wir müssen auch in Zukunft den Spagat schaffen, der uns in den vergangenen Jahren recht gut gelungen ist; nämlich den Spagat zwischen Sparsamkeit verbunden mit einer gesteigerten Effizienz und jenem Maß an Investitionsfreudigkeit, die sich daran orientiert, was auch tatsächlich finanziell machbar ist.
Sparsamkeit und die Steigerung der Effizienz, meine Damen und Herren, diese Zielvorgaben haben für jedes Unternehmen und somit auch für das Dienstleistungsunternehmen Magistrat permanente Priorität.
Verbessern kann man sich immer - aber ich bin überzeugt, dass sich, speziell was Sparsamkeit und Effizienzsteigerung betrifft, das in den vergangenen Jahren im Magistrat Erreichte durchaus sehen lassen kann.
Der Budgetentwurf für das Rechnungsjahr 2003, der uns heute zur Beschlussfassung vorliegt, stellt die finanzielle Plan-Grundlage der Stadt für das nächste Jahr dar.
Das umfangreiche Zahlenwerk ist daher für die Stadt der finanzielle Leitfaden, der nach bestem Wissen und Gewissen erstellt wurde und in dem - davon bin ich überzeugt - kein Projekt, kein Vorhaben enthalten ist, das nicht im Interesse der Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt ist.
Deshalb darf ich sie ersuchen, diesem Budgetvorschlag mit möglichst breiter Mehrheit zuzustimmen.

Ich habe hier noch ein sogenanntes Erinnerungsschreiben. In der Zeitung ist ja noch einmal veröffentlicht gewesen, dass diese Möglichkeit besteht. Eine Gruppe hat ein Erinnerungsschreiben an mich gerichtet mit folgendem Wortlaut.

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Zur Erinnerung:
Für die Verhandlungen zum Budget 2003 möchten wir, die Anrainer der Straße an der Enns, nach bisher zwei erfolglosen Unterschriftsaktionen nochmals auf die unzumutbar gewordene Lärmbelastung durch das Eisstadion hinweisen. Wir bitten sie hiermit im Budget 2003 die entsprechenden Kosten für eine Lärmschutzmaßnahme zu berücksichtigen. Da im Jahr 2003 unsere Straße durch das Jahrhunderthochwasser schon genug Schaden erleiden musste, hoffen wir, dass sie im Jahr 2003 Lärmschutzmaßnahmen durchführen, damit unsere Lebensqualität wieder ein zumutbares Niveau erreicht. Mit der Bitte um positive Rückantwort usw.“

Das wäre zum Thema Budgetrede und Erinnerungen.

18) Fin-100/02 Voranschlag der Stadt Steyr für das Rechnungsjahr 2003.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Voranschlag der Stadt Steyr für das Rechnungsjahr 2003 wird im ordentlichen Haushalt mit Einnahmen und Ausgaben in Höhe von EURO 81.421.000,--

und im außerordentlichen Haushalt mit Einnahmen und Ausgaben in Höhe von EURO 21.347.500,-- ausgeglichen - im Einzelnen mit den Beträgen, die in den vorliegenden Einzelvoranschlägen ausgewiesen sind - festgestellt.

Weiters werden genehmigt:

a) Die dem Voranschlag beigeschlossenen „Allgemeinen Vollzugsbestimmungen zur Durchführung des Voranschlages“.
b) Der Wirtschaftsplan der Stadtwerke Steyr mit Aufwendungen und Erträgen in Höhe von insgesamt EURO 18.363.600,--, der Investitionsplan der Stadtwerke Steyr mit Erfordernissen und deren Bedeckung in Höhe von EURO 2.618.836,--, der Wirtschaftsplan des Alten- und Pflegeheimes Tabor mit Aufwendungen und Erträgen in Höhe von insgesamt EURO 8.580.245,--, der Investitionsplan des Alten- und Pflegeheimes Tabor mit EURO 145.345,--, der Wirtschaftsplan der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr Ges.m.b.H. (GWG), der Voranschlag der Dr. Wilhelm Groß-Stiftung und der Dienstpostenplan.

Die ausschließlichen Gemeindeabgaben werden wie folgt erhoben.

Die Hebesätze betragen:

Grundsteuer A für land- und forstwirtschaftliche Betriebe
500 v. H.

Grundsteuer B für andere Grundstücke
500 v. H.

Gemeinsamer Abänderungsantrag

der nachfolgend unterfertigten im Gemeinderat der Stadt Steyr vertretenen Fraktionen
Voranschlag der Stadt Steyr für das Rechnungsjahr 2003

Der Antrag des Stadtsenates
an den Gemeinderat, Fin-100/2002, Mag.Le/ha, beschlossen in der Sitzung des Stadtsenates vom 7. 11. 2002, wird wie folgt abgeändert:

Der Voranschlag für das Rechnungsjahr 2003 wird

im ordentlichen Haushalt mit Einnahmen und Ausgaben anstelle von
EURO 81.421.000,-- mit
EURO 85.986.400,--

und den in der beigeschlossenen Aufstellung angeführten Änderungen

sowie im außerordentlichen Haushalt mit Einnahmen und Ausgaben anstelle von
EURO 21.347.500,-- mit
EURO 22.062.500,--

und den in der beigeschlossenen Aufstellung angeführten Änderungen

festgestellt.

Bezüglich der in der Beilage angeführten zusätzlichen Mittel wird festgelegt, dass sie nur für die angeführten Zwecke zur Verfügung stehen und daher Kreditübertragungen für andere Vorhaben auf keinem Fall möglich sind.

Weiters werden sämtliche andere sich aus den oben angeführten Änderungen ergebenden Abänderungen des Voranschlages für das Rechnungsjahr 2003 genehmigt.

Sämtliche anderen Teile des ursprünglich vorgelegten Voranschlages für das Rechnungsjahr 2003 bleiben unverändert.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Es liegt jedem Mandatar ein gemeinsamer Abänderungsantrag zum Budget vor, der unterzeichnet worden ist von den Fraktionen SPÖ, FPÖ und den Grünen. Ich habe jetzt gerade einen Abänderungsantrag von der ÖVP erhalten. Der wird kopiert und wird auch jedem Einzelnen dann vorliegen. Ich danke dem Bürgermeister für ...

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Zur Geschäftsordnung. Ich ersuche um Unterbrechung, dass uns der Finanzdirektor den Abänderungsantrag zur Kenntnis bringt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Dann kommen wir zur Geschäftsordnung. Wer für die Sitzungsunterbrechung einverstanden ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gut.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Herr Mayrhofer, sie treffen sich wo?

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Man kann das auch hier machen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Dann wäre es aber keine Sitzungsunterbrechung. Dann hätten wir nur den Beamten beigezogen. Ich habe mir gedacht, wir lassen uns das jetzt erklären und dann soll jede Fraktion beraten. Dann ist die Sitzungsunterbrechung aufrecht. Ich ersuche nun den Finanzdirektor um das Wort.

SR MAG. HELMUT LEMMERER:
Werter Gemeinderat, im Abänderungsantrag auf der ersten Seite sind nur dann die Summen quasi angeführt, was sich also an den Seiten 3 und 4 ergeben. Zuerst zu den Ausgaben ordentlicher Haushalt. Die erste Position ist eine Subvention an die Fachhochschule für Altendienste und Pflegehilfe in der Höhe von zusätzlich Euro 5.400,--. Die zweite Position sind Förderungen von privaten Kindergärten. Hier geht es darum, die ersten 5 Kindergärten die wir angeführt haben zusätzlich Euro 700,--, sprich es sind im Budget Euro 7.300,-- je Kindergarten vorgesehen gewesen, also im Budgetentwurf, hier kommen also pro Kindergarten Euro 700,-- dazu und der Waldorfkindergarten in der Redtenbachergasse, der im Budgetentwurf nicht vorgesehen war, wird hier also auch mit der gleichen Summe bedeckt. Der Bereich Streetworker, hier war im Budgetentwurf eine Aufstockung um zwei Personalkapazitäten. Aufgrund der Beratungen ist hier eine Reduzierung auf nur eine Erhöhung um eine Kapazität. Daher ist es hier zu einer Minderposition in der Höhe von Euro 25.400,-- gekommen. Für die Umsetzung Jugendstudie sind hier Euro 45.000,-- vorgesehen. Jugendtanztheater Euro 5.000,--. Im Bereich der sonstigen Kultursubventionen sind also die Bruckner Sängerknaben mit Euro 2.000,-- bedeckt worden. Dagegen sind bei den sonstigen Subventionen Euro 2.000,-- weggekommen. Der heute schon sehr lange diskutierte Bereich der LiteRaritäten ist hier mit Euro 13.500,-- vorgesehen. Dann gibt es 4 Positionen die sich aus dem Voranschlagserlasse des Landes ergeben haben nämlich der Sozialhilfebeitrag, der Beitrag zu den Sozialberatungsstellen, der Behindertenbeitrag und der Pflegebeitrag. Beim Sozialhilfebeitrag zusätzliche Euro 25.000,--, bei den Sozialberatungsstellen ein Minus von Euro 2.000,--, beim Behindertenbeitrag zusätzliche Euro 71.000,-- und beim Pflegegeldbeitrag zusätzliche Euro 5.000,--. Im Bereich der Brennstoffaktion haben wir eine Erhöhung um Euro 5.000,--, im Bereich Sozialplan zusätzliche Euro 14.000,--, Gesundheits- und Sozialsprengel zusätzliche Euro 1.000,--. Für Schuluntersuchungen und die dazu notwendigen Schülertransporte Euro 500,--.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Ist da kein Ziffernsturz drinnen?

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Nein, das ist nur der Transport.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
10.000,-- Schilling für 70 Fahrten?

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Das sind ja nicht 70 Fahrten.

GEMEINDERÄTIN MARIA KOPPENSTEINER:
3.500 Schüler einmal im Jahr.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Nein.

GEMEINDERÄTIN MARIA KOPPENSTEINER:
Wo steht das anders?

STADTRAT WALTER OPPL:
Es sind insgesamt drei Schulen, die den Bus in Anspruch nehmen. Die Schulen welche die Möglichkeit haben in der Schule dranzukommen machen das in der Schule, alle anderen gehen zu Fuß.

GEMEINDERÄTIN MARIA KOPPENSTEINER:
Auf welcher Basis ist der Transport von Schülern?

STADTRAT WALTER OPPL:
Pro Schüler.

GEMEINDERÄTIN MARIA KOPPENSTEINER:
Pro Fahrt und Schüler, ich sage jetzt vom Tabor rauf auf das Gesundheitsamt. Weil das möchten wir gerne drauf haben, wenn wir wo anders hinfahren, diesen Tarif.

STADTRAT WALTER OPPL:
Das müssen sie sich dann mit den Stadtwerken ausreden.

Diskussion verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Ist das jetzt aufgeklärt? Die Kinder werden hingebracht. Herr Finanzdirektor bitte fahren sie fort.

SR MAG. HELMUT LEMMERER:
Die nächste Position ist Beitrag Klimabündnis-Gemeinde Euro 4.500,--. Dann zusätzlich Euro 2.000,-- Umweltschutzförderungen. Dann ist noch einmal eine Position die sich aus dem Voranschlagserlass des Landes ergibt nämlich beim Krankenanstaltenbeitrag, zusätzlich Euro 275.800,--.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Diese Position Erlass des Landes. Seit wann ist das bekannt?

SR MAG. HELMUT LEMMERER:
Der Voranschlagserlass des Landes kommt in der Regel so Mitte November, also in der zweiten Novemberhälfte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Nach Erstellung des Voranschlages?

SR MAG. HELMUT LEMMERER:
Natürlich, weil sonst hätten wir es beim Voranschlagsentwurf schon eingearbeitet.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Im grünen Buch schon drinnen gewesen. Jawohl.

Gelächter

SR MAG. HELMUT LEMMERER:
Dann noch zusätzlich Euro 14.000,-- für den Tourismusverband. Dann gibt es einen 5-Punkte Maastrichtkonforme Buchungen die in Summe einnahmen- und ausgabenseitig den gleichen Betrag ergeben. Weiter unten dann bei den Einnahmen des o. H. sind also 4 Punkte mit Maastrichtkonforme Buchungen angeführt. Da geht es darum, den Bereich des Maastrichtdefizites entsprechend darzustellen. Dann zurück zu den Ausgaben des o. H., auch wieder eine Position die aus dem Voranschlagserlass des Landes resultiert. Im Bereich der Landesumlage minus Euro 148.200,--. Als letzte Position im Bereich der Ausgaben des o. H. Euro 300.000,-- plus im Bereich des Personalaufwandes inkl. dem Citymanagement.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Darf ich hier um Information ersuchen welcher Personalaufwand das ist?

SR MAG. HELMUT LEMMERER:
Der Gesamtpersonalaufwand im Haus.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Wie viel davon betrifft das Citymanagement?

SR MAG. HELMUT LEMMERER:
Euro 100.000,--.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Euro 110.00,--.

SR MAG. HELMUT LEMMERER:
Dann zu den Einnahmen des o. H. Hier ist noch ein Zweckzuschuss des Bundes von Euro 5.000,--, die Maastrichtkonformen Buchungen habe ich schon erwähnt. Dann wieder Bereiche, die sich aus dem Voranschlagserlass des Landes ergeben haben im Bereich der Ertragsanteile nach abgestülpten Bevölkerungsschlüssel minus Euro 1.273.000,--, beim Unterschiedsbetrag plus Euro 35.600,--, beim Sockelbetrag plus Euro 370.500,-- und bei der Werbeabgabe plus Euro 11.300,--. Durch diese Maßnahmen erhöht sich der Bedarf aus der Rücklagenentnahme zur Abdeckung des o. H. um plus Euro 1.473.200,--.

Im außerordentlichen Haushalt:
Die erste Position auf der Ausgabenseite, Euro 10.000,-- für Blindensteine. Dann Euro 15.000,-- die im Zusammenhang zu sehen sind mit der Umsetzungsmaßnahmen für das Jugendkonzept, also im Bereich Grünraumkonzept - teensopenspace. Dann im Bereich der Schulen jeweils ...

GEMEINDERÄTIN MARIA KOPPENSTEINER:
Was ist das bitte?

SR MAG. HELMUT LEMMERER:

Da weiß vielleicht der Kollege Apfelthaler mehr.

Unverständlicher Zwischenruf von GR Kurt Apfelthaler

SR MAG. HELMUT LEMMERER:
Okay, da wird es noch eine Information geben. Ich bin nur der, der die Zahlen referiert.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
D. h., es gibt für die Jugendstudie, für die Umsetzung zwei Voranschlagspositionen.

SR MAG. HELMUT LEMMERER:
Ja.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Einmal Euro 45.000,-- und einmal Euro 15.000,--.

SR MAG. HELMUT LEMMERER:
Genau, also in Summe Euro 60.000,--. Aber bei den Streetworkern gegenüber dem Vorjahr trotzdem um Euro 25.000,-- mehr.
Im Bereich der Schulen jeweils Euro 110.000,--, im Bereich der Volksschulen und Hauptschulen für außerordentliche Instandhaltungen. Für die Produktionsschule als erste von zwei Raten ein Betrag von Euro 250.000,--.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Wie hoch wird die 2. Rate sein?

SR MAG. HELMUT LEMMERER:
In etwa die gleiche Größenordnung.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Hat es nicht ursprünglich geheißen wir brauchen nur für die laufenden Kosten mitfinanzieren, die Investitionskosten übernehmen die zwei Landesstellen, Ackerl und Fill?

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Das ist eigentlich falsch, weil die laufenden Kosten die übernimmt der LR Fill zur Gänze und für den Lebensunterhalt des AMS und bei der Produktionsschule haben wir für die Instandsetzung die Hälfte und die andere Hälfte wird vom Land finanziert.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Und welche Instandsetzung ist da jetzt gemeint? Gibt es da ein konkretes Objekt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Ich glaube wichtig ist es, dass die Produktionsschule berücksichtigt ist und das andere gehört in den notwendigen Ausschüssen diskutiert. Drinnen ist sie, weil wir sie brauchen.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Mich wundert es nur, dass man die Adaptierungskosten kennt, wenn man noch gar nicht weiß welches Gebäude man adaptiert.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Wir müssen es eh dann noch extra beschließen, wenn es so weit ist.

SR MAG. HELMUT LEMMERER:
Die nächsten drei Positionen sind in Summe mit Null zu bewerten. Bei einer Position kommen Euro 40.000,-- heraus die bei zwei anderen Positionen dann jeweils mit Euro 20.000,-- dazukommen.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Kann man eruieren, warum das so gemacht wurde?

SR MAG. HELMUT LEMMERER:
Das ist im Zuge der Budgetverhandlungen so festgelegt worden.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Wenn auf einmal eine Reduzierung für die Steinerstraße drinnen steht und auf der anderen Seite kommt es auf die Steinerstraße wieder dazu und Verkehrsmaßnahmen extra. Das muss doch einen realen Hintergrund haben?

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Das ist geteilt worden.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Warum?

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Weil es übersichtlicher ist.

SR MAG. HELMUT LEMMERER:
Das war Gegenstand der politischen Verhandlungen. Es ist näher konkretisiert dadurch, weil also diese Position, die Euro 450.000,--, keine nähere Präzisierung war.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Das sind Straßenmarkierungen und das andere sind andere Maßnahmen.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Das haben wir bisher immer normal drinnen gehabt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Das wollen wir für die Zukunft sichtbarer und transparenter haben.

SR MAG. HELMUT LEMMERER:
Für den Bereich Sparkassenplatz zusätzlich Euro 55.000,--. Fahrradmarketing Euro 15.000,--. Für das Nachrüsteprogramm Aufzüge in Wohnbauten zusätzlich Euro 145.000,--. Für einen Versuch ein Fahrradabteil in einer Bushaltestelle einzurichten Euro 5.000,--. Im Bereich Stadtwerke, beim Investitionskostenzuschuss minus Euro 290.000,-- und dafür diese 290.000,-- bei der Stadtbadsanierung dazu.
Im Bereich der Einnahmen des a. H. sind also diese in Summe zusätzlichen Euro 715.000,-- die entsprechende Bedeckung dazu auf den einzelnen Teilabschnitten.
Dann gibt es noch Übertragungen vom Rechnungsjahr 2002 auf 2003, Euro 490.000,--, Restmittel Posthofknoten für die Vorfinanzierung des Taborknotens als 1. von 2 Raten. Euro 37.000,-- Adaptierungsarbeiten Reithofferparkplatz, das ist etwas, was beim vorigen Budgetbeschluss dazugekommen ist und dann noch die entsprechenden Restmittel für die Abbiegespur Bauernkammer, Schönauerbrücke und Kupferhammerfalle-Planung. In Summe ergibt das eben jetzt dann den ordentlichen Haushalt mit Euro 85.986.400,-- und im außerordentlichen Haushalt Euro 22.062.500,--.

Ist damit die Information ausreichend?

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Eine Frage habe ich noch. Wie hoch sind dann wirklich unsere Rücklagen?

SR MAG. HELMUT LEMMERER:
Der Bürgermeister hat es in seiner Budgetrede erwähnt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Ich danke dem Finanzdirektor herzlich und jetzt unterbrechen wir die Sitzung auf 10 Minuten, wenn es gewünscht ist. Ist es noch gewünscht?

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Ja.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Gut, dann unterbrechen wir die Sitzung.

SITZUNGSUNTERBRECHUNG VON 14.56 UHR BIS 15.12 UHR

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
So, wir gehen mit der Tagesordnung weiter. Ich würde jetzt die einzelnen Fraktionen um eine Wortmeldung ersuchen. Beginnen wird der Herr Vzbgm. Bremm. Bitte sehr.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Meine sehr verehrten Kolleginnen, liebe Kollegen, geschätzte Presse. Es hat ja der Bürgermeister Forstenlechner in seiner Budgetrede die wesentlichen Punkte herausgestrichen. Natürlich und selbstverständlich deckt sich dieses Budget auch mit den Vorstellungen unserer Fraktion. Ich möchte schon eines sagen, dass halt eine Budgeterstellung immer schwierig ist. Vorerst gibt es Wunschlisten und dann muss halt ein Papier zustande kommen, das auch zum Verwirklichen ist, weil man sich nach der Decke strecken muss und nicht alles realisieren kann, was man möchte. Es gäbe auch für uns und für meine Fraktion noch eine Menge an Themen, die wir uns vorstellen könnten noch zu realisieren. Aber man muss halt da in dem Punkt in der Form vorgehen, dass man sagt, was ist das Wichtigste, was ist das Zweitwichtigste und was muss dahinter gereiht werden. So sehe ich auch das heurige Budget.

Ich möchte nur ein paar Punkte schon noch einmal herausstreichen, dass wir auch in der schwierigen Situation in der wir uns als Stadt heuer befinden, ich glaube ja, dass es keiner übersehen hat, dass die finanzielle Anspannung in der wir in Steyr sind auch durch das Hochwasser nicht verbessert worden ist, sondern zusätzlich noch verschärft wurde. Aber es ist trotzdem, durch die umsichtige Finanzpolitik möglich geworden, Spielräume vorzufinden, damit wichtige Projekte realisiert werden können. Gerade im nächsten Jahr sind ja die beiden Großprojekte, Sporthalle und Alten- und Pflegeheim Münichholz, ein Schwerpunkt in unserem Budget. Ich möchte gerade im Bezug auf die Sporthalle, weil es auch der Herr Bürgermeister in seiner Rede erwähnt hat, auch noch einmal als Referent darauf hinweisen, dass wir mit der Sporthalle vom Zeitplan her genau auf der Linie liegen. Was aber für das Budget nächstes Jahr ist, glaube ich oder kann ich darüber informieren, dass wir auch bei den Kosten auf Plan sind, dass wir uns nach wie vor genau auf GR-Beschluss befinden, dass wir trotz verschiedener Umstände, die eingetreten sind, wie das, dass kontaminiertes Material bei den Baggerungen aufgetreten ist und die Entsorgung ja relativ kostspielig ist, uns auf Kurs befinden. Das ist trotzdem noch alles in unserem Budgetrahmen drinnen. Ich bin sehr optimistisch, wenn nicht irgendetwas Gravierendes passiert, dass wir den Kostenrahmen auch bis zum Schluss und bis zur Fertigstellung der Sporthalle einhalten werden.
Was auch für das Budget, für mich als Liegenschaftsreferent, für das ich heuer erstmalig zuständig und verantwortlich bin, ich bin ja seit November vergangenen Jahres, also schon nach weit vorgeschrittenem Budget bin ich Liegenschaftsreferent geworden, und es war für mich schon auch der Ehrgeiz nach einer Welle der großen Bauaktivitäten die wir in der Stadt Steyr hinter uns haben, in den letzten 10 Jahren ist ja massiv viel in Steyr gebaut worden, auch von der öffentlichen Hand, von der Stadt her und ich glaube, dass jetzt der Zeitpunkt gegeben ist, dass wir unsere bestehenden Gebäude und Einrichtungen wieder ein Augenmerk schenken und dass wir die auch dementsprechend auf Schuss halten, dass wir sanieren. Es gibt eine Reihe von Gebäuden, die hier

einer Sanierung bedürfen. Ein Schwerpunkt im nächstjährigen Budget werden die Schulen sein. Es ist im Schulbereich so wie in vielen anderen Städten, der große Boom ist Ende der 60iger Anfang der 70iger Jahre über die Bühne gegangen. Wie wir wissen, ist gerade in dieser Zeit, und das war auch nicht Steyr-spezifisch, sondern so österreichweit und über die Grenzen hinaus, ist halt nicht unbedingt auf die Qualität das größte Augenmerk gelegt worden, sondern auf die Quantität, so schnell und so viel wie möglich zu bauen, ob das im Wohnbau war oder sonst wo, und dieser Philosophie ist natürlich leider Gottes der Schulbau unterlegen. Gerade jene Schulen, die in diesem Zeitraum erbaut worden sind, das ist ja in Wirklichkeit kein Alter, Ende 60, Anfang 70, das ist ja, wenn man es zu den alten Gebäuden in Steyr betrachtet, ist ja das ein Klackserl. Aber sie sind mittlerweile schon so geschädigt und es ist ein großer Sanierungsbedarf gegeben, gerade Schulen mit diesen Jahrgängen. Wir werden im nächstjährigen Budget zusätzlich, was wir eh immer normal gehabt haben, über 7 Millionen Schilling, ich sage es in Schilling, weil es da weit anders klingt in unseren Ohren als in Euro, weil das ist doch in so manchen Dingen nicht ganz umgesetzt. In Euro macht es 520.000,-- aus. Ich glaube, dass wir gerade mit diesem Betrag doch ein kräftiges Zeichen bei der Sanierung dieser Gebäude setzen können. Es ist natürlich auch mein Ehrgeiz und soweit es die finanzielle Situation auch erlaubt und ermöglicht, dass die Sanierung auch in den nächsten Jahren, weil mit dem Betrag werden wir natürlich nicht alle Pflichtschulen wirklich auf einem hohen Standart haben, da werden wir noch einige Jahre dazu brauchen, dass wirklich alles wieder so ist, wie es sein soll. Ich möchte aber schon auch eines noch hinzufügen. Man braucht da nicht von Steyr hinausfahren, man braucht sich nur in Steyr selbst umschauen, wenn man vergleicht Städtische Schulen zu den Bundesschulen. Wenn wir auch noch nichts hergerichtet haben, sind wir im Vergleich zu denen hervorragend und wesentlich besser. Das soll kein Trost sein, aber es soll auch gesehen werden, dass nicht nur die Stadt, vielleicht in den letzten Jahren, nicht diesen Betrag aufgewendet hat, der vielleicht notwendig gewesen wäre. Es waren halt andere Dinge auch wichtig. Die Frau Kollegin Frech weiß es ja, gerade in ihrer Umgebung wo sie beruflich tätig ist und im Nebengebäude, das Bundesrealgymnasium ist ja das desolateste Gebäude was ich mir überhaupt vorstellen kann. Wer dort hin und wieder hineinkommt, der weiß das. Wenn es regnet, kann man ja schon ohne Regenschirm, das ist jetzt ein bisschen überzogen, fast nicht mehr hineingehen. Ich weiß das, weil in diese Schule mein Sohn geht. Es ist ein Schwerpunkt in unserem Bereich im kommenden Jahr. Ich hoffe, dass auch in den nächsten Jahren das so realisierbar ist.
Was mich auch freut und ich glaube was auch ein wichtiges, dringendes Projekt für 2003 und die Folgejahre ist, das ist die Produktionsschule. Wenn es auch kritisiert wird, wir haben da zwar im Budget ein Geld vorgesehen für Adaptierungsarbeiten und Sanierungsarbeiten, wissen nicht in welches Gebäude, wie die Frau Kollegin Frech vorhin gesagt hat, das Gebäude ist das kleinste Problem. Es war schwierig, da die Geburt einzuleiten und die Geburt erfolgreich zu machen. Ich glaube, mit dem heutigen Budgetbeschluss ist es gelungen. Ich glaube, wir werden uns über ein Gebäude, wo wir ja wissen es gibt einige Gebäude, die sind ja mittlerweile überprüft worden und wir werden uns da Anfang des kommenden Jahres sicherlich im StS und im GR darüber einigen, welcher Platz das ist. Das Wichtigste ist immer das Geld, weil das was wir im Budget vorgesehen haben wird nicht der Gesamtbetrag, der für Adaptierungsarbeiten und die Einrichtung der Produktionsschule notwendig ist, sondern das ist ja nur ein Teilbetrag vom Gesamtbetrag. Dieser Betrag ist ja weitgehend unabhängig von einem fixierten Gebäude, mit dem Land OÖ, mit dem LR Fill, seinerzeit vom Altbürgermeister Hermann Leithenmayr vereinbart worden. Das möchte ich damit belassen.

Ich möchte die Gelegenheit auch nützen, den Beamten, die hier für das Werk beigetragen haben, dass ein Budget wieder zustanden kommt, herzlich danken. Ich glaube, wir haben hier viel und für alle Bereich etwas vorgesehen. Ich würde mich freuen, wenn wir am Ende dieser Budgetsitzung eine breite Zustimmung für das Budget erreichen könnten. Vielleicht ist es doch möglich, dass auch die ÖVP und auch die Frau Kollegin Frech, diesem Budget zustimmen könnten.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Herr Vzbgm. Dr. Pfeil bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Ein Budgetübereinkommen bedeutet, den politischen Weg des Finanzreferenten mitzugehen.

Nachdem wir alle bis jetzt noch nicht wissen, welchen Weg der Finanzreferent und neue Bürgermeister geht, war es besonders schwierig, diese Vorhaben auszuloten. Bürgermeister Ing. David Forstenlechner war der erste Bürgermeister, der weder eine Erklärung über seine Absichten im Gemeinderat noch in der Öffentlichkeit kundgetan hat. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das waren die ersten Worte meiner Budgetrede genau vor einem Jahr. Wir haben als Vertrauensvorschuss dem Bürgermeister der Stadt Steyr, nicht weil uns seine bisherigen Arbeiten als Budgetreferenten so imponiert haben, sondern als Vertrauensvorschuss diesem Budget zugestimmt. Wir haben aber auch betont, dass gewisse Strukturmaßnahmen und gewisse Änderungen in der Budgetpolitik gemacht werden sollten. Wir waren bis vor wenigen Tagen überzeugt davon, dass hier wenig Wille zu einer Verbesserung da ist. Wir haben uns erst gestern über das Budget des Jahres 2003 einigen können und ich werde somit mein Redemanuskript, das ich vorgestern Nacht vorbereitet habe, dem Papierkorb überantworten. Wir werden dem Budget zustimmen. Nicht weil wir überzeugt sind, dass das Budget das Beste ist was der Stadt Steyr passieren kann ...

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Geben sie es dem Herrn Mayrhofer.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Ja, vielleicht braucht es der Kollege Mayrhofer, ich kann es ihm ja geben. Insbesondere macht uns sehr große Sorgen, dass die budgetären Handlungsspielräume in der Stadt sehr, sehr eng werden, dass uns strukturelle Maßnahmen, besonders im Personalbereich absolut fehlen. Wir haben, wie Herr Bürgermeister Forstenlechner zuerst erwähnt hat, wohl eine geringgradige prozentuelle Erniedrigung von 28,4 % auf 26,85 % Anteil an Personalkosten am Gesamtbudget, aber in absoluten Zahlen heißt es, in zwei Jahren wird es gerechnet, eine Erhöhung um 8,4 %. In zwei Jahren und das ist doch bis Ende des nächsten Jahres wiederum eine sehr kräftige Erhöhung. Keine Firma, kein Betrieb kann sich eine Fortschreibung jährlich von plus 3, 4 %, wie wir es in den letzten 10 Jahren gehabt haben, auf Dauer leisten.
Was auch hier dazu kommt ist, dass die Finanzierung des a. H. ausschließlich fremd finanziert ist. Bankdarlehen, Wohnbauförderungsdarlehen, Bundeszuschüsse, Landeszuschüsse, Veräußerung, Rücklagenentnahmen, diese 22 Mio. Euro. Wir halten auch nicht hinter dem Berg, dass wir mit einigen Großprojekten oder Ideen nicht so glücklich sind oder nicht einverstanden sind. Wir haben auch bei den zwei Großprojekten, die der Kollege Bremm zuerst angesprochen hat, durchaus auch unterschiedliche Ansichten. Man hätte gerade beim APM rechtzeitig, wie wir es damals vorgeschlagen haben, auch eine andere Finanzierungsvariante vornehmen können. Vom Standort Bezirkssporthalle brauche ich mich auch von dieser Stelle her nicht wiederholen, dass ich den schlichtweg für falsch halte. Besonders aus verkehrstechnischer Sicht. Von den weiteren Rahmenbedingungen sind wir auch sehr wenig angetan. Wir haben am Ende des nächsten Jahres eine Rücklagenstand von 1,3 Mio. Euro und eine Schuldenstand von 59 Mio. Euro. D. h., diese beiden Positionen entwickeln sich gegenseitig. Auch im Detail fehlen uns durchaus einige Ansätze wo wir uns auch eine breitere Diskussion bzw. eine Berücksichtigung vorgestellt hätten. Auch wenn man hier einige Ansätze nur herausnimmt, die Musikschule auf Null gestellt, Kleindenkmäler auf Null gestellt, Restaurierungskonzept Stadtpfarrkirche auf Null gestellt, Margaretenkapelle Brucknerplatz auf Null gestellt. Es sind schon Dinge drinnen, die wir gerne dabei gehabt hätten. Ich bin sehr glücklich, dass einige Dinge, kleinere Dinge, drinnen sind, die ich als selbstverständlich ansehe. Gerade das gutlaufende Fahrradmarketingkonzept, da bin ich sehr froh darüber. Dass auch der Waldorfkindergarten und alle anderen privaten Kindergarteneinrichtungen gleichmäßig gefördert werden, mit jetzt 8.000,-- Euro, das kommt der Stadt auch finanziell billiger, als wenn wir alle diese Kinder in städtischen Kindergärten unterbringen müssen.
Was uns aber auch fehlt im Gesamtbudget ist eine Berücksichtigung der Schäden, die die Stadt Steyr durch das Hochwasser erlitten hat, wie man diese 7,9 Mio. Euro aufbringen will. Hier fehlen uns auch noch die Unterlagen dafür. Aber es hat in den Gesprächen für uns, gerade in den Entwicklungen der letzen 14 Tagen, einen ganz wesentlichen Fixpunkt gegeben und das ist die heute schon angesprochene Verkehrsmisere in Steyr, die durch die unterschiedlichsten Probleme gemacht

ist, aber ganz einen wesentlichen Punkt dabei hat, den wir selbst lösen können. Das ist der Taborknoten. Es ist heutzutage, aus der Sicht der Stadt Steyr, der Taborknoten einen Kreisverkehr zu ebener Erde wie wir es im Generalverkehrskonzept aus dem Jahre 1992 festgeschrieben haben, unbestritten. D. h. aber auch, dass wir dort einen modernen zweischleifigen Kreisverkehr errichten. Da habe ich mich sehr stark gemacht, dass die Stadt Steyr nicht wartet bis dass wir im Jahre 2008 oder ein Jahr früher oder später dann schlussendlich gnadenhalber vom Land eine Finanzierung bekommen, dass diese 1 Mio. Euro, die jetzt für das reine Verkehrsbauwerk, ohne Fußgänger- und Radfahrbegleitmaßnahmen, das kostet in etwa 1 Mio. Euro, dass wir diese vorfinanzieren und dass wir mit dieser Vorfinanzierung auch der Steyrer Bevölkerung zeigen, dass es uns ernst ist und dass wir uns nicht mehr länger vom Land an der Nase herumführen lassen. Baubeginn soll 2003 sein, nachdem ein Finanzierungsübereinkommen mit dem Land OÖ geschaffen worden ist.
Ein weiterer Eckpunkt ist ein Punkt der die Stadt Steyr direkt betrifft, das ist eine Forderung von unserem Wirtschaftssprecher Klaus Hoflehner gewesen, insbesondere dass der Citymanager mit einem ausreichenden Budget dotiert wird, auch bestellt wird, dass auch eine Evaluierung gemacht wird sowohl bei der Auswahl des Citymanagers als auch dann weiter bei der Zielsetzung was soll er denn tun und welche Hilfsmittel er von der Stadt Steyr zur Verfügung gestellt bekommt.

Meine Damen und Herren, die Freiheitliche GR-Fraktion hat es sich nicht leicht gemacht hier eine Zustimmung zu signalisieren, aber angesichts der doch sehr geringen Budgetmittel die wir zur Verfügung haben, und dass der Schuldenstand der Stadt Steyr nicht ins uferlose steigt bzw. die Rücklagen nicht bald komplett aufgebracht worden sind, haben wir uns damit vorerst zufrieden gegeben und hoffen, dass dieses Übereinkommen auch hält. Wir werden unser Möglichstes dazu tun. Ich denke, wir sind es der Steyrer Bevölkerung schuldig, dass wir endlich diese Verkehrsmisere auf dem Tabor mit dem Neubau eines Kreisverkehrs auf dem Ennserknoten nächstes Jahr beginnen. Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Ich danke Herrn Vzbgm. Dr. Pfeil. Herr StR Mayrhofer bitte.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Gäste der Presse. Der Budgetgemeinderat ist ja immer ein bisschen der Höhepunkt des Gemeinderatsjahres. Hier wird versucht, das eine oder andere zu berücksichtigen, was im Laufe des Jahres vielleicht unter gegangen ist, wo die eine oder andere Fraktion nicht genügend Gehör gefunden hat. Ich hoffe, dass die Emotionen, die heute Vormittag spürbar waren, teilweise auch die verbalen Untergriffe, dass wir das jetzt nicht erleben, weil ich glaube, bei allen unterschiedlichen politischen Auffassungen oder auch Vorstellungen bei Sachthemen sollte das gemeinsame Arbeiten und die gemeinsame Gesprächsbasis nicht leiden. D. h., wir werden mit Sicherheit keine persönlichen Angriffe machen, sondern so wie bisher ausschließlich versuchen sachorientiert zu arbeiten. Die eingebrachten Abänderungsanträge decken sich in einigen Bereichen und wir sind sehr froh, dass gewisse Anträge, die auch wir für sinnvoll erachten auch so gesehen werden von den anderen Fraktionen. Es fehlen uns allerdings einige wichtige Punkte die wir ebenfalls glauben, dass die für die Weiterentwicklung der Stadt Steyr wirklich notwendig und gut wären. Ich glaube, bei allen, mit dem man vielleicht nicht einverstanden ist oder war, und dazu gehört mit Sicherheit auch die Art der Verhandlungsführung, weil ich habe das Vormittag gemerkt, dass die meisten ganz offensichtlich einfach nicht wissen oder vielleicht falsch informiert sind, wie oder was abgelaufen ist. Ich glaube, das sollte man ganz einfach auch einmal hier sagen. Wir haben am 15. November ein Gespräch beim Bürgermeister gehabt und haben zu Beginn dieses Gesprächs urgiert, Projekte, die, von denen wir letztes Jahr die Zustimmung zum Budget abhängig gemacht haben, und haben gesagt, wie schaut es mit diesen Projekten aus, namentlich bitte. Parkleitsystem, Projektierung Aufstiegshilfe, Attraktivierung Stadtplatz. Die Antwort des Bürgermeisters war negativ. Daraufhin haben wir, der Kollege Lengauer und ich, gesagt, ja, was hat es dann für einen Sinn, wenn wir jetzt wieder verhandeln, wieder um Projekte für dieses Budget, welche Sicherheit haben wir, dass das, was wir jetzt einbringen, verlangen, dieses

Jahr berücksichtigt wird. Es ist ja sehr leicht Zugeständnisse zu machen und auch heute, wenn ich mir das anschaue, sind einige Punkte dabei, wo ich jetzt schon weiß, die werden mit Sicherheit im kommenden Jahr nicht realisiert werden. Aber man gibt es hinein, um einen Partner zu besänftigen oder ihn an Bord zu holen oder Sonstiges. Es wird wahrscheinlich nicht umgesetzt. Von dieser Voraussetzung ausgehend oder von dieser Einschätzung ausgehend haben wir gesagt, derzeit, wenn sich das nicht ändert und uns nicht wirklich etwas unterbreitet wird, wo wir annehmen können, dass diese Vereinbarungen auch wirklich halten, sehen wir es nicht als gut an, wenn weiter verhandelt wird. Wir sind allerdings so verblieben, dass das die erste Runde war und dass wir im Gespräch bleiben. Am 23. November hat der Kollege Lengauer beim Integrationstag nachgestoßen, wie es mit einer zweiten Runde ausschaut. Der Bürgermeister hat ihm gesagt, nein, ist noch nichts geplant. Bis zum heutigen Tag haben wir keine Einladung für eine zweite Runde erhalten. Es sind auch heute noch Gespräche mit anderen Fraktionen geführt worden. Das ist auch der Grund, warum wir unseren Abänderungsantrag so spät eingebracht haben, weil wir gesagt haben, vielleicht kommt noch eine Gesprächsrunde. Wir nehmen zur Kenntnis, dass es politischer Wille war, keine zweite Runde zu machen und sind deswegen, und das darf ich wirklich sagen, nicht beleidigt oder ziehen uns in ein Schmollwinkerl zurück. Das machen wir mit Sicherheit nicht. Wir werden weiter versuchen, unsere Projekte zu forcieren und vielleicht doch noch die Bereitschaft zu erreichen, das eine oder andere Projekt im Interesse der Steyrer Bürger auch umzusetzen.
Was uns schon ein bisschen weh tut ist, dass z. B. die wirtschaftspolitischen Maßnahmen, d. h., sprich Wirtschaftsförderung, Unterstützung für Unternehmungen um fast 3 Mio. weniger sind als noch im Jahr 2002, dass im a.o. Budget bei den Wirtschaftsförderungsmaßnahmen von 727.000,-- Euro ein Betrieb 427.000,-- Euro erhält, der nicht einmal der größte Arbeitgeber in Steyr ist und der Rest aller Unternehmungen bitte 300.000,-- Euro vorgesehen ist, für eine Stadt wie Steyr mit einem Einzugsgebiet von über 100.000 Personen, mit fast 2.000 Betrieben in unserer Stadt. Wir glauben auch, dass für gewisse Projekte, für die wir sogar verpflichtet sind, die vorgesehen sind, die wir wissen, dass wir sie brauchen, keine Bedeckung im Budget vorgesehen ist. Ich nenne da nur einige. Errichtung des Marktgeländes, Vorsorge für Zahlungen im Bereich Vorwärts, Grundeinlöse Damberggasse um z. B. den Radweg umsetzen zu können, Kosten für die Straßenerrichtung in der Löwstraße, wo der Bauabschnitt fertig wird, wir dort eine Straße machen müssen, wir sind auch verpflichtet dazu, aber keine Mittel drinnen sind. Begleitmaßnahmen für eine Tiefgarage. Wir haben uns sehr gefreut und ich bedanke mich Herr Bürgermeister, dass sie auch öffentlich ihre Zustimmung bekundet haben, dass wir eine citynahe Parkgarage nicht nur wollen, sondern sie brauchen und sie das unterstützen. Wenn wir das machen und das wirklich mit Volldampf betreiben, und ich glaube das ist im Interesse aller Beteiligten, dann brauchen wir dazu auch Mittel. Nur für das Reden und wieder ein Jahr verstreichen zu lassen, ich glaube, damit helfen wir nicht wirklich jemanden. Wie lange wir die Leute in Zwischenbrücken schon im Regen stehen lassen, weil es immer noch nicht möglich ist, dass wir eine Bedeckung für ein Buswartehäuschen bekommen oder wenn ich mir den Kollegen Payrleithner anschaue, wie viele Jahre er schon eine Beleuchtung der Ennskraftmeile fordert, dann sind das Dinge, die uns eigentlich in diesem Budget fehlen und es ist schade, dass sie keine Berücksichtigung finden. Lärmschutzmaßnahmen Dornach, das wissen wir das kommt, da ist nichts im Budget vorgesehen. Die Straßensanierung, sie werden sagen, das ist ein Lieblingsthema von mir, aber trotzdem möchte ich auch heute die Gelegenheit ergreifen darauf hinzuweisen, dass wir nur für die Instandhaltung und dafür, dass wir den Zustand der Straßen auf gleichem Niveau halten können, 3.588.000,-- pro Jahr benötigen, ohne neue Straßen, ohne Sonderprojekte, und im Budget sind 2.102.400,-- Euro dafür vorgesehen. Das heißt, wir werden im kommenden Jahr wieder mit einer Verschlechterung des Straßenzustandes leben müssen. Wir können nicht gewährleisten, dass wir diesen Standard, den wir jetzt haben, auch nur annähernd erhalten.
Was ebenfalls vom Kollegen Pfeil angesprochen wurde, das ist eine Aufblähung des Apparates und damit auch der Kosten im Bereich der Verwaltung. Das ist etwas, wo wir in der letzten Periode eigentlich sehr positiv gearbeitet haben und da auch der Herr Bürgermeister Leithenmayr. Wenn ich mir jetzt anschaue, Liegenschaftsverwaltung ein Plus von 30 %, Finanzwirtschaft + 10 %, Personalverwaltung + 11 %, allgemeine Verwaltung + 10 %, Pressestelle + 13 %, Kulturamt + 70 % und wo diese EURO 190.000,-- hingehören, die im Abänderungsantrag beinhaltet sind, entzieht sich meiner Kenntnis, aber es ist auch eine Erhöhung der Personalkosten, des Aufwandes des Verwaltungsapparates. Wenn das jetzt eine einmalige Geschichte wäre, dann könnte man sagen, dass

man damit leben kann, aber schon der Kollege Pfeil hat darauf hingewiesen, dass eine Tendenz das Entscheidende ist und diese Tendenz ist mit Sicherheit so, dass man sie ganz genau im Auge behalten muss, damit wir nicht wirklich in eine Schere kommen und wir keinerlei freie Spitze mehr haben.
Wir werden mit Sicherheit bei diesem Abänderungsantrag, der von den drei Fraktionen gekommen ist, nicht dagegen sein, aber wir möchten ganz klar dokumentieren, dass wir mit der Vorgangsweise der Budgeterstellung und der Budgetverhandlung nicht einverstanden sind, dass wichtige Projekte nicht beinhaltet sind und werden uns daher bei dem Abänderungsantrag der Stimme enthalten und hoffen, dass wir für unseren Abänderungsantrag ihre Zustimmung bekommen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke Herr StR Mayrhofer, Herr GR Apfelthaler bitte.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Wertes Präsidium, meine Damen und Herren im Gemeinderat, im Speziellen den Herrn StR Eichhübl.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:
Habe die Ehre!

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Jeder Voranschlag ist üblicherweise immer ein Anschlag auf das Geld des Steuerzahlers, sonst würde er nicht Voranschlag heißen, aber so wie das Amen im Gebet gehört halt auch dazu, dass sich dann die Parteien auf die Füße machen müssen und ihre Projekte einbringen sollen. Da heißt es Bleistift spitzen, vielleicht die Schuhe wechseln und dann in Budgetverhandlungen eintreten. Das haben wir ja alles gehabt. Heuer haben wir es nicht gehabt mit der ÖVP. Fünf Jahre haben wir es aber schon getan.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Wir zwei?

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Wir zwei nicht, wir nie.

Gelächter
GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Sich jetzt herausstellen und zu sagen, die Personalentwicklung usw., alles ist so schlecht, dann fehlt wieder so manches; also mir haben die Krokodilstränen von der vorigen Sitzung schon gereicht. Aber 5 Jahre zu koalieren und dann zu sagen, das taugt mir gar nicht, oder dieses und jenes ist so schlecht, das müssen wir beobachten, das passt nicht.
Gut, ich muss aber auch sagen, es tut mir trotzdem Leid, dass die ÖVP sozusagen diesen Weg eingeschlagen hat, oder einschlagen hat müssen, weil eine gute Vorbereitung ist das nicht, während der Sitzung mit dem Zettel zu kommen, ich hätte mir das auch anders vorstellen können.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Sind sie anders gekommen?

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Ich bin anders gekommen, ich komme aber immer anders. Ich weiß schon, wie ich kommen muss.

Gelächter

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Aber vielleicht hängt es auch mit dem zusammen, dass halt manche Forderungen überzogen waren. Auf das kommt man auch im Laufe des Jahres darauf, dass halt manches ein bisschen zu teuer wird,

oder vielleicht nicht so geht, wie man es sich vorstellt. Auf das kommt man halt dann darauf, da gibt es halt dann auch Verletztheiten, Beleidigtheiten bis hin zu Entzugserscheinungen. Ja, Politik ist nicht nur Sache alleine, das ist auch eine klimatische Geschichte und darum sage ich, schade dass ihr zu dem neigt, aber nichts desto trotz Asche zu Asche. Jetzt reden wir einmal was wir im Budget drinnen haben und das ist weitaus erfreulicher, das muss ich schon sagen, weil sich etwas bewegt und das ist fesch. Jahre, wenn nicht jahrzehntelang hat sich in vielen Dingen nichts bewegt. Es hat sich schon etwas bewegt, aber in anderen Dingen. In Sachen, die uns wichtig waren, haben wir halt gebissen, manche hier herinnen können das eh und dann wird es auf einmal etwas. Da muss man halt dran bleiben, nicht beleidigt sein. Langjährige Forderung von uns Streetworkern - jetzt haben wir es geschafft, dass wir einen dritten Streetworker haben, super und vielleicht schaffen wir es auch, dass wir noch einen vierten haben, traumhaft. Wir wissen ganz genau, dass wir sie brauchen, aber wie lange sind wir gelaufen, bis wir sie gehabt haben, manche erinnern sich noch. Oder die Jugendstudie, lange Gebete, einsame Nächte. Drei Jahre, wir haben die Jugendstudie und jetzt gehen wir ans Umsetzen. Jugendtanztheater, ist heute schon gesprochen worden, haben wir eh drinnen. Die Bruckner Sängerknaben, auch eine Einrichtung, die uns viel Freude bringen wird und die auch zum Wohle dieser Stadt als Reklame beitragen können. Ja und die Literraritäten, die sind drinnen. Wir haben uns, glaube ich, fünf Viertelstunden darüber ausgelassen, warum und wieso und warum nicht.

Vielleicht ein Satz noch zum Herrn Dir. Lengauer, am liebsten habe ich so Tagesordnungspunkte vom Herrn StR Mayrhofer, wo es sich so um Kanalröhren dreht, weil da regt sich keiner auf, da schreit mich keiner an, da bekomme ich nicht irgend so eine oberpädagogische Sülze von der Fr. Michaela Frech, sondern da wird einfach trocken darüber geredet. Ich achte den Herrn Direktor ohnehin und ich lege ihm das auch nicht irgendwie negativ aus, aber manchmal ärgert es mich und da komme ich mir vor wie in der Volksschule, da kommt der Herr Lehrer und schreit mich einfach an. Macht ja nichts, ich sehe es eh nicht negativ, aber ich glaube, es hätte eine viel bessere Vorgangsweise gegeben, nachdem ohnehin im Kulturausschuss darüber geredet worden ist, denke ich mir, dass das eine Sache des Vertrauens ist, wenn man sich darüber einig ist, dass alle Fraktionen das durchsetzen, dann kann man nicht hergehen und sagen, dass man da so ein eigenes Steckenpferd mit dem Liberalen Forum reitet, sondern dann muss man auf das vertrauen, dass die anderen Fraktionen - falls man selber nicht mitgehen will oder kann - das durchsetzen und wenn ich da lese, dass dieser Antrag bereits am 28. November geschrieben worden ist, dann wäre bis jetzt ja locker Zeit gewesen, zu irgendwem von den anderen Fraktionen zu gehen und zu sagen, ich weiß nicht wie es bei uns wird, aber ihr werdet es hoffentlich schon machen, denn das wäre uns wichtig gewesen. Das wäre vom 28. bis jetzt sicher gegangen, aber so zu tun, wie wenn ich mit keinem hätte reden können, das glaube ich eigentlich nicht.

Okay, tun wir weiter; Sozialplan haben wir Gott sei Dank wieder drinnen, diese € 1.000,--, und da geht es einfach auch um den Inflationsausgleich, den wir haben. Nein, Entschuldigung, das ist das Gesundheits- und Sozialservice. Beim Sozialplan haben wir natürlich diese Kosten drinnen, die uns da entstehen würden. Ich muss eines sagen, und das muss ich immer wieder sagen, so billig wie wir Teile des Sozialplanes bekommen, bekommen wir es nirgends. Ich muss auch immer wieder sagen, die Riesenschwarte der Stadt Wels, die liegt gut und ruht in irgendeinem Kasten drinnen, da wird weder evaluiert, noch sonst etwas, sie hat nur Millionen gekostet und ist ungefähr - ich schätze einmal - 15 cm dick. Bei uns geht das Gott sei Dank anders, und ein Bravo, dass wir es auch im Budget machen können, weil ich denke mir, das sind wichtige Standbeine, die eine Kommune einfach braucht. Wenn wir keinen Sozialplan haben, dann irren wir in der Gegend herum. So, was mich natürlich besonders freut, dass wir zum Klimabündnis beitreten. Das ist ein Schritt, Wahnsinn. Wie lange sind wir jetzt hier herinnen - 18 Jahre? Wir zwei nicht, aber 21 Jahre, unfassbar. Seit 21 Jahren tun wir beißen, beißen, beißen. Der Herr Mag. Lemmerer lächelt, der erlebt es seit 10 Jahren. Bei jeder Budgetsitzung sagen wir, wir brauchen das, wir können uns nicht aus der Verantwortung stehlen. Gerade heuer haben wir es beim Hochwasser wieder bemerkt, das ist keine Steyr-spezifische Angelegenheit, das hängt mit unserem Klima zusammen; und da keinen Beitrag zu liefern, da keine Maßnahmen zu setzen, auch wenn global gesehen, das ganz kleine Steyr dasteht, aber da nicht mitzuhelfen, Schritte zu einer Klimaverbesserung zu machen, ich denke mir, das würde bedeuten, dass man glaubt, man ist eine Insel, aber man ist es nicht. Wir haben es heuer hautnah erlebt, was es

heißt wenn das Wasser nicht mehr gescheit abfließen kann, wenn Ströme daher kommen, wenn man merkt, dass es immer wärmer und wärmer wird und wir überschwemmt werden, dann sind nicht unbedingt wir als Stadt daran Schuld, aber wir können umgekehrt Maßnahmen ergreifen, die auf Dauer gesehen den Versuch darstellen, solche Katastrophen im Vorfeld zu verhindern oder zumindest zu mildern. Dazu gehört einfach auch, dass wir uns auch innerlich dazu bekennen, dass wir für das Klima etwas tun wollen.

Umweltschutzförderungen sind uns von 8 auf 6 herunter gestrichen worden, haben wir wieder auf € 8.000,-- erhöht.
Die nächsten Punkte; die Blindensteine, das sind Steine, wo sich Blinde orientieren können wo jetzt die Haltestellen kommen etc., also spürbare Niveauunterschiede am Boden. Ich denke mir, nächstes Jahr haben wir das Jahr der Behinderung, wenn wir das nicht getan hätten, wären wir irgendwie etwas komisch da gestanden. Wir haben sie ursprünglich mit € 20.000,-- drinnen gehabt, wir haben sie auf € 10.000,-- reduziert, aber wir machen sie. Wir machen nicht gleich alles, aber zumindest einen Teil. Es wäre das Gleiche gewesen, wenn wir das beim Fahrradmarketing weggestrichen hätten, weil auf der einen Seite werden wir dafür belobigt, dass wir so eine fahrrad-freundliche Gemeinde sind und schwups ist es aus dem Budget draußen. Das schaut irgendwie so aus, jetzt tun wir, tun wir, tun wir bis wir einen Preis bekommen und dann lassen wir es wieder, um das geht es ja wirklich nicht. Bezüglich dem Jahr der Behinderung, das ist auch ein Zeichen, dass die Stadt auch für behinderte Menschen etwas übrig hat und - ich sage es jetzt extra noch einmal, obwohl es eine Kleinigkeit ist - ich habe mich selber einmal einen ganzen Nachmittag in einen Rollstuhl gesetzt und mir das angeschaut, ob denn das wirklich stimmt, dass die Frau Abgeordnete Haidlmayr, wenn sie ins Rathaus hinein fährt, nie mehr wieder hinaus kommt. Jetzt ist sie aber Abgeordnete in Wien, was tut sie, wenn sie da Tag und Nacht drinnen ist und mit ihrem Rollstuhl nicht hinaus kommt. Wir sind dann drauf gekommen, dass das alles nur 2 bis 3 cm beim Eingang sind, sich die Vorderräder so einklappen, dass sie nicht heraus kommt. Das ist ja nur eine Kleinigkeit, in Wahrheit fehlt nur so ein Dreikantprofil, dass man das hinschiebt, dass man heraus fahren kann. Aber ich bin selber erstaunt, was das für eine Arbeit ist, als Behinderter in Steyr unterwegs zu sein. Das ist eine Wahnsinnsarbeit, ich habe am Abend einen Muskelkater gehabt, den vergönn ich keinem - weder den gegnerischen Fraktionen, noch den befreundeten, weil das war ein Wahnsinn. Da sieht man es erst und das sieht man erst dann, wenn man selber in so einem Rollstuhl drinnen sitzt.

Das Grünraumkonzept wurde heute schon angesprochen, was ist das denn überhaupt. Das Grünraumkonzept war ursprünglich drinnen, das ist eine stadtplanerische Maßnahme, damit man einmal schaut, welche Grünräume haben wir überhaupt in Steyr. Grünräume können auch Freiräume sein und dass man die einmal katastert, dass man die einmal digitalisiert und schaut, was haben wir alles da und vor allen Dingen, was machen wir alles damit. Sind das irgendwelche Wiesen, die in der Gegend herum stehen, oder sind das Gebrauchsflächen usw. Die sind aus dem Budget herausgestrichen worden. Da waren wir ein bisschen verbittert und haben gesagt, eigentlich ist das eine interessante Sache, die zusätzlich zu unserer Stadtplanung dazu gehört, aber wir machen einen anderen Vorschlag. Wir machen einen Vorschlag dahingehend, da hat es eine Superaktion in der Steiermark gegeben, da sind das Land, der Bund und die Stadt hergegangen und haben gesagt, wir lassen von Jugendlichen unsere Freiräume untersuchen. Wir lassen sie sie anschauen, ob das beliebte Freiräume, oder auch unbeliebte sind, weil das gibt es ja auch, dass irgendwelche Winkel einfach unbeliebt sind, die will man einfach nicht, weil sie irgendwo hässlich sind, weil sie nicht gepflegt sind etc. und wir schauen und trachten dann, dass die Jugendlichen aus sich selbst heraus Vorschläge für diese Freiräume entwickeln und diese Freiräume auch gestalten. Also eine Form von Mitarbeit, die einerseits die stadtplanerische Angelegenheit gut erfüllt, weil wir bekommen das sozusagen gratis dazu geliefert - ich sage fast gratis - mit Zusammenarbeit der Stadt und auch die Jugendlichen, nicht nur die Jugendlichen, auch Familien etc. können sich an diesem Gestaltungsprozess beteiligen und zum Schluss sollen quasi - vielleicht in einem Projekt, oder vielleicht in Zusammenarbeit mit den Schulen - diese Freiräume, wahrscheinlich werden wir nicht alle schaffen, aber bestimmte, einfach gestaltet werden. Das bekommen wir sogar um € 5.000,-- billiger, als ursprünglich für das veranschlagt worden ist, das kostet € 15.000,--, das bekommen wir einfach dazu. Dieses Programm hat den Charme, dass wir einerseits das Grünraumkonzept dazu bekommen und andererseits die

Möglichkeit haben, dass sich Schulen an diesem Prozess beteiligen können, auch Vorschläge liefern können und dazu auch etwas Haptisches zu machen. Das finde ich eine gute Geschichte, das kann man dann in diversen Ausschüssen näher besprechen.

Die Schulen sind natürlich herausgestrichen worden und ich habe mit Genuss den Leserbrief der Fr. Koppensteiner gelesen, wo sie natürlich vollkommen Recht gehabt hat, weil ich denke mir, es geht nicht so ohne weiteres, dass man da alles auf Null streicht. Wir wissen ganz genau - meine Frau ist auch Lehrerin, wir haben auch einige Pädagogen hier herinnen und der Kollege Bremm hat es auch angesprochen - wir haben einfach Defizite im Schulbereich, das ist ganz klar und wir brauchen dieses und jenes, wir müssen dort und da reparieren, wir brauchen auch Computer etc. Dann war es im Budget auf Null und da haben wir gesagt, da müssen wir etwas tun. Jetzt sind Gott sei Dank Gelder drinnen, aufgeteilt auf Volks- und Hauptschule, dass das natürlich noch nicht das Ende der Fahnenstange ist, das wissen wir auch alle genau. Wir bräuchten wahrscheinlich das Fünffache oder das Zehnfache, aber wir müssten schauen, dass wir für nächstes Jahr zumindest die dringendsten Dinge tun.

Produktionsschule, das ist auch so ein Bauchwehthema, das uns heuer eigentlich intensivst beschäftigt hat und das ich mit äußerstem Unbehagen verfolgt habe. Insofern, weil ich mir nämlich denke, es ist in den Gremien, oder über die Medien, was die Produktionsschule anbelangt, nicht immer das allernetteste Bild vermittelt worden. Ich glaube, das war kein besonderer Dienst seitens der ÖVP, auf einen Titel zu beharren, ist das jetzt eine Produktionsschule, oder ist es keine, muss dass dort oder da sein. Ich glaube, dass all jene Eltern, deren Kinder arbeitslos sind, oder in einem besonderen Zustand sind, wo sie einer Unterstützung etc. bedürfen, uns das nicht abnehmen, dass wir über Titel, Namen und Standorte streiten, sondern die sagen einfach zu Recht, ihr müsst etwas tun, ihr müsst es angehen, weil wir sehen überhaupt nicht ein, weil sich 2, 3 Parteien über Inhalte streiten, dass deswegen die anderen, die nicht die Möglichkeit haben jeden Tag mit dem Mercedes in die Arbeit zu fahren, nicht auch zu einem Anteil an ihrem Glück oder ihrer Zukunft kommen.

Fahrradmarketing habe ich ja schon angesprochen, wir sind für unsere Maßnahmen belobigt worden. Gott sei Dank haben wir es wieder im Budget drinnen.

Was jetzt die Restmittel Posthofknoten und die Vorfinanzierung Taborknoten anbelangt, das ist auch so ein Kapitel, über das heute auch schon gesprochen wurde. Es ist ja wirklich so, dass es ein Wahnsinn ist. Alle Straßen, die mittlerweile das Land bei uns gebaut hat, sind eigentlich keine Straßen sondern Versuchsstrecken, wo man dann halt abwartet, wie sich das entwickeln wird. Der Kreisverkehr in Münichholz, der ist ein Wahnsinn, der würde eigentlich in die Filmsendung „Universum“ gehören, weil das ist eine Insel, die in Wahrheit ein See ist - oder zumindest war. Abgesehen davon, dass man dort die Lastwägen mit der Hand um die Kurve tragen muss, ist fast alles, was das Land bei uns so gebaut hat, mit gröbsten Mängeln behaftet. Da verlass ich mich ehrlich gesagt nicht mehr darauf, wie denn so die hundertprozentige Fachmeinung des Landes ist, da müssen wir selber die Initiative ergreifen, falls da nichts weitergeht. Anscheinend helfen da Essensgespräche mit dem zuständigen Landesrat auch nichts. Es ist vielleicht in Steyr gut essen, ...

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Er isst ja nicht in Steyr!

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Gut, in St. Ulrich; das kann auch sein, ein bisschen abgehoben ist halt St. Ulrich, da mag er das Steyr vielleicht nicht so sehen.
Es nützt nichts, ich wäre ja noch weiter gegangen und hätte gesagt, dass wir auch den Kreisverkehr an der Nordspange vorfinanzieren sollten, weil ich überhaupt nicht einsehe, dass dort seit dem Bau der seltsamen Kreuzung zig Unfälle passieren. Ich glaube mittlerweile sind es 45 Unfälle, da würde ich auch sagen, wenn das so im Argen liegt und wenn die Stadt das im Interesse ihrer Bürger macht, müsste man auch das vorfinanzieren, damit der gute Herr Landesrat einmal merkt, dass wir uns nicht immer auf den Kopf hauen lassen, sondern dass wir auch eine Verantwortung in diese Richtung

haben.
So, ich komme schon zum Ende.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:
Nein, nicht!
GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Soll ich lieber weitertun? Irgendwo ist es ja auch lustig, es war schon lange nicht mehr, dass wir so ein gemeinsames Budget mit FPÖ und Grüne ...

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Noch haben wir es nicht beschlossen!

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Nein, wir haben es eh auch noch nicht beschlossen. Hoffentlich fragt uns keiner, ob das auch Charme hat.

Unverständlicher Zwischenruf

Gelächter

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Wir können ja irgendwo so verbleiben, dass wir sagen, okay es kommt Weihnachten, ...

Unverständlicher Zwischenruf

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Warum denn nicht, bitte ein Kerzerl können wir schon ins Fenster stellen, wenigstens bis Anfang 2003, dann geben wir es uns eh wieder. Aber zumindest bei dem Budget sagen wir, gehen wir miteinander und dann heißt es nur mehr Danke sagen in Richtung der Beamtenschaft für die viele Arbeit und für die vielen Stunden, bis in die Morgenstunden - habe ich sogar vernommen.
Danke, ich wünsche uns einen guten Verlauf und dass dieses Budget halten möge.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Frau Mag. Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Der Kollege Lengauer hat sich vor mir zu Wort gemeldet.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Herr GR Lengauer bitte.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:
Einfach eine Fußnote für den Herrn Apfelthaler. Ich möchte feststellen, dass sie im Vorjahr gegen das Budget gestimmt haben und dort war das selbstverständlich klar überlegt, bei uns scheint es nicht so zu sein - meinen sie. Ich möchte nur ihre Einleitung bei der vergangenen Budgetgemeinderatssitzung vorlesen, den Ton finde ich nicht ganz, aber den Wortlaut habe ich da: „Ich muss mich zurückhalten, weil jetzt kommen mir bald die Tränen, was da so an vorweihnachtlicher Harmonie verströmt wird, da müssten wir alle Fenster aufreißen, weil mir schon so warm ums Herz wird.“

Gelächter

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:
„Ich habe schon überlegt, ob ich nicht einen Abänderungsantrag im Sinne des Bürgermeisters Sieghartsleitner stellte, dass wir so lange sitzen bleiben, bis wir einer Meinung sind, aber ich glaube

nicht, dass das so einen besonderen Erfolg bei der Durchsetzung hat. Nun gut, nachdem da herinnen so eitel Wonne herrscht, mag ich vielleicht zu der Süße noch ein bisschen Salz dazu geben, bevor es zu pickert wird und wir wirklich länger sitzen bleiben als ausgemacht."

Gelächter

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:
Das waren ihre Worte zum vergangenen Budget.

Beifallskundgebung

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Herr GR Eichhübl bitte.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:
Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, werte Gäste. Ich werde mich jetzt bemühen, trotz der Heiterkeit, die jetzt ausgebrochen ist, ein paar ernste Sätze zu sagen und ich hoffe, dass sie mir auch zuhören. Ich werde mich, so wie immer, sehr kurz halten.

Unverständlicher Zwischenruf

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:
In 1 ½ Stunden bin ich fertig, ich danke für ihr Verständnis.

Gelächter

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:
Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, ich werde jetzt nicht in den Chor der ÖVP mit einstimmen, die sich heute ja bereits sehr bitter und des öfteren darüber beschwert hat, dass sie angeblich in die Budgetvorverhandlungen nicht einbezogen wurde, obwohl der Fraktionsobmann vorher, hier heraußen, erklärt hat, dass er zwar eine Gesprächsrunde mitgemacht hat, aber diese offensichtlich nur einige Minuten gedauert hat. Was ich als nicht fair empfunden habe, das sage ich auch sehr deutlich in dieser Runde, dass es heuer und heute erstmals so war, dass die ÖVP-Fraktion alle anderen Gemeinderatsmitglieder mehr oder weniger in Geiselhaft genommen hat und hier eine Fragestunde veranstaltet hat. Aber es ist ja dann doch wieder besser geworden, wenn ich die Wortmeldung vom Kollegen Mayrhofer im Ohr habe, der sich ja offensichtlich dann vor der eigenen Kühnheit erschrocken hat und erklärt hat, na ja, so ganz werden sie ja eh nicht dagegen sein, sondern sie werden sich der Stimme enthalten. Meine Damen und Herren, das soll aber nicht heißen, dass ich hier heraus gekommen bin, um eitel Wonne zu verbreiten, sondern auch ich werde einige Kritik anbringen. Ich beginne damit, dass ich eigentlich sagen könnte, wenn ich jetzt die Länge meiner Wortmeldung bei der wichtigsten Sitzung des Jahres - und das ist ja zweifelsohne die Budgetsitzung - an die Länge der Budgetvorverhandlungen, bevor dieses Buch ausgedruckt wurde, anpassen würde und daran denke, dass es vor einigen Jahren Zeiten gegeben hat, wo die berühmten 100 Stunden und mehr an Vorverhandlungen aufgebraucht wurden, dann könnte ich es mir jetzt sehr einfach machen. Ich bräuchte sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, eigentlich nur zu einer Schweigeminute aufrufen und mich dann wieder niedersetzen. Das werde ich aber nicht tun, denn es ist wohl mehr als angebracht, dass wenn es um ein Budgetvolumen - den ordentlichen und außerordentlichen Haushalt zusammengefasst - in Höhe von 102.768.500,-- Euro geht, dazu kommen noch die Veränderungen des Abänderungsantrages, auf den ich dann noch näher eingehen werde, dass man dann noch einige Anmerkungen macht und auch einen Blick hinter die Kulissen wirft. Auch zur Budgetentstehung möchte ich aus meiner Sicht einiges anmerken. Selbstverständlich kann man - ich habe das vorhin ja schon angesprochen - die Budgetvorverhandlungen auch übertreiben, so wie das eben vor Jahren schon geschehen ist, als diese berühmten 100 Stunden unter einem Moderator, dessen Namen ich nicht sage, weil sonst verbessert mich der Kollege Bremm gleich wieder, aufgewendet wurden, um eben zu einem Ergebnis zu kommen. Man kann aber auch die rechtzeitige Einbindung aller

Fraktionen dieses Gemeinderates auf ein Minimum reduzieren, wie das auch heuer wieder geschehen ist, bevor dieses Budget ausgedruckt wurde. Gerade in einem Jahr, meine sehr geehrten Damen und Herren, des Jahrhunderthochwassers, das ja auch der Stadt und nicht nur den Bürgern bedauerlicherweise enorme Schäden zugefügt hat, hätte ich mir eigentlich erwartet, dass dies bei den Budgetvorbereitungen entsprechend berücksichtigt worden wäre. Daher ist es nicht einfach, aus meiner Sicht kritiklos zur Kenntnis zu nehmen, dass bis auf die Bürgermeistergespräche kurz vor der heutigen Gemeinderatssitzung, die politische Ebene lediglich mit einem fertigen, teilweise zusammengestrichenen Voranschlag in einer Stadtsenatssitzung und in einer Sitzung des Finanz- und Rechtsausschusses konfrontiert wurde. Tatsächlich war es ja so, dass es Budgetvoranmeldungen vonseiten der Fachabteilungen gegeben hat, die dann zum Teil sehr massiv gekürzt wurden. So auch der vorgesehene Investitionskostenzuschuss für die Stadtbadsanierung. Ich habe ja bereits in der letzten Gemeinderatssitzung die Gelegenheit wahrgenommen und darauf hingewiesen. Um aber in der Geschichte weiter zu gehen, darf ich in Erinnerung rufen, dass es dann so war, dass diese Budgetzahlen ausgedruckt, in Buchform gebracht und dann dem Stadtsenat als Antrag an den Gemeinderat zur Beschlussfassung vorgelegt wurden. Erst danach, was eigentlich auch eine Novität dargestellt hat, so konnte ich das aufgrund meiner langjährigen Erfahrung feststellen, wurde der Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschuss damit befasst. Aufgrund dieser, von mir geschilderten Vorgangsweise war es eigentlich nicht möglich auf politischer Ebene vorerst an dieser Budgetvorlage etwas zu ändern. Erst später gab es dann ein Gespräch mit dem Finanzreferenten, Herrn Bürgermeister Forstenlechner, über mögliche Veränderungen gegenüber dem ausgedruckten Voranschlag für das kommende Jahr 2003. Wir, meine sehr geehrten Damen und Herren, von der freiheitlichen Gemeinderatsfraktion haben diese Gelegenheit genutzt, nicht nur eines, sondern mehrere ernsthafte Gespräche zu führen und haben auch unsere Themen und die Themen, die dort behandelt wurden, sehr ernst genommen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, was sind eigentlich die herausragenden Eckpunkte dieses Voranschlages für das Rechnungsjahr 2003? Der ordentliche Haushalt sieht Einnahmen und Ausgaben in Höhe von Euro 81.421.000,-- vor, um 3,4 Mio. Euro mehr als 2002, wenn ich - und ich betone es - von dieser gedruckten Vorlage ausgehe. Dazu kommt natürlich jetzt der Nachtrag. Wobei die Einnahmen im Wesentlichen aus eigenen Steuern in Höhe von rund 21,6 Mio. Euro, den Ertragsanteilen von rund 31 Mio. Euro, von den Gebühren gemeindeeigener Einrichtungen in Höhe von 9,34 Mio. Euro, den Einnahmen aus Leistungen von Euro 11.185.000,--, aber auch aus Entnahmen von Rücklagen in Höhe von 2,33 Mio. Euro resultieren. Bei den Ausgaben sind die Leistungen für Personal, der Verwaltungs- und Betriebsaufwand, sowie die laufenden Transferzahlungen, die größeren Posten. Diese drei Bereiche, und das sage ich jetzt sehr bewusst und unterstreiche das, machen in Summe Euro 63.798.000,-- aus. Das sind 78,3 % des gesamten ordentlichen Haushaltes. Ich betone dies deshalb, um aufzuzeigen wie eng eigentlich der freie Spielraum dieser Budgetvorlage und dieser Gesamtsituation ist. Lediglich Euro 13.845.200,-- waren in Summe vorgesehen für Schulen, Kinder- u. Tagesheimstätten, Altenheime und andere soziale Einrichtungen, die freiwillige Feuerwehr sowie Sport- und Bildungseinrichtungen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich brauche, glaube ich, nicht besonders darauf hinzuweisen und zu betonen, dass wir freiheitlichen immer diese Bereiche unterstützt haben und wir werden das auch in Zukunft so halten. Der außerordentliche Haushalt in Höhe von Euro 21.347.000,-- wird aus Kapitaltransferzahlungen in Höhe von 4,46 Mio. Euro, durch 1,97 Mio. Euro Rücklagenentnahme, durch Entnahmen aus Veräußerungen von Vermögen in Höhe von Euro 1.190.400,--, sowie durch Schuldenaufnahmen in Höhe von Euro 13.714.000,-- finanziert. Damit wären unter anderem für das APM Euro 6.695.000,--, für die Bezirkssporthalle Euro 4.420.000,--, für den Straßen- und Brückenbau Euro 2.447.000,-- und für den Kanalbau Euro 1.750.000,-- bereit gestellt, um lediglich wieder nur auf die größeren Beträge hinzuweisen. Wobei vor allem die Mittel für den Straßenbau, das wurde auch bereits vom Kollegen Mayrhofer angeführt, höchstwahrscheinlich nicht ausreichen werden. Auch hier gilt der Hinweis, dass wir vieles mittragen, aber auch dort und da Kritik üben und geübt haben. Das betrifft z. B. den Standort der Bezirkssporthalle und die damit in Verbindung stehenden - dem Ennserknoten vorgezogenen und vorgelagerten - Verkehrsbaumaßnahmen, die wir - und das haben wir bereits heute durch unseren Fraktionsobmann sehr deutlich zum Ausdruck gebracht - vehement ablehnen. Betrachtet man die Gesamtentwicklung der budgetären Grundlagen, so ist festzustellen, dass die Rücklagen von Euro 9.359.000,-- Anfang 2002 auf Euro 5.149.200,-- Ende 2003 absinken. Die Schulden jedoch innerhalb

dieser 2 Jahre von Euro 34.334.300,-- auf Euro 50.909.300,-- ansteigen werden. Meine Damen und Herren, ich komme jetzt noch nicht zum Schluss, denn man sollte eigentlich glauben, dass aufgrund dieser Entwicklung, dieser Bereitschaft, vieles in das Budget aufzunehmen, alle Anforderungen sozusagen erledigt werden, dem ist aber nicht so. Ich nenne jetzt sehr bewusst einen Bereich aus meinem Ressort, dass das eben nicht so dargestellt wurde, es hat sich dann nur geändert, aber darauf komme ich noch zurück. Trotz der Tatsache, und das möchte ich schon auch sehr deutlich vor diesem Gemeinderat wieder einmal zum Ausdruck bringen, dass der Verkehrsbetrieb ein Minus in Höhe von Euro 1.174.000,-- hat und die Bäder haben ebenfalls ein Minus von Euro 690.000,-- jährlich erwirtschaftet, wird das intern von den Stadtwerken abgedeckt. Das heißt also, es ist in diesen beiden Teilbereichen kein Zuschuss von der Stadt erforderlich. Außerdem haben wir heuer einen bereitgestellten Betrag, der in der Größenordnung von 9 Mio. Schilling gelegen ist, für eine Investition der Verkehrsbetriebe nicht beansprucht. Dazu kommt noch, dass die Stadtwerke eine sogenannte Gebrauchsabgabe von Euro 296.000,-- jährlich brav und fleißig der Stadt überweisen, während auf der anderen Seite die Stadt noch aus dem Jahre 1999 - der Finanzdirektor Lemmerer lächelt schon, weil ich ihm das die letzten Tage mehrmals gesagt habe - aus dem Jahre 1999, ich betone das, Euro 67.687,-- den Stadtwerken schuldet. Unter all diesen Gesichtspunkten, meine sehr geehrten Damen und Herren, hätte ich mir eigentlich nicht erwartet, dass die angesprochenen Finanzmittel für die erste Etappe der geplanten Stadtbadsanierung so massiv gekürzt wurden. Nun liegt ein Abänderungsantrag vor, den die freiheitliche Gemeinderatsfraktion mitgestaltet hat, der nicht nur Sanierungsmaßnahmen im Freibad, sondern auch bauliche Verkehrsmaßnahmen beim Taborknoten vorsieht, um jetzt wieder nur einige Beispiele zu nennen. In Zahlen, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, ergibt dieses Veränderung durch den gemeinsamen Abänderungsantrag folgendes Bild: Es wird der ordentliche Haushalt um Euro 4.565.400,-- und der außerordentliche Haushalt um Euro 750.000,-- ausgeweitet.
Wobei aber wirklich eines festzustellen ist - und das halte ich auch für sehr wichtig, denn ich kann mich nicht erinnern, dass einer der Debattenredner bereits heute darauf hingewiesen hat, mit Ausnahme des Herrn Bürgermeister, der das, so glaube ich, erwähnt hat - dass laut Voranschlagerlass des Landes im ordentlichen Haushalt bei den Einnahmen Euro 1.723.000,-- weniger bemerkbar sind, aber bei den Ausgaben eine Erhöhung um Euro 375.725,-- zu Buche schlägt, was ja eindeutig beweist, dass die Schere zwischen dem, was wir an finanzieller Unterstützung vom Land erhalten und dem, was wir ans Land bezahlen immer größer wird. Das heißt also, der Handlungsspielraum wird immer kleiner. Das wird aber in Zukunft, so meine ich, nicht so weiter gehen können, es kann ja bitte wirklich nicht so sein, dass das Land sich großartig hinstellt und von einem Budgetüberschuss spricht, der von den Gemeinden und zu Lasten der Gemeinden erwirtschaftet wird. So wird es wahrscheinlich in Zukunft nicht weitergehen, und ich erlaube mir auch, das hier sehr deutlich zum Ausdruck zu bringen.

Diskussion verschiedener Mandatare

Ordnungsruf

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:
Meine sehr geehrten Damen und Herren, jetzt komme ich fast zum Schluss. Wir haben - und das habe ich bereits erwähnt - die Gelegenheit wahrgenommen, zum Unterschied zur ÖVP-Fraktion, und haben Verhandlungsgespräche geführt. Ich kann hier betonen, dass diese Verhandlungsgespräche mit dem Herrn Bürgermeister und dem Herrn Finanzdirektor sehr offen ausgetragen wurden. Wir haben uns gegenseitig nichts vorgemacht, meine Damen und Herren, wir freiheitlichen wissen, dass dieses Budget ein Kompromiss ist. Ein Kompromiss jener Möglichkeiten, die eben diese finanzielle Grundlage bietet. Wir freiheitlichen sind bereit und waren immer bereit Mitverantwortung zu tragen, auch wenn Dinge mit dabei sind, die halt nicht so angenehm sind. Wir werden daher, aus diesem Grunde, weil wir diese Mitverantwortung dem Bürger gegenüber selbstverständlich auch vertreten werden, dem vorliegenden Haushaltsvoranschlag für das Jahr 2003 die Zustimmung geben.
Ich danke ihnen für die Aufmerksamkeit.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Frau Mag. Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste. Der Kollege Eichhübl hat gesagt, er wird es kurz halten, es ist dann doch ein bisschen länger geworden. Ich verkünde, dass ich es kurz halte und ich werde es auch kurz halten, ich brauche 5 Minuten und nicht länger.
Es ist nämlich deshalb sehr einfach, hier eine Budgetrede für den Voranschlag 2003 zu halten, weil man sie im Prinzip, im Großen und Ganzen, auf das Gemeinderatsprotokoll 1997 verweisen kann, wo im Prinzip genau das drinnen steht, zu dem ich damals gestanden bin und zu dem ich heute noch stehe. Also, bei mir werden sie wenig finden, Herr Kollege Lengauer, an Witzigkeiten diesbezüglich, an Veränderungen, die plötzlich passieren.

Unverständlicher Zwischenruf

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Ja doch, es war ganz lustig.
Warum geht es? Im Endeffekt haben sie hier einen Voranschlag, der ja doch relativ umfangreich ist und das, worüber jetzt eigentlich diskutiert worden ist, sind je nach dem, ob man sich den ordentlichen oder den außerordentlichen Haushalt anschaut, 3 % oder 1%.
Das heißt, uns wird im Prinzip ein Voranschlag vorgelegt, der fix und fertig ist und wo es halt noch darum geht,
1 % oder 3 % zu verändern. Was wünschenswert wäre, ist dass man tatsächlich eine demokratische Erstellung des Budgets macht. Das kann aber nicht erst im November passieren, sondern das müsste schon früher stattfinden, auch die Planung dazu und die Einbindung der Fraktionen, natürlich auch die Einbindung der Bürger. Der Herr Bürgermeister hat heute schon einmal gesagt, es gibt eine Erinnerung - man muss sich das einmal vorstellen, eine einzige Erinnerung bei fast 43.000 Bürgern. Warum gibt es diese Erinnerungen nicht? Na ja, weil die Bürger dieses Recht gar nicht kennen. Hätten wir nicht netterweise das einmal in der Zeitung lesen können, dann wüssten wir das überhaupt nicht. Also, auch das zu forcieren, diese Bürgerbeteiligung, passiert eigentlich nicht wirklich.
1997 habe ich bekrittelt, dass es keine mittelfristige Finanzplanung gibt. Auch 2002 gibt es noch immer keine mittelfristige Finanzplanung, die beschlossen ist. Folgekostenrechnung, das ist immer noch etwas, was es nur in Ansätzen gibt. Dass Finanzverantwortung und inhaltliche Führungsverantwortung zusammen gehören, müsste etwas sein, das selbstverständlich ist. Dass nicht, wenn die Fachbeamten feststellen, es sind Vorhaben dringend notwendig, dass ihnen das dann im Rahmen der Budgeterstellung ständig alles wieder heraus gekürzt wird. Von der Ökonomisierung der Verwaltung merke ich auch nicht das, was seit Jahren eigentlich im Raum stehen sollte; Verwaltungsreform, Aufgabenreform. Kulturmanagement, das ist ganz interessant, Gemeinderatsprotokoll 1997, da habe ich mich darüber beklagt, dass es eigentlich schade ist, dass man zum Teil von der Landesausstellung her das Beschilderungssystem aus dem Kulturbudget genommen hat. Heute erfahre ich zufälligerweise, dass im letzten Stadtsenat anscheinend beschlossen worden ist, dass man aus dem Kulturbudget die Entleerung der Senkgrube für die Steyrtalbahn entnommen hat. Es hat sich seit 1997 nichts geändert und weil sich nichts geändert hat, meine Damen und Herren, können sie das alles auf der Seite 604 bis 609, oder Seite 686 bis 699 nachlesen, es hat sich nichts geändert. Ich möchte sie nicht langweilen, meine Position ist die gleiche geblieben. Solange hier keine Veränderungen sichtbar sind und solange vor allem eines nicht passiert - ich glaube, jeder von ihnen, der draußen berufstätig ist, in der Privatwirtschaft oder wo anders, kennt das eigentlich so, dass man zuerst Ziele hat, dass man die dann plant, dass man dann entscheidet, dass man etwas realisiert und dass man eine begleitende Kontrolle hat. In Steyr habe ich den Eindruck, dass wir mitunter zuerst etwas realisieren, aber geplant haben wir nicht und das Ziel wissen wir auch nicht. Oder wir haben die Planung, aber irgendwann wird es nicht realisiert, aus irgendwelchen Gründen, die sich ergeben. Im Endeffekt sind wir manchmal irgendwo schnell dort, um sehr teures Geld, wo wir vielleicht gar nicht hin wollten. Die Gesamtsicht der Dinge, ich muss sagen, das ist gerade im letzten Jahr spürbar geworden, ist irgendwo verloren gegangen. Da gibt es ein Stück, dort gibt es ein Stück, aber die Gesamtkonzeption, die Gesamtplanung und wo wollen wir

als Stadt gesamt gesehen hin, die ist irgendwo nicht da. Es gibt in der Politik so dieses Sprichwort: „Politik ist angeblich das lange Bohren dicker Bretter.“ In Steyr habe ich so den Eindruck, da kommt der Bohrer nie so recht durch, denn wenn er endlich einmal durchgekommen ist, wird das nächste Brett darauf gelegt, oder das Brett verstärkt und es tut sich wieder nicht. Das, meine Damen und Herren, finde ich sehr schade.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. 20 Minuten Pause.

PAUSE VON 16.28 UHR bis 16.50 UHR

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Meine Damen und Herren, wir setzen die Sitzung wieder fort. Herr Kollege Payrleithner bitte.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:
Der Kollege Mayrhofer ist noch draußen, ich wollte ihm kurz etwas mitteilen. Vielleicht können ihm das die Fraktionskollegen ausrichten. Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. In einem Punkt muss ich nämlich dem Herrn StR Mayrhofer durchaus Recht geben, nämlich was die Frage der Durchsetzung von verschiedenen Projekten und Budgetvorstellungen der einzelnen Fraktionen bei der Erstellung des Budgets anbelangt. Es ist natürlich tatsächlich so, dass auch immer wieder Dinge, die hier eingebracht werden, um einen möglichst breiten Konsens hier zu erreichen, dann entweder in Vergessenheit geraten, oder vielleicht aufgrund des Umstandes, dass auch von den Fraktionen oder den Referenten manchmal zuwenig Druck ausgeübt wird, diese Dinge dann nicht umgesetzt werden. Wir sollten uns wirklich alle Gedanken machen, wie wir das in Zukunft verhindern können bzw. dass diese Dinge, die im Budget beschlossen werden, dann auch tatsächlich umgesetzt werden. In diesem Zusammenhang ist eine Diskussion im Bauausschuss auch ganz interessant gewesen, wo der Baudirektor angeregt hat - und ich finde diesen Vorschlag auch sehr gut - in Zukunft Budgets auf 2 Jahre zu erstellen, Herr Finanzreferent, weil aufgrund der komplizierten Ausschreibungsverfahren, wir werden ja demnächst neue Ausschreibungskriterien aufgrund der Mitgliedschaft in der EU beschließen müssen, teilweise Warte- und Ausschreibungszeiten bis zu 7 Monaten auftreten können bzw. auch tatsächlich auftreten und dann soll uns wer erklären, wie wir das mit einem Jahresbudget alles über die Bühne bringen sollen. Das ist sicherlich sehr schwierig. Es wird in Zukunft schwieriger werden, daher wäre dieser Vorschlag auch für uns durchaus interessant. Es gibt da viel größere Gremien wie die Stadt Steyr, die durchaus Zweijahresbudgets erstellen und es wäre eine interessante Herausforderung für den Finanzreferenten, sich dahingehend Gedanken zu machen. Der Herr StR Mayrhofer hat noch ein Thema angeschnitten, das mich interessiert hat, es ist auch im Abänderungsantrag, den die ÖVP-Fraktion eingebracht hat, erwähnt. Es betrifft die Wirtschaftsförderung; weil er kritisiert hat, dass die Gewerbeförderung zusammengestrichen wurde. In dem Zusammenhang möchte ich hier einmal deponieren, dass es durchaus überlegenswert wäre, das bisherige System der Gewerbeförderung zu überdenken. Dieses System der Gießkanne, mit € 1.000,-- bis € 2.000,--, ob das wirklich noch zeitgerecht ist, das wage ich zu bezweifeln. Da wäre, glaube ich, Handlungsbedarf, dass man das auf neue Füße stellt, damit man denen, die es wirklich brauchen, auch Hilfe zukommen lässt und diese anderen Dinge in Zukunft weglässt. Es hat ja auch schon Gemeinderatsmitglieder gegeben, die auf der anderen Seite wieder die Subventionen und die Wirtschaftsförderungen der Großbetriebe kritisieren, vom ehemaligen Kollegen Treml, bis zur Frau Frech. Ich glaube, dass das in sehr großem Ausmaß letzten Endes für die Gemeinde wieder zurückgekommen ist, aber die andere Art der Gewerbeförderung überdacht werden muss.
Da fällt mir gerade etwas ein, weil es diese Woche in den Medien gestanden ist; Wirtschaftsförderung - und die Stadt leistet ja, wenn man auch den Budgetvoranschlag für nächstes Jahr anschaut, so wie in der Vergangenheit, gewaltige finanzielle Aufwendungen für das Stadtgut, für das Fazat und vor allem auch für das TIC. Wir haben dort ein großes Gebäude um rund 70 Mio. Schilling errichtet, die Auslastung ist nicht in dem Ausmaß eingetreten, wie wir es uns vorgestellt haben. Auf der anderen Seite stehen wir jetzt vor dem Problem, dass wir z. B. einen Steyrer Traditionsbetrieb haben, der zwar leider aufgrund politischer Umstände nur mehr rund 100

Beschäftigte hat und der jetzt keine Möglichkeit hat, sich in Steyr anzusiedeln. Ich meine die Firma Steyr-Mannlicher, ich sage das jetzt aus einem besonderen Grund, weil das ja auch medial abgehandelt wurde und mir das persönlich schon ein großes Bedürfnis wäre, wenn wir diesen Betrieb in Steyr halten könnten. Auf der einen Seite gigantische Beträge, Betriebsansiedlung TIC und TIC GesmbH. und was weiß ich wer noch aller sich in Steyr mit Gewerbe- und Betriebsansiedlung beschäftigt und auseinandersetzt - mit erheblichen Mitteln aus unserem Budget - und auf der anderen Seite ist es nicht einmal möglich, eine Widmung für einen derartigen Betrieb in Steyr zu haben, dass der in Steyr bleiben kann, der muss dann nach Adlwang, oder nach Garsten, oder sonst wo hingehen, damit er dort in einer Halle einen ganz normalen Produktionsbetrieb aufrechterhalten kann. Da geht es bitte um keine Verzinkungsanlage, oder sonst irgendwelche besonders umweltrelevanten Dinge, sondern da geht es um einen normalen Produktionsbetrieb, weil von diesen Dingen, die die Umwelt betreffen, hat sich diese Firma ohnedies längst verabschiedet, weil z. B. die Phosphortieranlage vergeben worden ist bzw. das auswärts gemacht wird. Also das ist für mich schon unverständlich und das ist auch für die Stadt kein gutes Beispiel. Wir haben das in der Vergangenheit leider auch schon mit dem Technologie- und Engineeringcenter usw. gehabt. Wenn man schon viel Geld ausgibt, ich bin auch wirklich dafür, dass man in diese Richtung viel Geld ausgibt, dann soll es auch einen Sinn haben und auf der anderen Seite soll es unmöglich sein, dass man so einen Betrieb in Steyr hält, das passt nicht ganz zusammen, das muss ich auch in dieser Deutlichkeit sagen. Es ist für uns alle sehr enttäuschend, dass man hier offensichtlich, wie es jetzt den Anschein hat, nichts machen kann. Da sollte man sich vielleicht auch überlegen, in welche Richtung dieser Gewerbepark geht, wenn man nicht einmal für so einen Betrieb dann die Lebensgrundlage erstellen kann. Das sind nicht nur die 100 Leute, die dort beschäftigt sind, das sind auch Steuereinnahmen, die uns in Zukunft verloren gehen und ich glaube, das ist ein diskussionswürdiger Punkt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke dem Kollegen Payrleithner. Wünscht noch jemand das Wort? Ich sehe, das ist nicht der Fall, dann kann ich nur mehr den Finanzreferenten um sein Schlusswort ersuchen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Es ist ja sensationell. Meine sehr geehrten Damen und Herren, auf ein paar Themen möchte ich bei meinem Schlusswort selbstverständlich eingehen. Es ist heute ja sehr viel über das Thema „Klima“ gesprochen worden und ich möchte bei dieser Gelegenheit auf das Thema „Verhandlungsklima“ eingehen, weil das ja ein ganz wesentlicher Punkt bei den Budgetverhandlungen im Vorfeld war. Eigentlich habe ich geplant gehabt, mit jeder Partei entsprechende Verhandlungen zu führen und ich habe auch entsprechende Einladungen ausgesprochen und Termine dafür reserviert. Leider Gottes war es so, dass gerade die ÖVP bereits nach wenigen Minuten gesagt hat, kein Vertrauen mehr zu uns und sie wollen mit uns nicht mehr reden. Ich habe das so zur Kenntnis genommen, es hat mir Leid getan. Der Herr Lengauer war derjenige, der beim Rausgehen, mehr oder weniger am letzten Abdruck gesagt hat, ist jetzt die Tür ganz zu? Ich habe gesagt, selbstverständlich nicht. Nur erwarte ich mir dann schon, dass das Gespräch dann von der ÖVP gesucht wird. Ich habe aber auch feststellen müssen, dass bei einigen Punkten, bei ganz wichtigen Punkten für die Stadt, gerade mit der ÖVP eine Verhandlung sehr schwierig war und auch das Verhandlungsklima nicht mehr entsprechend gegeben war. Wenn ich nur an die letzten Monate zurückdenke, was hier im Gemeinderat so alles passiert ist, welche Bemerkungen auch mir gegenüber geäußert worden sind, die für mich nicht einfach zu verkraften waren - das muss ich auch ganz klar sagen, ich habe sicher eine dicke Haut, und als Bürgermeister muss man das auch haben, mein Vorgänger hat immer gesagt, als Bürgermeister muss man ein Gemüt wie ein Maiglöckchen haben, ich bemühe mich auch, dass ich wirklich viel vertrage, aber es ist mir dann einfach etwas zu weit gegangen und ich muss auch sagen, diese Art der Verhandlung, dass man sagt, mit ihnen kann man nicht, sie sind nicht vertrauenswürdig, das ist natürlich auch eine Art, mit der ich nicht so einfach leben kann. Was ich heute noch sagen wollte, das ist das Thema „Personalkosten“, weil das auch angesprochen worden ist, weil sehr viel über diese Erhöhungen und diese Mehrungen in diesem Bereich diskutiert worden ist. Es ist nicht so, wie der Herr Dr. Pfeil gesagt hat, dass so etwas in einem Privatbetrieb nicht denkbar wäre, sondern Privatbetriebe wissen ganz genau, dass es jedes Jahr

Kollektivvertragsverhandlungen gibt, dass es Pönalsprünge bei den Angestellten gibt, und so ist es eben auch hier. Es gibt auch hier Pönalsprünge und 2 % oder 3 % Lohnerhöhungen und dadurch Personalkostenerhöhungen, die sind durchaus mit eingerechnet. Zusätzlich muss man noch sagen, ist genau in unserem Bereich auch eine Mehrung von Aufgaben festzustellen, das heißt, wir bekommen jedes Jahr neue Aufgaben dazu und diese Aufgaben müssen ja von irgendwem gemacht werden. Das zum Thema Personalkosten. Zum Thema vom Herrn Payrleithner; sie haben gesagt, dass im TIC die Auslastung sehr schlecht oder unbefriedigend ist. Das ist nicht so, wir haben bereits eine Auslastung von 75 % in diesem Bereich. Also durchaus im Rahmen der Zielsetzungen, die wir uns für diesen Bereich gegeben haben. Wir sind in einem Bereich, der für diesen Bereich sehr wohl in Ordnung ist. Das Thema „Mannlicher“ ist sicher ein Fall, wo man sagen muss, natürlich wäre es schöner gewesen, wenn wir die Firma Mannlicher zur Gänze in Steyr halten hätten können. Nur so wie es in der Zeitung dargestellt gewesen ist, ist es leider Gottes nicht gewesen. Ich habe mit dem Herrn Führlinger von der Fa. Mannlicher am Montag dieser Woche telefoniert, wo mir bekannt geworden ist, dass sich diese Firma verändern möchte und da ist es nicht um die Umwidmung gegangen. In der Zeitung haben sie es so geschrieben, aber es ist halt nicht alles richtig, was so in der Zeitung steht. Der Herr Führlinger hat mir sehr deutlich gesagt, dass es für ihn um 30 Mio. auf oder ab gegangen ist. 30 Mio. sind für ihn ein Argument, dass er von Steyr weggeht, hat er gesagt und wir haben ihm alles angeboten, was möglich war. Der Herr Mayrhofer und der Herr Landesrat haben das ganz genau gewusst, wir haben sehr lange darüber verhandelt. Er hat auch gewusst, dass wir diesen Grund umwidmen müssen und der Herr Landesrat ist auch für die Umwidmung zuständig. Dass es dann einen Einspruch bezüglich wasserrechtlicher Bedenken gegeben hat, das war auch von vornherein klar, weil ja gegenüber, im Stadtgut, auch die selben Bedenken da waren und auch dieser Bereich umgewidmet worden ist. Ich habe auch noch eine Woche vorher mit dem Büro des Landesrates gesprochen und er hat gesagt, weil er offensichtlich schon gewusst hat, dass die Fa. Mannlicher weggeht, machen sie sich keine Sorgen, sie können das mit dem Herrn Führlinger so besprechen, dass das weitergeht und dass das sowieso gebaut werden kann. Das war die Aussage und das soll man bei der Gelegenheit auch einmal ganz klar auf den Tisch legen.

Ich möchte mich aber als Finanzreferent bei meinen Verhandlungspartnern heute für die faire Verhandlungsführung ganz herzlich bedanken, es waren wirklich konstruktive und die Stadt weiterführende Gespräche. Ich habe mich wirklich gefreut, dass diese Gespräche so konstruktiv gelaufen sind. Ich glaube, wir machen auch einen Schritt in die richtige Richtung. Es gibt einige Projekte, wo ich mir selber schwer getan habe; mit Sicherheit wäre mir das eine oder andere auch lieber gewesen, das muss ich hier auch ganz klar sagen, aber wie schon gesagt, ein Budget ist immer ein Kompromiss. Zum Beispiel, Klimabündnis - Gemeinde, das ist zwar ein sehr politisches Signal, aber mein Verständnis für solche Projekte wäre halt gewesen, dass man sagt, wieso sollten wir nicht irgendwelche Projekte in Steyr fördern, die mit Umwelt sehr direkt und unmittelbar zu tun haben. Aber gut, man muss den einen oder anderen Kompromiss eingehen, es ist ja - wie gesagt - ein politisches Zeichen, das ich natürlich gerne mitgehe. Ich möchte mich heute auch beim Herrn Lengauer für seinen humorvollen Beitrag bedanken, sie haben dazu beigetragen, dass das doch auch einen etwas spaßigen Touch bekommt. Herzlichen Dank auch an die Beamtenschaft für die Unterstützung im Vorfeld und für die Begleitung während der Verhandlungen.
Natürlich gäbe es noch sehr viel zu sagen, aber ich bin eigentlich heute sehr froh, dass wir ein Budget beschließen können, das von einer breiten Mehrheit getragen ist. Herzlichen Dank dafür.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Ich danke unserem Bürgermeister und Finanzreferenten für sein Schlusswort. Es liegen uns zwei Abänderungsanträge vor. Wir kommen nun zur Abstimmung über den ÖVP-Abänderungsantrag. Wer diesem die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Dafür - ÖVP. Wer enthält sich der Stimme? SPÖ, FPÖ, GAL, LIF. Wer ist dagegen? Niemand. Der Abänderungsantrag der ÖVP wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Nun kommen wir zur Abstimmung des gemeinsamen Abänderungsantrages der SPÖ, FPÖ und der GAL. Wer diesem die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Dafür - SPÖ, FPÖ, GAL. Wer ist dagegen? 1 - LIF. Wer übt Stimmenthaltung? 6 - ÖVP.

Danke, das Budget für das Jahr 2003 wurde mit großer Mehrheit beschlossen.

Ich übergebe den Vorsitz an den Herrn Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Wir kommen jetzt zum Dringlichkeitsantrag. Gibt es zum Dringlichkeitsantrag Wortmeldungen?

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Die Möglichkeit soll natürlich schon bestehen, dass auch debattiert werden kann. Zur Geschäftsordnung, wäre jetzt nicht ganz in Ordnung, dann ist nämlich die inhaltlich Debatte zu Ende. Zu dem Antrag; es geht ja um die Kostenrückvergütung für Entfeuchtungsgeräte. Wir haben ja in Vorbereitung im Gemeinderat und dann mit Gemeinderatsbeschluss hier die Maßnahmen zum Hochwasser getroffen, es hat natürlich in manchen Bereichen gewaltige Formen angenommen. Ich würde mir das aber auch nicht ganz so einfach machen, dass wir jetzt sagen, wir haben einen Beschluss gefasst, der hat Gültigkeit und an dem ist nichts zu rütteln, das möchte ich nicht tun. Ich würde vorschlagen, dass wir diesen Antrag an den Finanz- und Rechtsausschuss zuweisen, damit dort auch wirklich inhaltlich die Debatte darüber geführt wird, von welchen Größenordnungen reden wir da dabei, dass das auch von der zuständigen Abteilung, die die ganze Hochwasserproblematik bearbeitet hat, vorbereitet werden kann und dass man dann auch sagen kann, soll man da nachjustieren, ist hier wirklich Bedarf gegeben, was bedeutet das für die Stadt, was sind das für Kosten. Ich glaube, der heutige Rahmen ist dazu nicht geeignet, hier wirklich intensiv darüber zu diskutieren, sondern der Finanz- und Rechtsausschuss wäre wirklich der geeignete Ausschuss, das anständig vorzubereiten.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Als nächstes zu Wort gemeldet hat sich die Frau GR Mag. Frech.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste. Auch wenn das ein Dringlichkeitsantrag ist, der aus der Schnelle der Zeit entstanden ist, können sie davon ausgehen, dass dahinter natürlich auch Recherchen liegen und ein Grund, warum man diesen Antrag stellt. Sie wissen alle, das Land Oberösterreich hat nach dem Hochwasser relativ rasch reagiert und versprochen, seitens des Landeshauptmannes, dass 2/3 der Kosten für Entfeuchtungsgeräte durch das Land Oberösterreich getragen werden; und zwar 2/3 der Kosten für die Miete der Geräte, aber auch für die Kilowattstunden des Energieverbrauches. Das Ganze auch noch zeitlich unlimitiert, das heißt, auch Kosten, die für die Entfeuchtung im nächsten Jahr anfallen werden - man kann leider derzeit davon ausgehen, dass das noch der Fall sein wird, weil wenn sie inzwischen in manchen Gebäuden schauen, ist es so, dass man jetzt zwar die Trockenlegung gemacht hat, dann den Verputz und jetzt schon wieder merkt, dass unter dem Verputz wieder die Feuchtigkeit hervor kommt. Das heißt, das Thema „Entfeuchtung“ wird uns auch noch länger beschäftigen. Das Land hat das inzwischen auch bereits erkannt und es liegen auch zahlreiche Anträge vor. Der Punkt ist jetzt der, das Land übernimmt, wie gesagt, 2/3 der Kosten für die Miete bzw. bei gekauften Entfeuchtungsgeräten 50 %. Die 2/3 der Kilowattstunden werden in jedem Fall übernommen, das Ganze auch unlimitiert. Das heißt, selbst wenn jemand sehr, sehr hohe Kosten gehabt hat, hat das Land kein Limit eingezogen, sondern 2/3 werden automatisch übernommen, aufgrund eines Antrages, der muss natürlich vorliegen. Die nächste Frage, was passiert mit dem dritten Drittel? 2/3 werden ja abgedeckt, aber was ist mit dem dritten Drittel? Da hat die Stadt Steyr ja beschlossen, dieses Drittel zu übernehmen, allerdings eben limitiert mit Euro 200,-- pro Fall; damals hat man das vielleicht noch nicht so richtig einschätzen können. Meine Damen und Herren, € 200,-- ist ein Betrag, der in manchen Fällen - ich habe das nachrecherchiert - an einem Tag aufgetreten ist. Und zwar dann, wenn sie ein relativ großes Gebäude bzw. ein Firmengebäude haben, viele Entfeuchtungsgeräte laufen. Ein Entfeuchtungsgerät kostet pro Tag zwischen € 10,-- und € 15,--, wenn sie da jetzt 15 Geräte laufen haben und die Stromkosten dazurechnen, dann haben sie oft an einem Tag bereits die € 200,--. Diese Geräte laufen zum Teil jetzt seit 90 Tagen, bald seit 100 Tagen und sie werden wahrscheinlich auch noch im

Frühling laufen. Das Problem, das jetzt schön langsam herauskommt ist, dass die Firmen, die natürlich diese Geräte zur Verfügung gestellt haben, jetzt auch einmal Zwischenabrechnungen machen wollen um zu ihrem Geld zu kommen. Viele wussten es nicht bzw. waren jetzt über die Kosten sehr überrascht, was das im Endeffekt jetzt ausmacht. Ich habe heute noch einmal mit dem Land telefoniert, es gibt durchaus Fälle mit € 7.000,-- bis € 9.000,-- und es kann noch mehr werden, weil da ja die Entfeuchtung für das nächste Jahr noch nicht drinnen ist. Die ist allerdings notwendig und jetzt denke ich mir, wäre es ein wesentlicher Akt seitens der Stadt, diese Solidarität mit dem Bürger zu zeigen, damit zumindest diese extremen Existenzunsicherheiten nicht da sind, denn jetzt müssen viele die Entscheidung treffen, mach ich mit der Entfeuchtung weiter oder nicht. Wenn sie natürlich nicht wissen, wie sie das restliche Drittel auftreiben und das restliche Drittel sind zum Teil mehrere Tausend Euro und das ist für jemanden, den das Hochwasser stark getroffen hat, der viele Investitionen gehabt hat, eine Überlegung, wo er jetzt ein bisschen in der Luft hängt und wo einfach die € 200,--, die wir irgendwann einmal festgesetzt haben, sich in der Praxis als nicht realistisch erwiesen haben. Das ist klar, da ist auch niemand ein Vorwurf zu machen, das hat man im August einfach nicht vorhersehen können, wie lange diese Geräte laufen. Aus diesem Grund, würde ich einfach vorschlagen, dass man den selben Weg wie das Land Oberösterreich geht, nämlich dieses Limit aufzuheben, das Land hat nie ein Limit drinnen gehabt, dass wir sagen, wir übernehmen seitens der Stadt Steyr das restliche Drittel. Von den Fällen her, wie viel das ungefähr sein wird, lässt sich momentan relativ schwer beziffern, der Herr Mag. Zineder hat dazu sicherlich genauere Daten, weil über ihn ja sämtliche Anträge auf Unterstützung aus dem Katastrophenfond gelaufen sind und von daher müsste auch relativ einfach und rasch eruierbar sein, wie hoch das ist. Aber egal wie hoch das ist, glaube ich, wir müssen und sollen diese Kosten übernehmen, denn wenn wir es nicht tun, wer tut es dann. Ich glaube, dass wir gerade als Stadt Steyr - auch wenn heute schon einmal die Rede davon war, dass wir so stark getroffen wurden - im Prinzip finanziell gesehen sehr viel Glück gehabt haben. Es gab sehr viel Unterstützung seitens des Landes bzw. des Bundes, und die Schäden der Stadt Steyr, was ich so gehört habe, werden zum Teil bis zu 75 % auch übernommen. Wir haben sehr viele Spendenaktionen gehabt, auch sehr viel Unterstützung und auch das Geld, das derzeit ausgezahlt wird, kommt zum großen Teil auch von den Privaten. Das heißt, der Teil, den die Stadt Steyr da jetzt einmal wirklich als Stadt aus dem Budget herausnehmen sollte, ist etwas, was wirklich eine sinnvolle Angelegenheit wäre. Ich würde sie daher bitten, diesem Antrag die Zustimmung zu geben. Ich habe prinzipiell kein Problem damit, das in einem Ausschuss noch einmal zu diskutieren, nur ich würde schon hoffen, dass man schnell zu einer Regelung kommt, weil die Leute dort draußen müssen jetzt die Entscheidung treffen wie es weitergeht und wie finanziere ich das. Ich möchte nicht, dass wir das Ganze wieder irgendwohin vertagen, auf den sprichwörtlichen Sankt Nimmerleinstag.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Wir haben am 16. 1. Finanz- und Rechtsausschuss, dort kann man das schon behandeln.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Ich hätte ganz gerne den Herrn Mag. Zineder gebeten, nachdem wir neuere bzw. genauere Daten haben möchten, wie viele Anträge insgesamt jetzt hereingegangen sind, wo es auch um Entfeuchtung geht, denn dann denke ich mir, kann man das relativ rasch ein bisschen beziffern.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Herr Dr. Pfeil bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das ist der schlagende Beweis für die Richtigkeit der Annahme und für unsren Antrag, die ganze Hochwasserproblematik in einem Ausschuss zu behandeln. Ich denke, dass der Gemeinderat in seiner Breite, mit diesem Informationsstand, mit einem Dringlichkeitsantrag quer herein in die Gemeinderatssitzung, völlig überfordert ist. Ich bin auch dafür, dass das in einem Ausschuss behandelt wird. Ich bin jetzt nicht dafür, dass es in einem Arbeitskreis „Hochwasser“ behandelt wird, weil dort habe ich keine Vorbereitungsmöglichkeiten, kein Akteneinsichtsrecht und hier dreht es sich auch ums Geld, aber im Bereich des Hochwassereinsatzes. Es sind eine Vielzahl von Fragen offen und liebe Frau Kollegin

Frech, das ist bei weitem jetzt nicht beschlussfähig. Meines Erachtens, ist das auch keine Sache für den Gemeinderat, jetzt zu diesem Zeitpunkt, das jetzt hier auszudiskutieren. Können sie mir jetzt nur eine Frage beantworten, die Stromkosten. Wer bekommt welche Stromkosten ersetzt? Kommt da jetzt ein Kontrolleur, wie lange jetzt diese Steckdose in Betrieb ist, wie lange er das jetzt eingesteckt hat oder nicht? Oder wird das jetzt einfach hochgerechnet, 3 Geräte mal 24 Stunden mal 365 Tage, bis das jetzt trocken ist? Kommt da jetzt jemand messen, welche Stromkosten werden ersetzt? Ich denke, das sollten wir schon bedenken. Vielleicht gibt es eine Lösung, ich kenne aber noch keine Lösung, oder keine gerechte Lösung. Dass es ein Problem ist, haben wir alle erkannt, stimmen wir ihnen zu.

Unverständliche Diskussion verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Jetzt passt sie nicht auf. Wir stimmen ihnen zu, in der Wichtigkeit der Angelegenheit, überhaupt keine Frage, und es muss in einem Ausschuss behandelt werden. Danke.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Herr Dr. Pfeil, nur ganz kurz. Das mit dem Strom funktioniert beim Land Oberösterreich so, man geht davon aus, was die Kilowattstunden des Gerätes sind, schaut sich dann an, wie viele Geräte sind gelaufen. Wie viele gelaufen sind, kann man aufgrund der Rechnung, die vom Unternehmen kommt, erkennen und dann wie lange das Gerät gelaufen ist.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Da reden wir jetzt aber vom Mietgerät.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
24 Stunden pro Tag.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Was ist, wenn sich einer eines gekauft hat?

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Da geht man dann ebenfalls davon aus, dass ...

Unverständliche Diskussion verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Er hat aber da keinen Zähler drauf.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Das Land Oberösterreich ist jedenfalls zu der Überzeugung gelangt, dass es am sinnvollsten ist, das auf diese Art und Weise zu tun.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Okay, das werden wir klären.
ÖVP, gibt es eine Wortmeldung?

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Meine sehr geehrten Damen und Herren. Natürlich ist es gut, wenn man etwas vorher in einem Ausschuss beraten kann. Ich glaube aber, dass wir hier ein bisschen überrollt worden sind, auch von der Entwicklung und bis zur nächsten Finanz- und Rechtsausschusssitzung sind es mehr als 4 Wochen. Hier geht es nicht alleine um eine Abgeltung eines materiellen Schadens, sondern hier geht es auch um gesundheitliche Aspekte. Gerade Feuchtigkeit in einer Wohnung - und sehr viele haben ja geglaubt, es genügt, wenn sie das Fenster aufmachen und heizen, und mit lüften und heizen bringen sie die Feuchtigkeit heraus, das ist aber ein Irrtum. Man hat jetzt sogar die Probleme, dass

die Wohnungen im ersten Stock, die nicht direkt vom Hochwasser betroffen sind, auf einmal Schimmel- und Schwammbildung haben, das heißt, auch hier ist eine Entfeuchtung notwendig. Ich glaube schon, dass man hier vielleicht eine Ausnahme der Regel machen sollte und um auch dem Herrn Mag. Zineder zu helfen, der damit beschäftigt ist, ihm hier das Pouvoir gibt, dass er sehr wohl angelehnt an die Bestimmungen des Landes Oberösterreichs, für unser Drittel die Auszahlung vornimmt, oder die Bestätigung dafür hergibt. Ich glaube, dass das ein Anreiz für die Bewohner sein kann, ihre Wohnungen auch zu entfeuchten und das kann nur positiv für die Gesundheit der darin lebenden Personen sein. Ich glaube, dass man das hier nicht einfach wieder rausschieben, sondern wirklich schnell helfen sollte.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es eine Wortmeldung von den Grünen?

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Wertes Präsidium, meine Damen und Herren. Wir hätten am 12. November eine Finanz- und Rechtsausschusssitzung gehabt, da hätte man das locker besprechen können.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Wenn ich das schon gewusst hätte, dann ja!

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Jetzt tue ich mir halt ein bisschen schwer, dass ich das jetzt sozusagen ad hoc ohne Vorbesprechung bestimmen soll. Ich denke mir, das hat schon auch sehr viel mit den Geldern dieser Stadt zu tun und natürlich bin ich dafür, dass diesen Menschen geholfen wird und dass das auch zielgerichtet funktionieren soll. Aber jetzt müssen wir halt leider Gottes, weil man anscheinend von eurer Seite erst jetzt draufkommt, dass diese Problematik besteht, bis zum nächsten Finanz- und Rechtsausschuss warten. Wir könnten höchstens eines machen, dass wir hergehen und schauen, wenn es die Möglichkeit gäbe, dass wir den Finanz- und Rechtsausschuss vorverlegen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Zweite Wortmeldung von Frau GR Frech.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Nur ganz kurz. Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste. Hätte man bei der letzten Gemeinderatssitzung bereits gewusst, dass es dieses Problem gibt, dann wäre das auch sicherlich - wenn ich davon Kenntnis gehabt hätte - als Antrag eingereicht worden. Dass es ein Dringlichkeitsantrag geworden ist, resultiert auf Gespräche, die ich diese Woche geführt habe und wo ich auch gestern wirklich Lokalaugenscheine vor Ort durchgeführt habe und draufgekommen bin, dass es dieses Problem gibt. Vor diesem Problem sollten wir bitte nicht die Augen verschließen und ich möchte nicht, dass eines passiert, dass jene Personengruppe, die sich jetzt ohnedies wenig leisten kann und sich genau diese zusätzlichen Kosten nicht mehr leisten kann, dann sagt, na gut, hör ich halt damit auf, denn dann werden die Folgekosten höher sein und der gesundheitliche Aspekt ist meines Erachtens nach noch wesentlicher. Zu sagen, es ist ja soviel offen, stimmt insofern nicht, weil man braucht sich nur an die Usancen des Landes anzulehnen. Das Land hat bereits ganz klare Usancen und händelt das jetzt seit einigen Monaten. Das heißt, das kann nicht wirklich das große Problem sein.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Herr Vizebürgermeister bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Einen Antrag zur Geschäftsordnung: Ich stelle den Antrag, dass dieser Antrag an den Finanz- und Rechtsausschuss, der ja am 16. Jänner stattfindet, also in einem relativ kurzen Zeitabstand, zugewiesen wird.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es noch eine Wortmeldung pro Fraktion?

Unverständliche Zwischenrufe

Gelächter

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu noch eine Wortmeldung?

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:
Kann man zur Sache noch was sagen?

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Nur zur Geschäftsordnung. Jede Fraktion hat dazu noch eine Wortmeldung.
Offensichtlich gibt es zur Geschäftsordnung keine Wortmeldung mehr. Dann kommen wir jetzt zur Abstimmung. Wir stimmen darüber ab, dass dieser Dringlichkeitsantrag dem Finanz- und Rechtsausschuss zugeordnet wird.
Wer dafür ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Dafür sind SPÖ, FPÖ und GAL.
Wer ist dagegen? ÖVP und LIF. Stimmenthaltung? Keine. Der Antrag wurde mit Mehrheit an den Rechts- und Finanzausschuss zugewiesen.

Wir sind am Ende der Verhandlungspunkte und kommen zur „Aktuellen Stunde“.
Gibt es von der SPÖ eine Wortmeldung?

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Sehr geehrte Kolleginnen, liebe Kollegen. Es ist zwar beim Budget, oder nach der Budgetsitzung nicht üblich, bei der „Aktuellen Stunde“ noch ein Thema anzuführen, aber in Anbetracht dessen, dass es hier doch sehr brisant ist - und es ist vorher in der Debatte auch schon angeführt worden - und ich es nicht nur bei ein paar Diskussionsbeiträgen belassen möchte, ersuche ich schon, dass sich hier der Gemeinderat der Stadt Steyr sehr klar zu der Auslagerung der Steyr-Mannlicher äußert. Ich glaube, da geht es erstens einmal darum, dass hier wieder über 100 Arbeitsplätze für unsere Stadt verloren gehen, aber darüber hinaus, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, glaube ich auch, dass es bei dem Punkt um wesentlich mehr geht. Es ist nicht nur, dass hier ein Betrieb, der vielleicht vor ein paar Jahren in Steyr angesiedelt wurde, kurze Zeit die Produktion in Steyr betrieben hat und sich jetzt wieder im Zuge einer Globalisierung wo anders hin verabschiedet, sondern wenn sich die Steyr-Mannlicher von Steyr verabschiedet, dann würde ich es auch in dieser Form sehen, dass hier ein Stück Steyrer Geschichte verloren geht. Ich glaube, das ist ein Betrieb, der wahrscheinlich einer der längst bestehenden in Steyr ist. Die ganze Stadtgeschichte ist von diesem Betrieb geprägt und ich glaube, aus diesem Grund alleine sollten wir es nicht einfach zur Kenntnis nehmen, dass der Betrieb jetzt vielleicht wegen der Zustimmung zur Umwidmung von Grund, oder aus anderen motivierten Gründen jetzt weg sein soll. Ich würde wirklich ersuchen, dass hier alle Fraktionen ein klares Bekenntnis zu diesem Betrieb abgeben, dass wir das hier auch wirklich verlangen. Ob wir das wirklich verhindern können, wissen wir natürlich eh nicht, da er leider Gottes auch in Privatbesitz gekommen ist. Hier sieht man auch was es bedeutet, in dem Ausmaß zu privatisieren. Das sind nämlich dann die Folgen und Konsequenzen daraus. Aber ich glaube, wir als Gemeinderat der Stadt Steyr sollten uns auch in der Öffentlichkeit ganz klar dazu äußern, was wir von einer Verlagerung bzw. Auslagerung in eine Landgemeinde unseres Bezirkes halten. Es ist natürlich auch noch ein weiterer Aspekt zu betrachten, was hier nicht nur an Emotionen hochgeht, sondern auch der Waffensaal, der auch ein Stück Steyrer Geschichte geworden ist - und ich glaube, dass das einfach untrennbar sein soll - und dass dieser Standort in Steyr unter allen Umständen erhalten bleiben soll. Ich bin auch von den Betriebsratsvorsitzenden informiert worden, dass es am Montag auch mit der Belegschaftsvertretung ein Gespräch gibt, weil es für diese ja auch eine gravierende Änderung ist und die Begeisterung, das können sie sich vorstellen, hält sich dort sehr stark in Grenzen, wenn man auf einmal von Steyr nach Adlwang und wieder zurück pilgern muss. Es

ist auch dort ein großer Frust und eine große Angst und Enttäuschung vorhanden. Vielleicht ist es doch noch möglich, lieber Herr Bürgermeister, wenn du dich auch in der Öffentlichkeit, mit den Eigentümern und auch mit dem Land Oberösterreich noch einmal in Verbindung setzt, wenn dann hier auch der gesamte Gemeinderat hinter dieser Forderung und diesem Wunsch steht. Das würde ich ersuchen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Ich darf vielleicht ergänzen, weil es Informationen gibt, die wahrscheinlich nur bei mir gelandet sind. Ich habe mit dem Herrn Führlinger über diese Übersiedlung gesprochen und er hat mich bezüglich des Waffensaales gebeten, dass ich mich in Steyr umsehen sollte - er hat sich selber schon ein paar angesehen, aber er hat noch keinen geeigneten Raum gefunden - er bräuchte einen historischen Raum in Steyr, wo er den Waffensaal unterbringt und er möchte auch eine Vertriebsorganisation mit ca. 20 bis 25 Personen in der Nähe dieses Waffensaales unterbringen. Das heißt, es gibt den Wunsch der Firma Mannlicher, dass es einen Vertriebsstandort in Steyr gibt und der Waffensaal mehr oder weniger als Verhandlungssaal und vielleicht sogar als Museum für geführte Führungen zur Verfügung stehen könnte. Darüber sind aber noch Verhandlungen zur führen, das ist ein Wunsch des Herrn Führlinger und seien wir froh, dass wir zumindest diesen Teil noch retten können. Die andere Entscheidung ist bereits gefallen, das hat er mir am Montag gesagt, diese 30 Mio. waren für ihn das entscheidende Kriterium. Er hat gesagt, diese Entscheidung, Übersiedlung nach Adlwang ist fix.

So, Wortmeldung von der FPÖ?

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:
Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Ich darf einmal vorausschicken, das haben wir uns nicht im Betriebsrat ausgemacht, dass wir heute zu diesem Thema hier sprechen, aber es ist tatsächlich ein Thema, das in erster Linie die, die sich um Arbeitnehmerbelange Sorgen machen, betrifft, aber ich glaube, auch für alle die sich in der Stadt Steyr politisch betätigen, ist es ein ganz wichtiges Thema. Soweit es meine Recherchen ergeben haben, ist das der letzte Betrieb, der das bekannte, berühmte Logo der Zielscheibe noch geführt hat - mit Ausnahme von einem Stronach-Unterbetrieb, vom Engineeringcenter, der aber inzwischen auch nach St. Valentin abgewandert ist. Die Steyr-Mannlicher ist der letzte Betrieb, die das alte Steyrer-Werke Werndl-Logo der Zielscheibe noch als Firmenzeichen verwendet hat und das wird dann auch aus dieser Stadt verschwinden; auch das erfüllt uns mit Traurigkeit und es ist ewig schade. Ich habe das zuerst schon gesagt, ein bisschen sollten wir schon auch bei uns selber schauen, warum es uns trotz dieser gewaltigen finanziellen Aufwendungen, mit einem Betriebsansiedelungsgebiet Stadtgut und vor allem Tic, mit dem Gebäude, mit der Verwaltung - der Herr Mag. Ortner, der sich in diesem Bereich angeblich sehr aktiv betätigt - warum es uns nicht gelungen ist, diesen Betrieb hier zu halten, denn das ist nicht das erste Mal, dass uns das passiert. Es hat übrigens auch einen anderen Betrieb, der noch in Steyr ist, gegeben, der angeblich aus Widmungsgründen nicht in das Stadtgut übersiedeln kann, ich möchte jetzt gar nicht sagen, wer das ist. Also, diese Dinge gehören einmal geklärt, warum das dort mit den Widmungen so kompliziert und so schwierig ist, weil sonst frage ich mich schon, ob das Ganze dort einen Sinn hat, wenn man dann letzten Endes nur den Herrn Dr. Streicher mit dem M1-Projekt sitzen hat und das andere schaut eher ziemlich dürftig aus. Bezüglich dem Thema „Waffensaal“, in erster Linie geht es schon um die Arbeiter, die dort beschäftig sind, um die Mitarbeiter und um die Firma. Für jene, die schon etwas länger hier im Gemeinderat sitzen; können sie sich noch an die Diskussion rund um den Waffensaal erinnern? Das wäre nämlich ein interessantes Thema für den Herrn Kulturstadtrat - wenn er noch geistig unter uns weilt - und für den Kulturausschuss, hier vielleicht aktiv zu werden. Wenn das so ist, wie der Herr Bürgermeister gesagt hat, dann wäre ich froh; ich habe allerdings auch andere Erklärungen seitens dieser Firma gehört. Es wäre also wirklich zu überlegen, ob die Stadt diesen Waffensaal zurückkauft, soweit man sich preislich einigen könnte, und vielleicht im Reithoffer oder im Schloss Lamberg wieder aufbaut. Das ist ein Stück Steyrer Industriegeschichte und damit auch Kulturgut der Stadt Steyr. Ich kann mich noch erinnern, wie es die Diskussion gegeben hat, ob man den Waffensaal aus dem ehemaligen Verwaltungsgebäude abbauen soll. Der Vorgänger vom Herrn Dr. Kaiser, der Herr Regierungsrat

Schauer, hat sich damals sehr engagiert und hat gesagt, dieser Waffensaal, der 1917 von russischen Kriegsgefangenen hier in Steyr erzeugt wurde, gehört so zu diesem Gebäude, diesem Firmenareal, wie das Steyrer Logo, wie die Firmenbezeichnung Steyr-Daimler-Puch, die es ja inzwischen auch nicht mehr gibt, weil ja der Herr Stronach auch diesen Teil der Steyr-Werke Geschichte offiziell vor ein paar Monaten beendet hat. Das heißt, auch diesen Namen gibt es nicht mehr, es bleibt wirklich nur mehr die Zielscheibe. Er hat damals wirklich wie ein Löwe gekämpft, aber es ist ihm leider nicht gelungen, auch aus rechtlichen Gründen, dass dieser tolle Saal mit Inventar, mit Tisch und auch mit den historischen Waffen in Steyr bleiben kann und jetzt packt er ihn in einen Container und wir können dann wie die Flohmarktfahrer mit dem Herrn Führlinger wahrscheinlich verhandeln, ob wir mehr bieten, dass er bei uns bleibt, weil was macht er sonst damit. Stellt er sie in seinem Wohnzimmer auf, dann muss er sich allerdings ein sehr großes Wohnzimmer zulegen, oder er verkauft es, denn theoretisch kann er damit machen was er will. Das muss uns auch klar sein, diese Entscheidung ist gefallen, wie ihm beim Verkauf diese rechtliche Möglichkeit leider eingeräumt wurde, dieses historische Kulturgut aus den Räumlichkeiten oben in den Steyr-Werken zu entfernen. Das muss man hier auch einmal sagen, welche Fehler hier in der Vergangenheit getätigt wurden, das ist sehr traurig und tut uns allen, glaube ich, sehr leid.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke Herr Payrleithner.
Gibt es von der ÖVP eine Wortmeldung?

GEMEINDERAT WALTER GABATH:
Meine sehr verehrten Damen und Herren. Uns, von der ÖVP-Fraktion, ist es natürlich sehr leid darum, dass eine Firma Steyr verlässt. Ich persönlich denke natürlich sofort an die vielen Arbeitsplätze, die dadurch gefährdet sind, ein Teil bleibt Gott sei Dank zumindest in der Nähe und in Österreich und wandert nicht ab, oder es wird der Betrieb komplett zugesperrt. Also der Schaden ist für Steyr groß, aber eben doch ein bisschen abgefedert. Der Waffensaal, da bitte ich sehr darum - wie es der Hans Payrleithner schon gesagt hat - alles zu unternehmen, dass er in Steyr bleibt, weil wie aus der Erfahrung ersichtlich, es dauert nur eine Nacht und er ist wo anders, das haben wir ja in den Steyr-Werken erlebt, über Nacht war er an einem anderen Platz und nicht mehr im Hauptwerk. Wir können im Moment - wie der Herr Bürgermeister gesagt hat - natürlich nichts mehr ändern, die Abwanderung der Steyr-Mannlicher ist fixiert. Ein bisschen widersprechen möchte ich noch dem Hans Payrleithner, es gibt in Steyr schon noch eine Firma, die Steyrer Sportwaffen, die die Zielscheibe in ihrem Emblem haben und die das Recht hat - der Ing. Hambrusch hat das mit übernommen, mit Steyrer Sportwaffen, die schwarze Zielscheibe.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Aber die sind in Ernsthofen, lieber Walter Gabath!

GEMEINDERAT WALTER GABATH:
Nein, der Sitz ist in Steyr, in seinem Privathaus, die Produktionsstätte ist in Ernsthofen. Er hat absichtlich den Sitz in Steyr, also einen kleinen Betrieb haben wir noch.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Das ist kein Betrieb, das ist das gleiche ...

Diskussion verschiedener Mandatare

GEMEINDERAT WALTER GABATH:
Das weiß ich nicht, was der Herr Führlinger plant, aber er wandert ab von Steyr.
Das war eigentlich unsere Meinung zu der ganzen Sache und ich bitte darum, auch die vielen Arbeitnehmer, die davon betroffen sind, nicht zu vergessen.
BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. Der Grund, warum diese Firmen ihren Vertriebssitz in Steyr haben, ist natürlich auch ganz klar, weil der Name Steyr ein ganz wertvoller Name ist und es würde wahrscheinlich

unmöglich ausschauen, wenn es Adlwang-Mannlicher hieße.
Gibt es bei den Grünen noch eine Wortmeldung?

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Also, Adlwang-Mannlicher würde mir wahrscheinlich auch nicht gefallen.
Ich hätte nur zwei Fragen, weil heute in der Diskussion aufgetaucht ist - du, Herr Bürgermeister, hast gesagt, dass also die Umwidmung kein Problem gewesen wäre. Was ich mich erinnern kann, haben wir ja vorher auch umwidmen müssen und auch unter dieser Prämisse, dass wir dort eben das Wasserschongebiet haben. Also, wo kann da das Problem liegen? Die zweite Geschichte ist, ich glaube einfach, dass dieser Deal schon abgelaufen ist. Es ist zwar seltsam, aber die zwei Herren lachen hier auf dem Foto, aber ich glaube, dass hier wahrscheinlich etwas anderes im Hintergrund ist. Natürlich geht es mir auch um Arbeitsplätze und vor allen Dingen geht es mir auch um diesen Waffensaal. Es handelt sich um Waffen, mit denen die Grünen nicht viel am Hut haben wollen, aber trotzdem ist es aufgrund der Fertigkeit unserer Vorahnen hier gelungen, ein hochwertiges Material herzustellen, auch wenn es Geschichte ist, Gott sei Dank. Also, ich möchte schon gerne, dass dieser Waffensaal hier in Steyr bleibt, könnte auch im Museum drinnen bleiben. Aber primär müssen wir uns um die lebenden, um die arbeitenden hier in Steyr kümmern. Vielleicht kann man das noch aufklären, warum die zwei Herren hier auf dem Foto so lachen.

Gelächter

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Vielleicht kann man auch aufklären, ob nicht doch noch die Tür offen ist.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Liberales Forum?

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen. So sehr ich das durchaus nachvollziehen kann, Herr Kollege Bremm, dass sie sagen, der Gemeinderat soll vollinhaltlich dahinter stehen, dass wir sagen, wir wollen diese Abwanderung nicht, ich glaube, es wäre relativ unrealistisch, zu glauben, der Gemeinderat könnte da durch Resolutionen oder Willensbildung irgendetwas verändern. Da ist der Zug, glaube ich, ziemlich abgefahren. Was ich aber glaube, was enorm wichtig wäre, dass wir uns dessen bewusst sind, dass wir vielleicht viel mehr - als in der Vergangenheit - gezielte Betriebsansiedelungspolitik betreiben müssen, dass wir als Steyr ein attraktiver Wirtschaftstandort sind, wozu natürlich auch diese Verkehrsanbindungen gehören, wo zum Teil von BMW immer wieder die Kritik kommt, dass das nicht ganz so passt. Was ich auch nicht so ganz verstehe - und da schließe ich mich dem Kollegen Apfelthaler an - das ist diese Sache mit dem Wasserschutzgebiet, weil jetzt im Nachhinein etwas zu machen, ist wahrscheinlich wirklich schwierig.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Nein, das ist genauso schwierig wie vorher.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Warum passiert es dann nicht?
BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Der Herr Landesrat ist der zuständige Mann.
Vielleicht noch abschließend, die Waffen, die in diesem Waffensaal sind, da gibt es ein eigenes Dossier. Da sind Waffen dabei, die im Privatbesitz von Kaiser Franz Josef waren und Waffen aus dem Privatbesitz von Josef Werndl. Also durchaus Waffen, die mit der Steyrer Geschichte sehr viel zu tun haben. Also, da sollten wir uns wirklich bemühen, dass wir das in Steyr halten. Die Frage ist, wie uns das gelingt.

Zur „Aktuellen Stunde“, haben sie noch ein Thema?
ÖVP? Nein. Die Grünen noch ein Thema? Auch nicht. LIF?

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen. Es ist eher eine Frage, die ich gerne geklärt hätte. Ich kann mich erinnern, es gab zu dem Thema Gedenkmünzen Bethlehem ja bereits öfters Anfragen, Anträge usw. und gerade vor Weihnachten ist das ja ein Präsent, das man bewerben kann, wo man auch dafür Stimmung machen kann usw. Unlängst habe ich mir gedacht, nachdem ja auch damals in der Anfrage gekommen ist - ich glaube von ihnen, Herr Kollege Bremm, - wo sie gemeint haben, na ja ich sollte doch Münzen kaufen und der Rest des Gemeinderates, das wird zwar nicht ganz ausreichen, aber ich habe mich nur daran erinnert. Ich möchte jetzt gerne von ihnen wissen, wie komme ich jetzt tatsächlich zu diesen Gedenkmedaillen, weil ich muss ihnen ehrlich sagen, ich möchte nicht guten Gewissens jemanden sagen, wissen sie eh, das ist eine gute Idee, besorgen sie sich so eine Münze, weil ich würde mich lächerlich machen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Das kann nicht schwierig sein.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Ja, ich gebe es ihnen nur zur Kenntnis. Man rufe an, beim Magistrat, frage wie komme ich zu dieser Gedenkmünze von Bethlehem. Man wird zum Tourismusverband verbunden. Im Tourismusverband heißt es, die haben wir im Heimathaus. Dann rufen sie im Heimathaus an, ja da muss ich nachschauen, rufen sie in 5 Minuten wieder an. Nach 5 Minuten ruft man wieder an, ja die gibt es nicht bei uns, die gibt es bei der Libra-Trading, Promenade 2. Gibt es dazu eine Telefonnummer? Nein, Telefonnummer habe ich keine. So, jetzt muss jemand schon wirklich auf die Münze versessen sein, dass er jetzt noch weiter macht und schaut dann im Telefonbuch nach, ob die Libra-Trading eine Telefonnummer hat. Da findet sich eine Telefonnummer und man ruft dort an, kein Anschluss unter dieser Nummer und das war es. Ich muss schon sagen, meine Damen und Herren, das ist eigentlich ein Trauerspiel, weil seit Jahren haben wir einen Überstand an diesen Münzen und wenn wir es nicht einmal jetzt, in dieser Jahreszeit, schaffen diese Münzen zu verkaufen, wann dann. Selbst wenn der Wille da wäre, wie soll derjenige zu den Münzen kommen? Das hätte ich ganz gerne aufgeklärt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Wie viele brauchen sie denn?

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Ich möchte nur wissen, wie man dazu kommt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Wie viele brauchen sie, ich bringe sie ihnen morgen. Zum Beispiel beim Postamt Christkindl, dort können sie sie sofort kaufen, aber sie müssen auch über Libra-Trading zu kaufen sein.

Zwischenruf: Libra-Trading ist gar nicht mehr auf der Promenade.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Wenn sie die Anträge gelesen hätten, da steht es drinnen.
Es tut mir leid, wenn sie da so in die Irre geführt worden sind, aber ich werde das morgen klären. Ich werde mich erkundigen, das weiß ich zur Zeit auch nicht.
Gibt es dazu noch Wortmeldungen? Nein, dann sind wir endgültig am Ende unserer Tagesordnung.

Wir haben heute in Summe 4.345.000,-- Euro ausgegeben.

ENDE DER SITZUNG: 17.45 UHR

DER VORSITZENDE:
Bürgermeister Ing. David Forstenlechner

DIE PROTOKOLLFÜHRER:
GR Wilhelm Hauser, GR Kurt Apfelthaler

DIE PROTOKOLLPRÜFER:
OAR Anton Obrist, Gabriele Obermair